4/98 (Nr. 66) 19. Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Kirchenasyl Totalverweigerung

social ecology-Konferenz EXPO

Inhalt Nr. 4/98

Titelphoto: Herby Sachs (Version)

Für die nächste Ausgabe zurückgestellte Beiträge:
Janet Biehl: Duale Macht
Ann Stafford: Neues zum MAI

LiebeLeserInnen,

wir brauchen weiterhin Eure Hilfe bzw. Eure ABOs dringend für den Erhalt der Zeitschrift. Wir brauchen Eure Bereitschaft Förder-ABOs zu 50.-DM oder monatliche Spenden a 10.-DM für den Faden einzurichten.

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-67 (1/99): 17.02.1999

Trefft uns im Internet (gleich zweimal):
http //www.txt.de/trotzdem
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden
PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postvertriebskennzeichen: E 9860

Redaktionskollektiv: Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andi Ries, Harald Romaker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: AIT-Sekretariat, Axel Ansorge, Ralf Burnicki, Dinge Der Zeit-Herausgeberkreis, Martin Droschke, Torsten Froese, Johannes Hilmer, Christian Holzinger, IOC (Komitee), Donna Kiddie, Hans-Willm Meeuw, Ute Moschner, Jürgen Mümken, John Pilger, Michael Schiff-mann, Claudia Schmidke, Tipp-Ex (Anti-EXPO)
Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	200.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	400.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	300.- DM
1/2-A-4-Seite:	500.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
Beilagen (incl. Porto)	800.- DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!



Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts – SF-Unterstützer- und Unterstützerinnenkreis:
N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-; I.W., Aschaffenburg 60.-; Na, Euskirchen 100.-; B.P., Harsum 50.-; R.M., CH, 25.-;

Gesamtstand (November 1998: 360.-)

Einmalige Spenden für den Pressefonds (Anzeigen, Werbung etc.) des Schwarzen Fadens:

H.G., Porta Westfalica 10.- & danke für die vielen Tips!!; T.S., Berlin 10.-; F.A., Frankfurt 20.-; N.Z., Zürich 20.-; S.Z., München 20.-; J.W., Berlin 50.-; T.L., Kiel 20.-; B.N'D., Kaufungen 500.-; H.T., Frankfurt 20.-; H.S., Coburg 10.-; I.&R.H., Berlin 50.- Gesamt: 730.-

Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen! Und besonders erwähnen wollen wir dieses Mal die erfreulich **große Resonanz auf unsere Bitte nach Förder-ABOs**, viele von Euch haben von dieser Möglichkeit, das Projekt SF abzusichern Gebrauch gemacht. Wir atmen tief durch! Danke.

Wir haben sie so geliebt, die Revolution

Editorial zur rot-grünen Zeitenwende

Pünktlich nach 30 Jahren hat er geklappt, der von Rudi Dutschke geforderte Marsch durch die Institutionen. "Wir" haben gesiegt, "unser" Genosse vom Revolutionären Kampf ist Außenminister, "unser" Genosse vom KB ist Umweltminister, "unser" nie-so-ganz-Genosse, aber RAF-Anwalt ist Innenminister und kann sich im Fall Monika Haas daran erinnern, wo die Grenzen der Verteidigung liegen.

Und Perspektiven hat das Ganze auch noch: Cohn-Bendit kandidiert inzwischen in Frankreich und hat alle Chancen eines Tages französischer Außenminister zu werden um zusammen mit Joschka mit seinem Bembel auf G-7-Treffen multikulturelle Akzente zu setzen.

Als Kohl anfing, prägte er die "Wende" und die war spürbar. Wer jetzt eine neue Zeitenwende erwartet, wird sich verwundert die Augen reiben. "Dagegen" waren "wir" doch schon immer. Nur dass aus der Gegenkultur, der Gegenöffentlichkeit, der Gegenmacht jetzt die "Gegenfinanzierung" geworden ist.

Allein eins hat Gültigkeit:
Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. (Francis Picabia) Oder wie war das?
Allein machen sie Dich ein!!!

Die SF-Redaktion

**SF-Red., PF 1159,
71120 Grafenau/Württ.,
Tel. 07033-44273
(Anrufbeantworter),
Fax 07033-45264,
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de**



Foto: Trotzdem-Archiv

EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus!

Im Jahr 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Als die Idee dazu Ende der 80er Jahre vorgestellt wurde, standen noch die lokalen Kapitalinteressen der hannoverschen »Deutsche Messe AG« im Vordergrund. Das Projekt sollte ein immenses Wirtschaftsförderungsprogramm werden, das der Messe AG in kürzester Zeit den Ausbau und die Modernisierung ihres Messegeländes und der Verkehrsinfrastruktur bringen sollte, um im Konkurrenzkampf der Messestandorte weiter eine der ersten Geigen spielen zu können. Ein Konzept, das sich nicht nur auf das Messegelände selbst beschränkte, sondern in Hannover immer wieder Motor und Argument war, um die gewünschte Stadtumstrukturierung im Sinne der derzeit überall dominierenden Standortlogik zu forcieren. Heute ist die EXPO weit mehr als eine der üblichen Großveranstaltungen: Wir sehen in der EXPO 2000 eine groß angelegte Propagandashow zur Durchsetzung der Zukunftsentwürfe der Herrschenden, die nicht nur uns rund um Hannover angeht, sondern alle, die sich mit der bestehenden Weltordnung immer noch nicht abfinden wollen und Widerstand dagegen leisten.

Als offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf wollen wir nun mit diesem Papier unsere Einschätzungen zur EXPO zur Diskussion stellen und andere auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstands gegen dieses Projekt zu beteiligen.

Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in sog. »Länderpavillons«, Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der EXPO GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto »Mensch–Natur–Technik« soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen v. a. in einem sogenannten Themenpark »Lust auf Zukunft« gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die EXPO-Inhalte erstmals auch durch sog. »Dezentrale Projekte« in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich – wie alle anderen EXPO-Beiträge auch – an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21 zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die EXPO vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen.

Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der »industriellen Revolution« und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Bei Weltausstellungen geht es darum, Fortschrittsglauben zu verbreiten und Identifikation mit dem Kulturverständnis der Mächtigen zu festigen. Früh in der Geschichte der EXPOs wurde von den MacherInnen erkannt, daß die Präsentation technischer Neuerungen allein nicht ausreicht, sondern zur Akzeptanzschaffung ideologisch untermauert werden muß. Ein recht passendes Beispiel dafür ist das Motto der Weltausstellung in Brüssel 1958, »Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt«. Mit dem Wahrzeichen des Atomiums wurde damals für die »friedliche« Nutzung der Atomenergie geworben, so wie heute in Hannover unter dem Vorzeichen der Agenda 21 für die Gentechnologie geworben wird. So kann es kaum verwundern, daß als Wahrzeichen der EXPO 2000 eine riesige Darstellung des menschlichen DNS-Strangs in der Diskussion war.

Inhalte der EXPO 2000

Die EXPO hat sich nichts geringeres vorgenommen, als »Lösungen« für die »globalen Probleme« wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren: »Die EXPO 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden.« (EXPO GmbH 1995)

Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte »Der Mensch«, »Umwelt: Landschaft, Klima«, »Basic Human Needs«, »Die Ernährung«, »Die Gesundheit«, »Die Energie«, »Die Mobilität«, »Die Zukunft der Arbeit«, »Wissen: Informationen, Kommunikation«, »Die Zukunft der Vergangenheit« und »Das 21. Jahrhundert« untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür wurden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch »Globalisierung«, »Liberalisierung« und »freien Welthandel« ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt »Nachhaltige Entwicklung«.

Alleskleber »Nachhaltige Entwicklung«

Zentrales Werk der »Nachhaltigen Entwicklung« ist die Agenda 21. Diese haben die EXPO-MacherInnen – händeringend auf der Suche nach Inhalten, die diese Mammutschau rechtfertigen – erst relativ spät, nämlich 1994, für sich entdeckt. Die Agenda 21 ist das »Aktionsprogramm«, das als Ergebnis der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 beschlossen wurde.

»Nachhaltige Entwicklung« wird in diesem UN-Bericht als Entwicklung definiert, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.« Das Konzept behauptet, es wäre möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen – selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. durch die Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Tatsächlich ist Nachhaltige Entwicklung ein von oben betriebenes Programm zur Modernisierung der Herrschaftsverhältnisse.

»Alle in einem Boot«

In den Konzepten zur »Nachhaltigen Entwicklung«, die von der EXPO übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessengegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und





aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt: Eine »Ethik globaler Verantwortung« zwinge uns alle an die Bootsriemen und zum Rudern in die eine Richtung. Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie »wir alle«, und wer sich weigere mitzurudern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der »Bevölkerungsexplosion« in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort »Empowerment«, d. h. als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft: Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen v. a. deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand – nach westlichem Vorbild – die »Geburtenraten« senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche.

Das gesamte Konzept »Nachhaltige Entwicklung« ist geprägt von solchen patriarchalen Rollenzuschreibungen: Männer entwerfen Weltrettungspläne, definieren sich als Experten, die die Lage dank modernster Technologien weltweit »im Griff« haben und den technologischen Zugriff auf die Welt per »Effizienzrevolution« optimieren. Frauen haben zu funktionieren: indem sie im Norden artig den von Männern ersonnenen Müll sortieren, damit die kostbaren Ressourcen nicht im privaten Konsum verschwendet werden, sondern der Industrie zur profitableren Ausbeutung zur Verfügung stehen, und indem sie im Trikont dafür sorgen, daß das zum zentralen Problem bestimmte »Bevölkerungswachstum« ein Ende habe.

»Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit«

Im übrigen lägen die Probleme daran, daß die angeblich zu vielen Menschen in den »Entwicklungsländern« mit veralteter, »nicht nachhaltiger« Technologie wirtschafteten. Hier setzt der Norden mit seiner vermeintlichen Lösungskompetenz an. Westliche Industrienationen und Multinationale Konzerne entdecken ihre »internationale Verantwortung«, belehren den »unvernünftigen« Süden – und mehren durch »Technologietransfer« ihre Profite. Bio- und Gentechnologie sei notwendig, um die Nahrungsmittelerzeugung sicherzustellen, Atomtechnik sei erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf zu decken und die »Klimakatastrophe« zu verhindern, und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden als einzige Mittel dargestellt, um die angeblich »zunehmende Komplexität der Probleme« bewältigen zu können.

Dementsprechend und um ihren weltweiten Führungsanspruch zu unterstreichen, will die deutsche Wirtschaft auf der EXPO um Technikakzeptanz werben. So sollten an der EXPO beteiligte Firmen

»1. Problembewußtsein, z. B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch

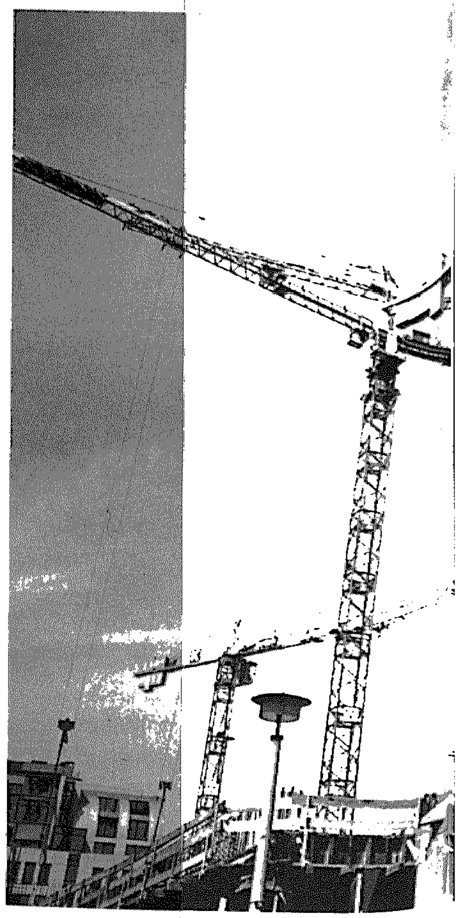
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß

3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit

4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.

Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden.« (EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft 1995).

Diese Aussage verdeutlicht beispielhaft den strategischen Umgang der Mächtigen mit dem Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung«: Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die »Schwelle zum 3. Jahrtausend« zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit auf einer Weltausstellung geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die – wohlgemerkt selbst definierten – Probleme gleich mit? Ziel dieser ganzen Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor, die Profite zu maximieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch die scheinbare Integration aller Widersprüche zu stabilisieren.



»Vision: Weltfrieden durch Welthandel«

Auch weiterhin wollen sich die Industrienationen und international operierenden Konzerne den ungehinderten

Zugriff auf Menschen und Umweltressourcen sichern. Von den Ländern im Trikont und den ehemaligen »sozialistischen« Staaten wird die Bereitschaft verlangt, sich den Weltmarktstrukturen zu unterwerfen. Versprochen wird ihnen, am Wohlstand und »Entwicklungs«vorsprung des Nordens teilhaben zu können. Westliches Kultur- und Demokratieverständnis wird zum Maßstab und zur Bedingung für das Existenzrecht.

»Globalisierung« und »Liberalisierung des Welthandels« sollen angeblich dazu führen, daß »immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben« können. Die EXPO-MacherInnen verbreiten diese Ideologie über die Formel »Weltfrieden durch Welthandel« (EXPO GmbH 1997). Dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip soll weltweit mit Nachdruck bis in die letzten geographischen und gesellschaftlichen Bereiche zur Durchsetzung verholfen werden. Die neoliberale »Modernisierung« des Kapitalismus wird angepriesen als Lösung der (durch den Kapitalismus verursachten) Probleme.

Entgegen dieser Darstellung nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer dramatischere Formen an. Die Ausbeutungsstrukturen, die im Kolonialismus begründet wurden, haben weiterhin Bestand und bilden die Grundlage der weltweiten Ungleichheiten. Auf Basis dieser Ungleichheit kommt jeder Region – gemäß ihrem »Standortprofil« – eine Funktion innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung zu. Die kapitalistische Systematik wird immer eine (abhängige) Peripherie benötigen, die Rohstoffe und billige Arbeitskraft liefert.



"Gelebte Menschlichkeit"

Die verstärkte Durchsetzung des Konkurrenzprinzips und die sich daraus ergebende »Standortlogik« hat veränderte Formen der staatlichen Politik auch in den Metropolen zur Folge: An die Stelle des Befriedungsinstruments »Sozialstaat« tritt zunehmend der »Repressionsstaat«. Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. Durch die Sortierung der Menschen nach Verwertungskriterien, d. h. den gezielten Ausschluß bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wächst die Angst vor der eigenen Ausgrenzung und damit die Bereitschaft, sich mit dem bestehenden System zu identifizieren und nach seinen Regeln zu funktionieren.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen Rassismus, der sich auf Hautfarbe und Paß beruft, sondern zunehmend um einen »Leistungsrassismus«, dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun nicht mehr nur »Ausländer« als Schuldige ausgemacht werden, sondern verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. Die »Russen«, »Polen«, oder sonstwie »Mafia«, Flüchtlinge, die kriminalisiert werden, oder all jene, die sich angeblich der Leistung für den »Standort« verweigern, werden als »ordnungszersetzende Elemente« gebrandmarkt; entsprechend hart wird gegen sie polizeilich vorgegangen.

Auf der EXPO will sich die BRD als Gastgeberin dagegen multikulturell, verantwortungsbewußt und richtungsweisend präsentieren: »Bei der EXPO 2000 können wir zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität« (Helmut Kohl 1997) – im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der »Inneren Sicherheit«. Durch die EXPO wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu »Randgruppen« stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben – häufig mit dem Argument der bevorstehenden EXPO.



»Das Bild der Deutschen im Ausland«

Bedeutung hat die EXPO 2000 auch als nationales Großprojekt: »Das Bild der Deutschen im Ausland wird mit der EXPO 2000 vielfach neu bestimmt. [...] Deutschland kann mit der EXPO 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat. Und zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, bei der so viele Mitglieder der Völkergemeinschaft Hilfe geleistet haben, können wir die Gelegenheit nutzen, 'Danke' zu sagen – und zeigen, was wir daraus gemacht haben: aus der Chance, miteinander neu zu beginnen.« (EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel 1996).

Die BRD-Regierung will das »weltoffene und fröhliche Fest« EXPO 2000 nutzen, um 10 Jahre »Wiedervereinigung« abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und imperialistischen Aspekte der EXPO 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

EXPO demaskieren ...

Die EXPO ist nicht »verantwortlich« für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die EXPO hat lediglich die Funktion, für diese »neue Weltordnung« zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt – einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

Um 1992 – anläßlich einer »Bürgerbefragung« zur EXPO – hatte der Schwerpunkt des Widerstands zwischenzeitlich vor allem auf der Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen der EXPO gelegen, mit dem Ziel, v. a. in Hannover zur Verhinderung der EXPO zu mobilisieren. Heute liegt unser Schwerpunkt jedoch wieder darauf, die EXPO 2000 – in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die EXPO '92 in Sevilla – zu »demaskieren«, ihre Herrschaftsfunktion deutlich zu machen und zu kritisieren.

Die EXPO versucht mit ihrem »Weltrettungsanspruch« und ihrer »Nachhaltigkeit« sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der EXPO heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der EXPO ohne »wenn« und »aber« einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die EXPO positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfaßenden Anspruchs anbietet. Wie angedeutet findet

sich in der Programmatik und dem Auftreten der EXPO eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u. v. a. m.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche z. B. im Rahmen der Kampagne »kein mensch ist illegal« oder der »Innen! Stadt! Aktion!« ergeben haben.

Momentan arbeiten wir an der Vorbereitung des BUKO 22 (dem 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) mit, der im Mai 1999 in Hannover stattfinden und sich thematisch mit den Themenfeldern EXPO 2000 und »Gegenmacht von unten« auseinandersetzen wird.



Sand im Getriebe!

Durch Totale Kriegsdienstverweigerung Widerstand gegen Massenheere und Zwangsdienste

Torsten Froese

Im Schwarzer Faden 3/98 hat Ulrich Bröckling einen historischen Überblick über die Entwicklung der Militärdienst- und Kriegsdienstverweigerung nach dem II. Weltkrieg aufgezeichnet. Er stellt dar, daß eine massenhafte Widerstandsbewegung der Kriegsdienstverweigerer nie zustande kam, und auch in Zukunft wegen der Umstrukturierung der Armeen zu kleineren, technisch hochausgerüsteten Freiwilligenarmeen im Zuge der «Abschaffung» der Wehrpflicht schwierig erscheine.

Im folgenden werde ich juristische und politische Grundlagen der Totalen Kriegsdienstverweigerung darstellen und erklären, daß Massenheere keineswegs abgeschafft werden, sie im staatlichen System weiterhin verankert bleiben, die Wehrpflicht also nur - wie in einigen Staaten schon geschehen - für unbestimmte Zeit ausgesetzt wird.



Foto: Herby Sachs/ Version

Reguliertes Gewissen und Grundrechtsphrasen

Die Grundlage aller Herangehensweise an das Thema Kriegsdienstverweigerung ist die Feststellung, daß es in der BRD kein Recht darauf gibt, sondern lediglich das Recht den Dienst an der Waffe zu verweigern. Seit dem Kriegsdienstverweigerungsneuregelungsgesetz (KDVNG) von 1984 gibt es ein «erleichtertes» staatliches Prüfungs- und Anerkennungsverfahren, welches die Möglichkeit gibt, den Militärdienst verweigern zu können. Die Antragsteller müssen sich auf Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes berufen, indem es heißt: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Näheres regelt ein Bundesgesetz." Hier werden zwei Einschränkungen sichtbar, die eine potentielle Massenkriegsdienstverweigerung verhindern helfen sollen. Ein konsequentes Recht auf Kriegsdienstverweigerung könnte nämlich so lauten: "Niemand darf zum Kriegsdienst gezwungen werden." Im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz von 1949 ausarbeitete, kam dieser Vorschlag aber nicht durch. In Vorausschau auf den Wiederaufbau einer zukünftigen deutschen Armee, der Wehrpflicht und eines Militärersatzdienstes, wurde die Einschränkung "Kriegsdienst mit der Waffe" in den Artikel 4/3 eingeführt. 1956 war es dann soweit, die Wehrpflicht, verankert im Artikel 12a GG, wurde trotz massiver Proteste der "Ohne-Uns-Bewegung" durchgesetzt. Militärdienstverweigerer mußten sich auf den Artikel 4 Abs. 3 GG berufen, und Artikel 4 Abs. 1 GG, indem "Gewissensfreiheit" versichert wird, wurde für dieses Verfahren somit faktisch

aufgehoben.

Nur nicht zu politisch darf die Begründung sein. Die eng an die inividuelle Persönlichkeit gekoppelte Begründung muß zwischen "gut und böse", die das Gewissen prägen, unterscheiden. Der tiefe staatliche Einbruch in die persönlichen Freiheitsrechte wird dadurch sichtbar, daß sich die jungen Männer mental durchleuchten lassen müssen, und es eine Selektion gibt, wer den Militärdienst verweigern darf, und wer nicht.



Planung für den «totalen Krieg»

Warum sind die Zivildienstleistenden "Helfer in Zivil" für die Bundeswehr? Weil der "Zivildienstleistende" auch sogenannter "Wehrpflichtiger" ist, und im Kriegsfall "unbefristeten Zivildienst" zu leisten hat. "Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst oder (...) durch den Zivildienst erfüllt." (§ 3 Abs. 1 WPflG). Und der relevante Paragraph für die Einplanung der Zivildienstleistenden zum Krieg, der § 79 ZDG, verweist darauf, daß "Im Verteidigungsfall ... besondere Vorschriften" gelten. Konkret gilt dann § 4 Abs. 1 Nr.4 des WPflG: "Der auf Grund der Wehrpflicht zu leistende Wehrdienst umfaßt (...) im Verteidigungsfall den unbefristeten Wehrdienst."

Es ist für die Einplanung im Krieg egal, ob der Zivildienstleistende aktiv ist, oder ob er den Militärersatzdienst schon einige Jahre hinter sich gebracht hat. Aufgrund der Wehr- und Zivildienstüberwachung (§ 24 WPflG, § 23 ZDG), die die Verfügbarkeit aller Wehrpflichtigen bis zum 32. Lebensjahr regelt, muß ab acht-wöchiger Abwesenheit vom Wohnort Meldung gemacht werden. In Kombination mit dem Arbeitssicherstellungsgesetz (§ 30 Abs. 1 ArbSG) ist somit für die Mobilmachung im sogenannten Spannungsfall gesorgt.

Artikel 12a II GG regelt die Heranziehung der sogenannten "Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" zum Militärersatzdienst, dem heutigen Zivildienst. Im Krieg bleiben die herangezogenen "Zivis" in den Krankenhäusern, wo sie die Zivilbevölkerung, die von Granaten und Bomben zerfetzt wurden, pflegen. Oder sie leisten direkte Unterstützung für die Bundeswehr, indem sie in Militärlazaretten die Soldaten wieder kampffähig machen, damit diese wieder vergewaltigen und morden können.

94.020 von 133.802 Zivildienstleistenden, waren Anfang 1998 im Pflegebereich, genauer gesagt als Pflegehilfe, im Betreuungsdienst, Krankentransport, Rettungswesen, bei der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung oder beim Mobilen Sozialen Hilfsdienst tätig. Diese werden, wie schon erwähnt, in den Krankenhäusern und Militärlazaretten unterkommen. Und der Rest? Der Teil z.B., der "Handwerkliche Tätigkeiten" ausübt, wird in der Mobilmachungsergänzung von Material tätig werden und den Transporter reparieren, der zwischen Lazarett, Ruhrgebiet und Kaserne hin- und herfährt. Von in der Verwaltung arbeitenden Zivildienstleistenden wurde 1987 in einer Aufforderung verlangt, im Rahmen der NATO-"Wintex/Cimex"-Manöver Botengänge für die Bundeswehr durchzuführen. Mit ähnlichem werden sie auch im Krieg beschäftigt sein.

Im "Weißbuch" des Kriegsministeriums von 1994 heißt es auf Seite 133: "Zur Gesamtverteidigung wirken militärische und zivile Verteidigung zusammen. Sie bleibt auch unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ein unverzichtbares Prinzip." Die "Gesamtverteidigungskonzeption" besteht also aus der militärischen und der zivilen Komponente mit Einbindung in die NATO-Strukturen. "Zivile Verteidigung" umfaßt außer der "Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen", den "Zivilschutz, zu dem Selbstschutz, Warndienst, Schutzbau, Katastrophenschutz und Schutz der Gesundheit gehören", die "Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie, Wasser, Verkehr, Transport, Post- und Fernmeldewesen" sowie die "Unterstützung der Streitkräfte in der Mobilmachungsergänzung und der zivil-militärischen Zusammenarbeit" (S.66, Weißbuch 1985). Totale Kriegsdienstverweigerung heißt nicht nur die Verweigerung des durch die Wehrpflicht geregelten "Zivildienstes"! Weil die gesamte Bevölkerung, ganz im Sinne des "totalen Krieges" im Krieg zwangsverpflichtet werden kann, geht dieses Thema alle an. Aufgrund des "Arbeitssicherstellungsgesetzes" (ArbSG §§ 2, 3) - in dem es u.a. heißt: "Für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach Vorschriften dieses Gesetzes (...) ein Wehrpflichtiger in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden" sowie durch die restlichen Absätze des Artikels 12 a GG, die Absätze 3, 4, 5 und 6 kann die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung rekrutiert werden. Im § 2 Abs. 1 ArbSG ist ein "Arbeitsplatzwechselverbot" verankert, bzw. wird "das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses" beschränkt.

Lukrative Zwangsarbeiter!?

Im Golfkrieg stiegen die Militärdienstverweigererzahlen rasant an. Von ca. 74.000 in 1990 auf 150.000 in 1991. Das sieht aus, als ob dies eine hervorragende Voraussetzung für die Friedensbewegung darstellte. Allerdings profitiert vielmehr eine andere Sparte von den vielen Militärdienstverweigerern. Das sind die sogenannten Wohlfahrts-

verbände. Der Zivildienst, der damals noch Ersatzdienst hieß, wurde 1961 eingeführt, und nachdem die ersten zwei Jahrzehnte Militärdienstverweigerer als Drückeberger galten, nahm ihr Ansehen im Laufe der 80er Jahre mehr und mehr zu. Heute gelten sie als nette Jungs, ohne die angeblich überhaupt nichts mehr laufen würde, im Krankenhaus, Altersheim usw.

Die Zivildienstleistenden sind für die Wohlfahrtsverbände billige Arbeitskräfte, die für 13,50 ,- DM bis 16,50,- DM Sold pro Tag (hinzu kommen Essensgeld, Wegegeld, evtl. Mietzuschuß, so daß durchschnittlich ca. DM 900,- am Ende des Monats herauskommen) die selben Arbeitszeiten wie ausgebildetes Fachpersonal haben, und auch meistens die selben Arbeiten leisten müssen. Netto zahlen die Dienststellen DM 4,- in der Stunde für einen Zivildienstleistenden, der Rest wird vom BAZ bezuschußt.

Dadurch, daß Krankenhäuser, Altenpflegeheime, Rotes Kreuz, ASB, aber auch z.B. medico international oder der DGB und viele andere Einrichtungen auf die für sie billigen Zivildienstleistenden zurückgreifen, verschließen sie jährlich über 180.000 Menschen die Möglichkeit, einen qualifizierten Beruf zu erlernen. So viele amtlich zugelassenen Zivildienstplätze gibt es nämlich. Somit findet mittlerweile ein Konkurenzkampf zwischen diesen Organisationen um die derzeit 133.000 billigen Zivis statt. Alle wollen in den Genuß der subventionierten Arbeitskräfte gelangen. Der Staat unterstützt dies selbstverständlich, um die Wehrpflicht weiterhin aufrecht erhalten zu können.

Für die Staatskasse ist das Unternehmen Zivildienst nicht so lukrativ: Insgesamt beziffern sich die Ausgaben für den Zivildienst laut Haushaltsplan (EP 17) auf fast 2,7 Milliarden DM. Das sind pro Zivildienstleistenden 18.807 DM im Jahr. Dahinter versteckt sich der aufwendige Verwaltungsapparat des BAZ: Kosten für Zivildienstschulen, Erstattungen für die Dienststellen, die Ausgaben für die Zivildienstleistenden direkt.

Laut einer Studie von 1993 von Dietmar von Boetticher ist der Zivildienst nach volkswirtschaftlichen Kriterien ein Verlustgeschäft. Neben den 2,7 Milliarden für das BAZ, müssen auch Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe und Wohngeld für erwerbslose Fachkräfte aufgebracht werden. Bei Wegfall des Zivildienstes und dem Einsatz von tariflich bezahlten Fachkräften gäbe es gar noch einen Überschuß. Billig ist der Zivildienst nur auf betriebswirtschaftlicher Ebene.

Repression hat Konjunktur!

In den letzten zwei Jahren verurteilten Gerichte Totale Kriegsdienstverweigerer mit immer höher werdenden Strafen. Dies liegt im besonderen Interesse des Kriegsministeriums. Es verlangt in einem Erlaß, zuletzt erneuert am 18.2.1998, Totalverweigerer erst dann aus der Bundeswehr zu entlassen, nachdem sie ein Zivilgericht mindestens zu sieben Monaten Freiheitsentzug verurteilt hat. Analog sollen zum Zivildienst einberufene Totalverweigerer, zu mindestens 10 Monate Freiheitsentzug verurteilt werden. Vor dem «Rühe-Erlaß» gab es schon den «Stoltenberg- und Wörner-Erlaß», die aber beide nicht annähernd von den "unabhängigen" RichterInnen so gehorsam beachtet wurden wie heute. Im Juli 1998 gab es in Berlin mit 11 Monaten Freiheitsstrafe die höchste Verurteilung seit Wiedereinführung der Wehrpflicht in Berlin. Anfang 1998 verhängte das AG Göttingen eine Haftstrafe von 16 Monaten, die in der Berufungsverhandlung am Landgericht noch auf 10 Monate reduziert werden konnte, sich aber damit nach den Erlassen richtet. 20% aller Totalverweigerer, die nach WStG angeklagt sind, werden mittlerweile zu sieben Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Freiheitsstrafen orientieren sich also am «Rühe-Erlaß», womit die angebliche "Unabhängigkeit" der RichterINNen zumindest in diesen Fällen offensichtlich nicht zutrifft. Dieses Strafmaß ist zuvor für TKDV-Strafverfahren ziemlich ungewöhnlich gewesen.

Bei der Verfolgung der Totalverweigerer gibt es zwei verschiedene Varianten. Zum einen gibt es die Totalverweigerer, die zur Bundeswehr einberufen wurden. Diese werden dann von der Bundeswehr arrestiert. Die Vollstreckung von Arresten ist in aller Regel rechtswidrig, da Disziplinarmaßnahmen keine Strafen - diese sollen allein Gerichten vorbehalten sein - sondern lediglich "Erziehungsmaßnahmen" sein dürfen und bei Totalverweigerern der disziplinarische Zweck, nämlich die Ableistung des Wehrdienstes per se überhaupt nicht erwartet werden kann. Damit wird die Arrestierung zur klassischen Beugehaft und grob rechtswidrigen Freiheitsentzug. Darüberhinaus hält das Verfahren nicht einmal minimalen Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit stand. So läuft z.B. das gesamte Verfahren ohne Beteiligung eines Verteidigers ab. Gegen die Entscheidung des Truppendienstrichters kann das Rechtsmittel der Beschwerde



Fotos: Herby Sachs/ Version

eingelegt werden, über die die Kammer des Truppendienstgerichtes (TDG) entscheidet. Allerdings hat diese recht wenig Aussicht auf Erfolg, da sich die Kammer des TDG zusammensetzt aus: dem Richter am TDG, gegen dessen Entscheidung der Totalverweigerer die Beschwerde eingelegt hatte und zwei Beisitzern, die Soldaten sind."

Totalverweigerer bei der Bundeswehr sind einer klassisch repressiven Mehrfachbestrafung ausgesetzt, die z.B.

durch die Konstruktion mehrerer verschiedener Befehlsverweigerungen nach Wehrdisziplinarordnung (WDO) sowie dem Straftatbestand der "Fahnenflucht" (§ 16 I WStG) zusammengesetzt sind. Diesen Totalverweigerern wird dann in den Prozessen durch die Gerichte oftmals eine Gewissensentscheidung abgesprochen, weil sie kein KDV-Anerkennungsverfahren durchgangen sind, womit die Gefahr einer nochmaligen Einberufung und dementsprechend eine verfassungswidrige Doppelbestrafung hinzukommen kann. Dazu kommt die Anwendung des o.g. «Rühe-Erlasses», falls das Urteil mit einer geringeren Freiheitsstrafe als sieben Monaten erging.



Der anderen Gruppe Totalverweigerer gehören die sogenannten anerkannten Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen an, die das KDV-Anerkennungsverfahren durchgangen sind, und somit vom BAZ einberufen wurden. Diese Totalverweigerer sind nicht durch die Arrestierung bei der Bundeswehr bedroht. Hier stellt nach drei-tägiger Abwesenheit das BAZ Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft, die dann auch in 99 % aller Fälle dem Strafantrag stattgibt, womit es zum Prozeß vor der Strafjustiz kommt. In einigen Fällen wird dann noch das Jugendstrafrecht angewandt, weil die betroffenen Totalverweigerer zur Tatzeit noch "Heranwachsende", also unter 21 Jahre alt waren. Allerdings bestehen viele Totalverweigerer darauf, daß das allgemeine Strafrecht angewandt wird, da sie nicht vom Gericht als "in der Entwicklung zurückgebliebene" oder nicht als nicht-vollständig ernst zu nehmende Personen diffamiert werden möchten. Zudem hat es auch revisionsrechtliche Gründe, warum es sinnvoller ist, das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden.

In den Strafprozessen sollte es durch politisch und juristisch korrekte Beratung dazu führen, daß ein Freispruch vom Totalverweigerer selbst und/oder seinen VerteidigerInnen beantragt wird. Die dem Urteils- und Informationsservice (UrIS) bekannten Urteile gegen Totalverweigerer beinhalten ca. 10 Freisprüche aus den unterschiedlichsten Gründen, von denen die meisten auch nicht rechtskräftig wurden. Die sinnvollste Variante, einen Freispruch einzufordern, ist es, in der Hauptverhandlung die angeblichen Errungenschaften der «freiheitlich-demokratischen Grundordnung» auf die Probe zu stellen. Oben wurden schon die beiden relevanten Artikel des Grundgesetzes erwähnt, die zu einem Freispruch führen können, ja sogar müssten, wenn das Grundgesetz für den Staat nicht einfach nur überflüssiger Balast darstellen soll. Das ist der Artikel 1 I GG sowie Artikel 4 I GG, die unantastbare Menschenwürde und die Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Freiheit, das eigene weltanschauliche Bekenntnis leben zu können. Die Forderung vor Gericht lautet daher oftmals: Freispruch, Abschaffung der Wehrpflicht, der Zwangsdienste und des Militärs!

Doppelt verknackt sitzt länger!

"Niemand darf wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden". Dies steht so im Artikel 103 Absatz 3 des Grundgesetzes. Der Straftatbestand der Dienstflucht ist im § 53 I ZDG verankert. Und dieser Paragraph lautet: "Wer eigenmächtig den Zivildienst verläßt oder ihm fernbleibt, um sich der Verpflichtung zum Zivildienst dauernd oder für den Verteidigungsfall zu entziehen oder die Beendigung des Zivildienstverhältnisses zu erreichen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft." Das heißt, daß im Straftatbestand der sogenannten Dienstflucht - und auch dem der Fahnenflucht der in § 16 I Wehrstrafgesetz (WStG) geregelt ist - die dauernde Entziehung, somit also die "ein für allemal getroffene Entscheidung", sich der sogenannten Wehrpflicht zu entziehen, impliziert ist. Es ist also eigentlich schon durch den § 53 I ZDG und dem § 16 I WStG geregelt, daß Totale Kriegsdienstverweigerer wegen ihrer lebenslänglich anhaltenden Entscheidung bestraft werden. Der Artikel 103 III GG wird umgangssprachlich auch als "Doppelbestrafungsverbot" bekannt sein. Nun existiert dieses "Doppelbestrafungsverbot" also, es wird aber nicht beachtet. Wer z.B. wegen Diebstahl oder Mordes verurteilt

wurde, kann auch nicht wegen der selben Tat nochmals angeklagt werden. Anders dagegen sieht die Sache im Umgang mit den konsequenten Kriegsdienstverweigerern aus, die aus politischer Motivation ihre Entscheidung getroffen haben. Die deutsche Justiz bastelte sich hier in altbewährter Weise ein Reglement auf, nachdem es den Totalen Kriegsdienstverweigerern nicht so einfach gemacht werden sollte. Das BAZ oder die Bundeswehr würde keine Totalverweigerer erneut einberufen, wenn ihnen im ersten Prozeß von der/dem RichterIn sogenannte "Gewissensgründe" in der Urteilsbegründung attestiert wurden. In den Prozessen gegen Totalverweigerer wird eine Bundesverfassungsgerichtsentscheidung (BVerfGE) von 1968 herangezogen: Nach dieser Entscheidung gilt die selbe Tat im Sinne von Artikel 103 III GG nur, wenn "die wiederholte Nichtbefolgung einer Einberufung zum zivilen Ersatzdienst auf die ein für allemal getroffene und fortwirkende Gewissensentscheidung zurückgeht(...)" Weiter heißt es in dem BVerfG-Urteil, und das vergessen die meisten Richter und Richterinnen: "Hinzu kommt, daß dieses durch die ein für allemal getroffene Gewissensentscheidung determinierte äußere Verhalten (...) dem Anspruch des Staates begegnet, der mit dem ersten und allen folgenden Einberufungsbescheiden vom anerkannten Kriegsdienstverweigerer immer nur" jetzt kommt die wichtige Stelle "dasselbe verlangt, nämlich die einmalige Leistung von 18 (heute 13) Monaten zivilen Ersatzdienst". Es wird also nur verlangt, den einmaligen Dienst abzuleisten. Die in § 24 Abs. 4 ZDG geforderte Nachdienpflicht ist darin impliziert. Und die Entscheidung, die Verweigerung des Dienstes aufrecht zu erhalten, ist eine prinzipielle.

Erst bei der Anerkennung von Gewissensgründen hat also der Artikel 103 III GG Gültigkeit für die herrschende Justiz, und das BAZ bzw die Bundeswehr sieht somit von einer erneuten Einberufung ab. Das Grundgesetz hat hier also nur Gültigkeit für Menschen, die die Gewissensdefinition des Bundesverfassungsgerichtes übernehmen, und in der vorgegebenen Phraseologie sprechen. Es kann abernicht sinnvoll sein, sich der erweiterten Form der Gewissensprüfung vor Gericht zu unterziehen. Sinn macht es vielmehr, die Grundrechte einschränkende Bundesverfassungsgerichtsentscheidung in den politischen und historischen Kontext einzuordnen, um die Absicht des Staates, antimilitaristischen Widerstand vehement zu verfolgen, aufzuzeigen.

Dynamik gegen Massenheere und Zwangsdienste!

Das sind also im kurzen Überblick die Erfahrungen, die die TKDV-Bewegung im Widerstand gegen den repressiven Staat macht. Nach einem eventuellen Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht in der BRD, so wie in anderen westeuropäischen Staaten (Belgien, Niederlande, Frankreich, Spanien plant auch den Ausstieg aus der Wehrpflicht) wird ein Problem aufkommen. Die privaten und öffentlichen Institutionen, die jahrzehntelang auf billige Zwangsarbeiter gebaut hatten, um ihre sozialen und pflegerischen Aufgaben so billig als möglich zu erledigen, werden kaum alle wieder freiwillig auf höher bezahlte Fachkräfte umsteigen wollen. Und auch die Wehrpflichtbefürworter haben noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es gibt im Prinzip zwei von den Zwangsdienstfreunden favorisierte Konzepte: 1. Eine allgemeine Dienstpflicht wird als Erweiterung der Wehrpflicht eingeführt. 2. Eine allgemeine Dienstpflicht wird parallel zur Umwandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee eingeführt. Wobei in beiden Konzepten auch Frauen vorgesehen sind. Der Staat kann auf Erfahrungen für die zukünftige Zwangsrekrutierung aus dem vorhandenen Zivildienst, aus den Zwangsarbeitskonzepten für Erwerbslose (Arbeitsförderungsgesetz & Arbeitsförderungsreformgesetz von 1997) und SozialhilfeempfängerInnen (§§ 18-20 BSHG, § 25 BSHG) sowie dem sogenannten "freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahr" zurückgreifen. Aus diesen drei Bereichen könnte sich also zukünftig, parallel zur Militarisierung der Innen- sowie Außenpolitik vollziehend, eine Zwangsarbeitsgesellschaft zusammensetzen, die dann sehr wahrscheinlich - wie schon heute ansatzweise festgestellt werden kann - gar nicht als solche wahrgenommen wird.

Aufgrund dieser möglichen Entwicklungen zukünftiger Zwangsdienste sollte auf die Erfahrung der TKDV-Bewegung sowie der Arbeitslosen-Initiativen - leider haben sich z.B. die Gewerkschaften kaum mit diesem Thema beschäftigt - zurückgegriffen werden, um einen massenhaften Widerstand gegen zukünftige und selbstverständlich auch momentane Zwangsarbeitsdienste aufbauen zu können.

Die Vorgänge in Europa bestätigen auch nicht etwa die Abschaffung der Wehrpflicht, schon gar nicht die Abschaffung der Massenheere, wie Bröckling im Schwarzer Faden 3/98 sugeriert. Sicherlich ist, wie im Falle Irlands oder auch Frankreichs die Wehrpflicht offiziell abgeschafft. In den Niederlanden dagegen ist die Wehrpflicht offiziell für unbestimmte Zeit nur ausgesetzt, was auf jeden Fall eine ehrlichere Umgehensweise mit der Wehrpflicht darstellt. Denn, in allen nationalen Kriegsministerien und der NATO bleibt die "Gesamtverteidigungskonzeption" (siehe Weißbuch des BMVg) sowie die Pläne für einen schnellen Wiederaufbau des Wehrpflichtsystems im sogenannten Ernstfall in den obersten Schubladen. Und dazu gehören dann auch, wie in den nationalen Gesetzen (s.o.) verankert, die Rekrutierungsmöglichkeiten der Zivilbevölkerung, um Zivilschutz und Versorgung etc. aufrecht zu erhalten. Das heißt, das bei Existenz einer allgemeinen Dienstpflicht diese Zwangsverpflichteten genauso wie bei heutiger Rechtslage (sie bleibt nämlich sehr wahrscheinlich die selbe, bzw. wird nur unwesentlich verändert: der Artikel 12a GG, Arbeitssicherstellungsgesetz, Katastrophenschutzgesetz etc.) in die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit eingeplant sind. Auch wenn, wie in der Tat, Bundeswehr und Nato sich zu schlagkräftigen und flexibel einsetzbaren Überfalltruppen gewandelt haben. Trotzdem, das Konzept der Bundeswehr beruht nicht nur auf den mittlerweile allseitsbekannten Krisenreaktionskräften (ca. 50.000 Soldaten) die z.B. im Namen der SFOR wüten, in Albanien einfiehlen (3/97) und Jugoslawien im Kosovo-Krieg bedrohen, sondern auch auf die Hauptverteidigungskräfte (HVK), die auf jeden Fall immer sehr eng mit dem Zwangsrekrutierungssystem in Verbindung stehen werden.

Das heißt also: Keine Entwarnung! Weiterhin Propagierung einer breiten, vielfältig-dezentral organisierten Bewegung der Massen, so lächerlich oder unzeitgemäß sich das für manche anhören mag. Daß eine massenhafte Widerstandsbewegung aus dem Bereich der TKDV-Bewegung zustande kommen kann, zeigt uns trotz allen unterschiedlichen historischen und soziopolitischen Voraussetzungen die Situation in Spanien, wo jedes Jahr ca. 10.000 "Wehrpflichtige" den Kriegsdienst total verweigern. Diese haben zwar auch mit einer noch stärkeren Repression zu rechnen als die TKDVer in der BRD, aber auch mit mehr Solidarität.

Speziell im Bereich der TKDV-Bewegung haben wir das Problem der fehlenden Solidarität von anderen Organisationen sowie die schon immer existierende Individualisierung großer Teile der TKDVer. Für viele bleibt das Thema (T)KDV auch nur so lange aktuell, wie sie selbst von Einberufung, Verweigerung und Kriminalisierung betroffen sind. Das gilt für Totalverweigerer genauso wie für Zivildienstleistende. Die "Zivis" sind auch nur solange mit ihrer benötigten Begründung für eine Gewissensentscheidung gegen den Waffendienst bei der Bundeswehr beschäftigt, wie sie dazu gezwungen sind, sich damit auseinanderzusetzen. Selten schließen sich Zivildienstleistende als Selbstorganisation (SOdZDL) zusammen.

Bei dem Vorhaben, eine breite antimilitaristische (TKDV)-Bewegung aufzubauen, ist das Thema Zwangsdienste viel stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Hier bestehen meines Erachtens nach die größten Defizite, ob das die ca. 130.000 "Zivis" sind, die meistens überhaupt nicht mehr merken, daß sie Zwangsarbeiter sind, oder die TKDVer, die zwar schon viel sensibler damit umgehen, aber ihre Aufmerksamkeit auf das Thema Kriegsdienst gelegt haben, oder - und jetzt wirds immer schlimmer - wie z.B. der DGB, medico international, die Kirchen u.a. soziale Einrichtungen, die selbst Zwangsarbeiter ausbeuten oder gar das Wehrpflichtsystem offiziell als legitim empfinden, wie amnesty international z.B.

Die TKDV-Bewegung könnte eine wichtige Schnittstelle belegen. Meistens betätigen sich die diversen Organisationen nur sehr einseitig in ihrem Widerstand. Entweder gegen kapitalistische Ausbeutung (Arbeitslosen-Selbsthilfe-Inis, Teile der Gewerkschaften, AnarchosyndikalistInnen, diverse K-Gruppen etc.) oder gegen das Militär samt Wehrpflicht (DFG-VK, Kampagne gegen Wpfl, Zwangsdienste und Militär, FriKo etc.). Die TKDV-Problematik birgt in sich die Beschäftigung mit beiden Problemfeldern die durch diesen Staat provoziert werden: Ausbeutung durch Zwangsarbeit und Antimilitarismus.



Foto: Herby Sachs/ Version

Anmerkungen:

zu beziehen über Ohne Uns-Redaktion, c/o Jörg Eichler, Altpieschen 5, 01 127 Dresden

«Rühe-Erlaß»: BMVg - PSZ III 6 - Az 24-98-10

vgl. OHNE UNS- Reader zur TKDV, erhältlich bei TKDV-Ini Frankfurt/M., c/o D. Beutner, Hegelstr. 10, 60 316 FFM & DFG-VK Frankfurt/M., Vogelsbergstr. 17, 60 316 FFM

so zitierte das AG Herford im September 1996 (UrIS Nr. 508) sogar den damals schon nicht mehr geltenden «Wörner-Erlaß» in einer Urteilsbegründung.

aus einer Pressemitteilung (August 1998) der TKDV-Initiative Dresden.

Drucksache 13/6197, Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen

Die VerteidigerInnen müssen nicht unbedingt RechtsanwältInnen sein. Nach ß 138 II StPO können auch Nichtjuristen Angeklagte verteidigen. Es gibt dazu auch ein Projekt namens juristische Unterstützung für Totalverweigerer (jUT), Kontakt über Ohne Uns-Red. oder UrIS.

UrIS (Urteils- und Informationsservice), Sammlung von ca. 500 Gerichtsurteilen samt Begründungen, zu bestellen bei UrIS, c/o D. Beutner

wie bspw. 1992 in Hamburg-Harburg (UrIS Nr. 122). Dieser Freispruch wurde allerdings in nächster Instanz vom LG aufgehoben.

BVerfGE 23, 191,203 und 205

Im Kriegsfall soll durch Generalmobilmachung der gekaderten Feldersatzbataillone eine ca. 700.000 SoldatInnen umfassende Stärke erreicht werden. (vgl. ami 8/98 S.9, IAP-Dienst 10/97)

siehe Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, ISP-Verlag, Köln 1997, DM 14,-

siehe Martina Fischer, in 4/3-Fachzeitschrift zu KDV, Wehrdienst und Zivildienst, 2/96

siehe graswurzelrevolution N∞ 229/Mai 98, "Die Ignoranz der anderen sozialen Bewegungen ist das Hauptproblem der totalen Kriegsdienstverweigerer", S. 10 f.

Lissabon-Bericht

Libertärer Kommunalismus - eine Erneuerung des Anarchismus

von Wolfgang Haug

Die erste Internationale Konferenz zum Libertären Kommunalismus und zur Politik der Sozialen Ökologie fand in diesem Sommer in Lissabon statt. Eine zweite wird für Ende August 1999 in Plainfield, Vermont vorbereitet. Wer einen Internet-Zugang hat und sich informieren will, kann dies tun:
website:
http://www.web.net/~anarchos

In deutscher Sprache ist zudem auch ein neuer *"Newsletter für libertären Kommunalismus"* in Vorbereitung. Dieser Newsletter bzw. für e-mail-user, der "e-mail letter" soll über die internen Diskussionen auf internationaler und bundesdeutscher Ebene auf dem Laufenden halten und zugleich alle an der Praxis der Sozialen Ökologie Interessierten sammeln, damit wir innerhalb der BRD in einen Austauschprozess kommen und uns kennenlernen.

(Im Newsletter/e-mail letter sollen neben den internationalen Infos, Nachrichten und Hinweise weitergegeben und Diskussionen hierzulande dokumentiert werden. Der Newsletter kann beim Trotzdem-Verlag für 30.-DM abonniert werden. Interessenten können sich ab sofort melden, aber noch nichts überweisen. Die Rechnung kommt dann mit dem ersten Newsletter/e-mail-letter Ende Januar 1999.)

Eine Bewegung für libertären Kommunalismus will institutionelle und kulturelle Bedingungen schaffen, die den Menschen mehr direkten politischen Einfluss auf der Basis lokaler und dezentraler Strukturen verschaffen. Sie will unserer alltäglichen Arbeit vor Ort ein politisches Konzept und eine Strategie zugrundelegen, mit deren Hilfe es möglich wird, scheinbar nicht zusammenhängende Themen und Aufgabenstellungen miteinander zu verbinden und dadurch zu einer gesellschaftlichen Kraft zu werden, die in den Kommunen nicht länger ignoriert werden kann. Das Nahziel des libertären Kommunalismus wäre vor Ort mehr direkte Demokratie durchzusetzen, sei es durch Bürgerversammlungen oder Bürgerentscheide. Das "Nebenziel" wäre es, die Atomisierung unserer Gesellschaft durch neue Vernetzungsstrukturen aufzuhalten und umzudrehen und durch die Herausbildung neuer politischer Strukturen eine Basis für Gegenmacht zu schaffen. In diesem Sinne ist der für dieses Heft angekündigte (und aus Platzgründen auf die nächste Ausgabe verschobene) Artikel Janet Biehls *"Duale Macht"* eine Zukunftsvision, die sicherlich nicht den aktuellen Verhältnissen entspricht, die aber das Veränderungspotential des *Libertären Kommunalismus* andeutet. Ob und inwiefern wir die Vorstellung der *Dualen Macht* akzeptieren, soll nicht zuletzt im SF kontrovers diskutiert werden. In Lissabon wurde dieses Kapitel aus ihrem Buch als das Problematischste empfunden und es entzündete sich eine lebhafte Diskussion um die Gewaltfrage.

Vorbereitet wurde die Lissaboner Konferenz vor allem von *Dimitri Roussopoulos* (Black Rose Verlag, Montréal), *Janet Biehl* (Burlington) und den portugiesischen Genossen um *Jose Maria* (Fachbereich Soziologie an der Technischen Universität Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa, und *Maria Magos*, Mitarbeiterin der inzwischen eingestellten portugiesischen Anarchozeitschrift *A Batalha*, Lissabon). Das Ausnutzen der Universitätsstrukturen brachte zwar die Kritik seitens anarchosyndikalistischer Kreise ein, erlaubte aber den Teilneh-

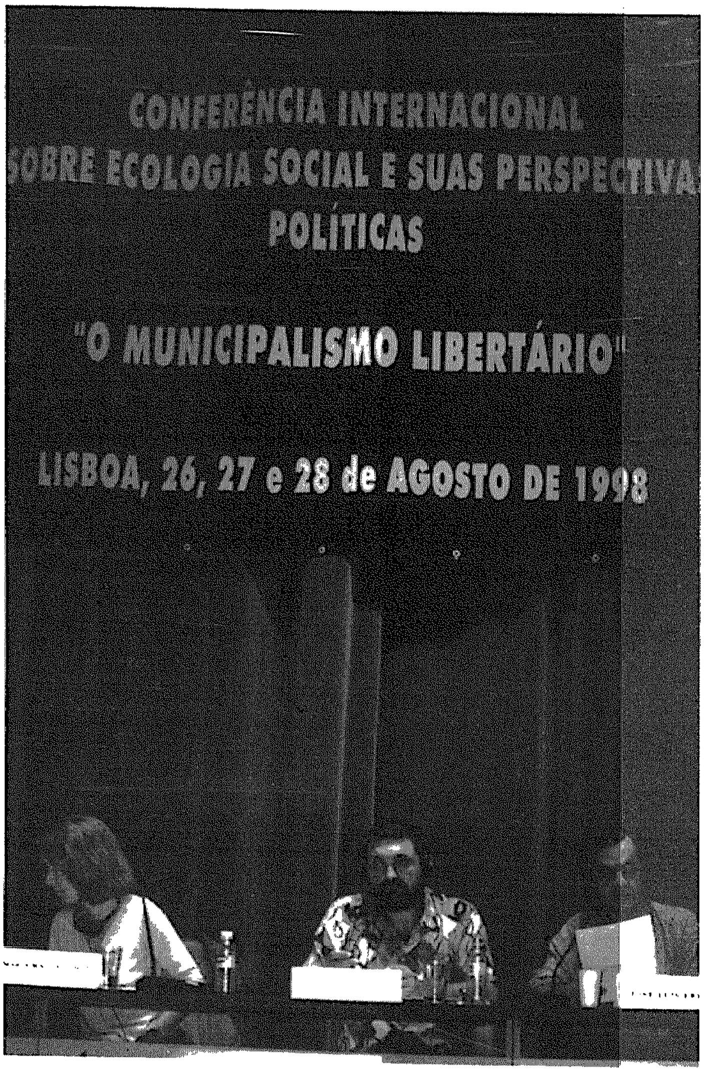


Foto: Wolfgang Haug

merInnen eine größtmögliche Transparenz und Diskussionsfähigkeit, da sämtliche Plenumsdiskussionen und Podiumsdiskussionen simultan auf Englisch, Portugiesisch, Spanisch und Französisch wiedergegeben werden konnten. In diesem Zusammenhang sei auch ein weiterer positiver Nebeneffekt erwähnt: die Gratis-Übernachtungsmöglichkeiten für einen Grossteil der TeilnehmerInnen in einem über die Ferien nicht genutzten Studentenwohnheim. Zwar über mehrere Stockwerke verteilt, ermöglichte diese Unterbringung zwei zwangslose Abende, die zum näheren Kennenlernen der TeilnehmerInnen sehr viel beitrugen, zumal die Tage durch zahlreiche Vorträge und Diskussionen wenig Spielraum für persönliche Gespräche liessen. Obwohl die Kritik der spanischen AIT an vielen Punkten mit falschen Unterstellungen arbeitete (die ursächlich wohl nicht zuletzt in der innerspanischen Konfliktsituation zwischen CGT und CNT zu suchen sind), dokumentieren wir in dieser Ausgabe den Briefwechsel zwischen Anarchosyndikalisten und Libertären Kommunalisten vollständig, weil die Vorbehalte der neuen Bewegung gegenüber durchaus wichtige Fragen berühren, die es zu beachten gilt, wie z.B. die Abhängigkeit der Kommunen vom Staat. Zudem glauben wir, dass in den Antworten an die AIT einiges von der in Lissabon erdiskutierten inhaltlichen Basis ausgedrückt wird.

Die Lissabonner Konferenz

fand vom 26. bis zum 28. August statt und kann als sehr erfolgreich bewertet werden. Sie brachte 125 libertäre Kommunalisten aus 44 Städten zusammen, um über die Möglichkeiten einer neuen internationalen Bewegung zu diskutieren. Vertreten waren Städte aus den USA, Canada, Uruquay, Australien, der Tuerkei und aus vielen Ländern Europas, die drei Tage lang über die Möglichkeiten für mehr direkte Demokratie, eine Erneuerung des Anarchismus und libertäre Eingriffsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Staaten diskutierten. Die Konferenz erdiskutierte sich einen theoretischen Bezugsrahmen, der für die Teilnehmer akzeptabel und verbindlich war und im wesentlichen anhand von Janet Biehls Buch *"Libertärer Kommunalismus"* erarbeitet wurde.

Janet Biehl eröffnete demzufolge auch die Konferenz mit einem einstündigen Grundsatzreferat, das die wichtigsten Thesen Murray Bookchins zur Sozialen Ökologie zusammenfassend vorstellte.

In einer Serie intensiver Plena und Workshops zu einzelnen Schwerpunkten wurde untersucht, auf welche Bedingungen die Vorstellungen in den verschiedenen Ländern treffen, welche Widerstände sich abzeichnen, inwieweit es bereits libertär kommunalistische Praxisansätze gegeben hat oder gibt etc.

Themenbereiche waren u.a. "Gesellschaftliche Probleme und soziale Bewegungen in Städten", "Kultur und gesellschaftliches Leben im 21.Jahrhundert zwischen Globalität und Lokaler Aktivität", "Zur Ökonomie kleiner und grosser Städte" und "Erfahrungsberichte gesellschaftlicher Eingriffsmöglichkeiten in Städten und Gemeinden."



Dimitri Roussopoulos (Montréal) Foto: Wolfgang Haug

Dabei wurden auch Erfahrungen vorgestellt, die nicht direkt von Anarchisten ausgelöst worden waren, wie etwa die Einrichtungen für direkte Demokratie in der türkischen Stadt Fatsa, die mit dem Militärputsch in den 70er Jahren ihr dramatisches Ende fanden. Berichtet wurde auch über die Anfänge alternativer und bunter Listen in der BRD oder der Beteiligung libertärer Kommunalisten an den Kommunalwahlen in Montréal, Canada oder Burlington, Vermont. Manche dieser Berichte blieben aus Mangel an konkreten Erfahrungen naturgemäß dabei stehen, die Zustände in den jeweiligen Ländern zu beschreiben und mögliche Ansatzpunkte eigener Aktivitäten zu skizzieren.

Aufgrund der hohen Teilnehmerzahl aus Portugal und Spanien konzentrierte sich diese Diskussionen des öfteren auf die Bedingungen in diesen beiden Ländern, die speziell in Portugal durchaus eine Tradition aufweisen, die den Kommunen grössere Selbständigkeit zubilligt. Eine Ausgangssituation, die benutzt werden kann, um Bürgerversammlungen und Stadtteilversammlungen zur tragenden Säule libertaerer Kommunalpolitik werden zu lassen. Um dieses Thema beispielhaft zu vertiefen, war ein Rechtswissenschaftler eingeladen, die portugiesische Verfassung genauer vorzustellen und ein kommunistischer Bürgermeister aus einer mittelgroßen portugiesischen Stadt, der seine Möglichkeiten und Grenzen erläuterte, die ihm aufgrund dieser Kommunalverfassung gegeben sind.

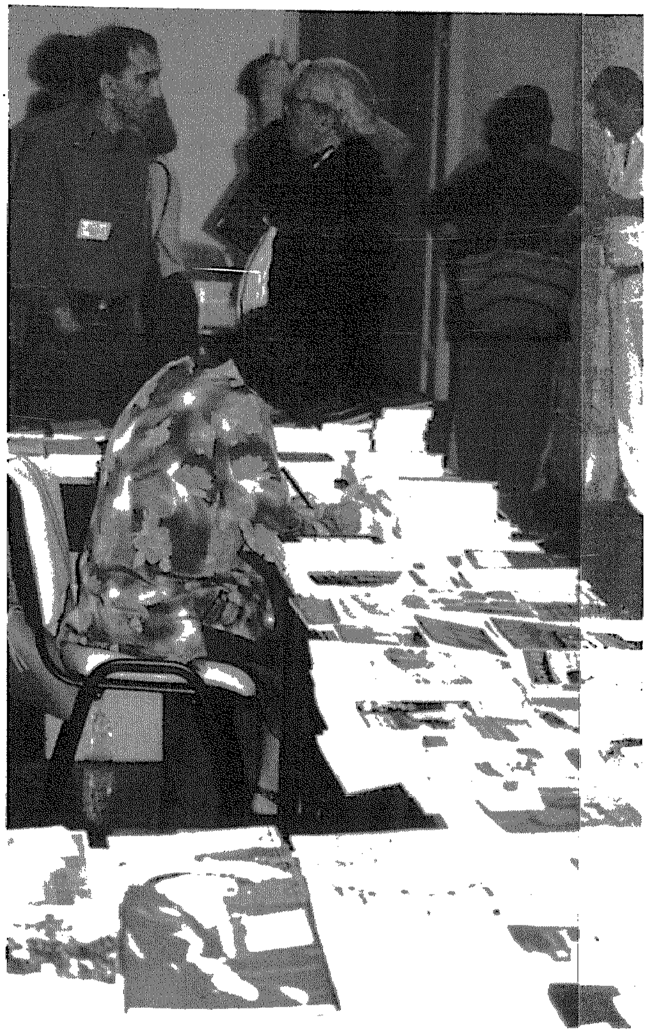
Die spanische Delegation, die in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der CGT bestand, verdeutlichte, wie sie als Gewerkschaft zunehmend auch auf kommunaler

und regionaler Ebene aktiv werden will und dabei auch Kandidaturen zu Regionalparlamenten nicht ausschliesst. Diese Einschätzung stiess bei anderen TeilnehmerInnen auf Kritik und Ablehnung, da sie aufgrund der Prinzipien des libertären Kommunalismus nichts mit der staatlichen Ebene zu tun haben wollen. An dieser Stelle sei noch einmal klargestellt, dass es sich beim Libertären Kommunalismus ausschließlich um eine Beteiligung an Kommunalwahlen oder Bürgermeisterwahlen handeln wird und kann. Wer andere Wahlen auf staatlicher Ebene auch nur in Betracht zieht, sollte sich anderweitig in herkömmlichen oder neuen (öko-)linken Parteien organisieren!

Nicht zu kurz kamen die Einwände, dass vieles in den Kommunen ein Abbild des Staates ist und deshalb die Kommunen eine schwierige Basis für eine Gegenmacht abgeben, nicht nur weil sie staatliche Strukturen nachahmen und vor Ort durchsetzen, sondern auch weil ihr Einfluss häufig sehr stark durch staatliche Vorgaben begrenzt ist. Trotzdem überwog die Absicht, den vorhandenen (kleinen) Spielraum zu nutzen und zu erweitern, um eine neue anarchistische Praxis zu entwickeln, die sich nicht aus der Gesellschaft zurückzieht oder sich in ihren Nischen und Ghettos bewegt, sondern die sich gesellschaftspolitisch einmischt und eigene Stärke zu entwickeln versucht. Zu diesem Ansatz, sahen die TeilnehmerInnen keine Alternative. Der Lifestyle Anarchismus, der kulturelle Anarchismus oder Szeneanarchismus bleibe schlichtweg ohne jeden gesellschaftspolitischen Einfluss und deshalb auf die Dauer folgenlos. Der Anarchosyndikalismus führt, solange er sich vor allem auf die Betriebe konzentriert, inzwischen in allen Ländern ebenfalls eine politische Randexistenz. Der Anarchismus muß seine theoretischen Ansätze anhand einer konkreten Praxis weiterentwickeln, wenn er mehr sein will, als eine "kulturelle Bereicherung" des Kapitalismus.

Die Plainfield (Vermont) Conference

soll der Lissaboner Konferenz folgen, sie ist vom 27.-29. August 1999 am Institute for Social Ecology in Plainfield, Vermont, U.S.A. geplant. Sie soll sich speziell mit den Möglichkeiten beschäftigen wie auf eine Gemeinde Einfluss ausgeübt werden kann, wie Bürgerversammlungen durchgesetzt werden, wie und inwieweit mensch sich an den Kommunalwahlen beteiligen kann und soll, welche Sicherungen eingebaut werden können, wie eine grüne Anpassung an die "Realität" vermieden werden kann, und wie die Beziehungen zwischen libertären Kommunalisten und sozialen Bewegungen aussehen können.



Vorbereitet wird eine Einladung an die Adresse der EZLN aus Chiapas, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten interessante Strukturen direkter Demokratie eingeführt hat. Die australische Gruppe pflegt Kontakte zu den Zapatistas und übernimmt die organisatorischen Details. Dabei soll es nicht um eine Soli-Aktion gehen, auch kein Vertreter der militärischen Organisation eingeladen werden, sondern jemand, der/die sich mit den selbstorganisatorischen Strukturen und Entscheidungsprozessen in den Döfern auskennt und etwas über ihre Entwicklung, ihre Erfahrungen und ihren Einfluss auf die politischen und militärischen Aktionen sagen kann.

Plainfield ist nicht Lissabon, d.h. konkret, dass der Service der Simultanübersetzung in Frage steht. In der Diskussion sind wörtliche Übersetzungen, die sehr viel Zeit kosten würden oder zusammenfassende Übersetzungen, die eine tiefergehende Diskussion erschweren. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Übernachtet wird im Institut und in Zelten, die Ernährung wird zumeist dem Institutseigenen Anbau entstammen.

Internationaler Gedankenaustausch

Mittels e-mail und Briefen findet derzeit bereits eine rege Diskussion darüber statt, wie die nächste Konferenz aus-

sehen soll, welche Themen auf die Tagesordnung kommen etc. Der erste Punkt, der ausgiebig diskutiert wurde, betraf das sogenannte "Screening", das in den USA, Canada und Australien üblich zu sein scheint. Dabei wird ein Fragebogen an die potentiellen TeilnehmerInnen verschickt, der einerseits sicherstellen soll, dass Vorkenntnisse für eine Diskussion vorhanden sind, der aber andererseits auch dazu dienen soll, dass es Störern erschwert wird, die Konferenz zu sprengen. Die Argumente für das Beibehalten dieses Fragebogens betonen vor allem, dass es eine Konferenz werden soll, bei der konkrete Ergebnisse und Vorgehensweisen für die Zukunft erarbeitet werden und eine Reise in die USA nicht sinnvoll wäre, wenn die Konferenz durch zuviele, wenig informierte Menschen zu einer Informationsveranstaltung über Libertären Kommunalismus umgewandelt werden müsse. Die Argumente, das Screening abzuschaffen, betonen einerseits, dass es sich um eine wenig libertäre Methode handelt, andererseits, dass sich viele potentiell Interessierte dadurch abschrecken lassen könnten, dass die Konferenz nach Außen den Eindruck vermittelt, es handle sich bereits um eine feste Ingroup, bei der ein Mitgestalten und Mitmachen kaum noch möglich sei. Diese Argumentation, die vor allem aus Europa und vom Plainfield Institute selbst unterstützt wird, befürchtet, dass in dieser frühen Phase der Organisierung falsche Signale gesetzt werden, die leicht als elitär ausgelegt werden könnten. Zum Zeitpunkt des Lay Outs dieser Nummer stand die Abstimmung zu dieser Frage 7 : 7 bei zwei Enthaltungen. An dieser Stelle sei festgehalten, dass wir ganz deutlich dafür argumentiert haben, das Screening abzuschaffen, dass wir aber andererseits diese Frage nicht zum Maßstab für unsere Mitarbeit machen werden. Wer letztlich aus der Bundesrepublik im August nächsten Jahres nach Vermont fliegt, wird sich vielmehr aus unserer konkreten Zusammenarbeit in den nächsten Monaten ergeben. Für alle, die nicht fliegen, spielt das Screening keine Rolle, da wir "national" vollkommen offen sind und alle Interessierten dazu einladen, **Gruppen zu gründen,** sich mit den Inhalten des Libertären Kommunalismus zu beschäftigen, praktische Vorgehensweisen vor Ort zu diskutieren und über den Newsletter und gelegentliche Treffen/Vorträge etc. die jeweiligen Ansichten, Erfahrungen und Inhalte auszutauschen.

Welche Diskussionen deuten sich auf der internationalen Ebene an?

Neben der konkreten Planung der Tagesordnung der nächsten Konferenz wird - wie es scheint -, die Frage auftauchen, ob es sich um eine *Bewegung* für libertären Kommunalismus handeln soll, die von internationalen Diskussionskonferenzen belebt wird, oder ob sich im Lauf der Zeit auch eine internationale Organisation herausbilden soll. Eine solche Frage wird sicherlich auf der Konferenz selbst andiskutiert werden müssen.



Frank Harrison (Nova Scotia)

Zur bisherigen Organisation

Um den organisatorischen Hintergrund der bisherigen Konferenzen zu beleuchten, seien noch kurz diejenigen genannt, die die beiden ersten Treffen mittragen und mitvorbereiten. Zu den nachfolgenden Namen gesellt sich noch ein dreiköpfiges Organisationskomitee (IOC)(!) in Montreal und Burlington, das praktische, organisatorische Schritte unternimmt, sowie ein internationaler Rat (IAC), dem derzeit 27 Personen angehören. Das IAC soll strittige Fragen oder Vorschläge via e-mail oder per Post vordiskutieren und z.T. vorentscheiden.

An der Vorbereitung beteiligt waren und sind:
The Institute for Social Ecology (Plain field, Vermont), the Institute for Social Ecology (Brisbane, Australia), Institut pour une Ecosociete (Quebec), Black Rose Books (Montreal), Societe de Developpement Communautaire de Montreal (SODECM) (Montreal), Fundacion Salvador Segui (Madrid), Centro Studi Libertari (Milan), der Trotzdem Verlag/ Schwarzer Faden (Grafenau, Germany); das SOCIUS department des Instituto Superior de Economia e Gestao und das department of sociology of the Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa in Lisbon, Portugal.

Interessenten für Infos und für eine spätere Anmeldung können sich an den Trotzdem Verlag (PF 1159, 71117 Grafenau) wenden.



Foto: Agusti Centelles

Über die „Internationale Konferenz zu Libertären Kommunalismus", die in diesem Jahr in Portugal [stattfinden wird]

von der Asociacion Internacional de los Trabajadores

In Anbetracht der Tatsachen, daß:

* Diese Konferenz von zwei demokratischen portugiesischen Staatsinstitutionen unterstützt wird: der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung und der Hochschule für Unternehmens- und Arbeitswissenschaft.

*Es laut Regierung die Aufgabe der Konferenzsponsoren ist, Spezialisten der sozialen Entfremdung hervorzubringen: Wirtschaftswissenschaftler, d. h. Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Manager der sozialen Ausbeutung etc.

*Verantwortliche Mitglieder von Stadträten und politische Führungskräfte („Os Verdes", ökologische Partei) eingeladen wurden, an dem Treffen teilzunehmen, obwohl die letzten Wahlen die Abhängigkeit der Partei (links und rechts) von kapitalistischen Investitionen bewiesen haben.

* Die Veranstaltung und Organisation der Konferenz unterstützt wird von erklärten „Anarcho"-Kapitalisten, die die Militäraktion der USA im „Golfkrieg" im letzten Jahr und alle demokratischen Wahlen (politisch, syndikal, parlamentarisch und lokal) unterstützt haben.

*An der Organisation der Konferenz die Veranstalter der „Gedenkfeier 100 Jahre Portugiesische Anarchisten" beteiligt sind, eine von der Regierung in Lissabon und dem Staats-Kulturbeauftragten unterstützte Zeremonie, zu der berühmt-berüchtigte Personen der Politik eingeladen wurden (der Ex-Sicherheitsbeauftragte Alberto Costa, der trotzkistische PSR-Vorsitzende Francisco Louca, einer der „Os Verdes", Repräsentanten etc.), von der aber die Verteidiger der Sozialen Revolution, international, egalitär und libertär, d. h. die Anarchisten und Anarchosyndikalisten, ausgeschlossen waren. Die Veranstalter der „Gedenkfeier" versuchten, allerdings vergeblich, revolutionären Anarchismus, der in ihren Worten „überholt" ist, durch einen „modernen" Anarchismus zu ersetzen, d. h. durch einen Anarchismus, der mit liberalem oder Markt-Kapitalismus und repräsentativer oder bürgerlicher Demokratie vereinbar ist.

*Es ein weiteres Bemühen der Veranstalter der Konferenz ist, die Mitwirkung von Murray Bookchin an diesem Treffen zu erhalten. Dieser amerikanische Ökologe stellte die direkte Aktion des benachteiligten und ausgebeuteten amerikanischen Volkes einem ökologischen und kommunalistischen Kampf gegenüber, der von der liberal genannten amerikanischen Mittelklasse geführt wird. Das Konzept der hegelianischen Geschichte, vertreten von Murray Bookchin und seinen marxistischen Ideen zur Frage des Syndikalismus, ließ ihn schließen, der Anarchosyndikalismus in den USA sei tot.

Zusammenfassend haben wir es hier mit einem weiteren „neoanarchistischen" konterrevolutionären Manöver zu tun, das den libertären Kampf nicht nur in Portugal, sondern auch in Spanien und anderen romanischen Ländern anzugreifen versucht. Mit einem IWA-Verantwortlichen gesprochen, ist Portugal als der Ort für diese Konferenz ausgewählt worden, weil die libertäre Bewegung in diesem Land sehr schwach ist. Die Veranstalter der Konferenz wissen um die heftige Reaktion, die dieses Treffen in anderen romanischen Ländern bekäme. Also fürchten diese Modernisierer des Anarchismus, daß selbst in Portugal ein großer Widerstand gegen ihr konterrevolutionäres Manöver entsteht. Aus diesem Grund haben sie versucht, einige junge Libertäre und selbst spanische Libertäre mit ihrem konterrevolutionären Manöver zu kompromittieren: so riefen sie zu einem libertären Camping, scheinbar unverfänglich, in Izeda auf.

Um eine starke und umfassende Reaktion auf die „libertäre Konferenz" zu vermeiden, wagten es die Veranstalter und Unterstützer zu sagen, daß die antireformistischen und anti-Wahl Ideen der AIT-SP und der FAI-Gruppen Portugal nicht von der spanischen CNT und den anderen iberischen FAI-Regionen geteilt werden. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Es ist wohlbekannt, daß die FAI und die CNT die Aktionen der Feinde des Anarchosyndikalismus ablehnen, wie z.B der Portugiesischen Freunde der spanischen CGT (eine innerhalb der CNT entstandene reformistische Organisation). CNT und FAI unterstützen es nicht, den libertären Kampf in ein weiteres Produkt des Medienmarktes umzuformen, d. h. in eine Idee, die mit kapitalistischer Demokratie vereinbar ist, und in ein akademisches Werbemedium für den Präsidenten des Pädagogischen Rates der Hochschule für Verwaltung und Wirtschaft (die „neolibertäre akademische" Autorität, welche die Einladungen zur „Gedenkfeier" verteilt hat), für den Anarcho-Kapitalisten Julio Figueiras und andere Diebe der Portugiesischen Akademie. Speziell die CNT-AIT, mit dem kontinuierlichen Bemühen, ihr gesamtes historisches Erbe wiederherzustellen, das nach dem Spanischen Bürgerkrieg gestohlen wurde, kann nicht neben den Soziologen Julio Figueiras gestellt werden, Haupt-

verantwortlicher der Übergabe eines großen Teils historischer portugiesischer libertärer Dokumente an die portugiesische Regierung. Kurz gesagt, CNT und FAI können, in Übereinstimmung mit ihren Prinzipien und Resolutionen, keine Diebe und Befürworter der libertären Beteiligung an demokratischen Wahlen, die politisch oder syndikal, parlamentarisch oder lokal sind, unterstützen.

In diesem Sinne verteidigen wir es, daß die iberischen Libertären eine umfassende Kampagne zur Entlarvung der wahren Ziele der „Internationalen Konferenz" unternehmen, um jene Dinge zu zeigen, die in der Praxis Libertäre von allen autoritären Menschen trennen, d. h. um die antipolitische, antistaatliche und antiautoriäre Bedeutung unseren Kampfes zu zeigen. Unsere Propaganda hat nicht nur die „Neolibertären" entlarvt, sondern auch die demokratischen Machtelemente angegriffen, die an diesem antilibertären Manöver beteiligt sind, insbesondere die Anführer. Es ist von grundlegender Bedeutung, daß unsere Propaganda anhand beweisbarer Fakten zeigt, in welcher Weise lokale Macht das Ziel zahlreicher Investitionen des großen Kapitalismus gewesen ist.

Antwort an die AIT (19. Juni 1998)

von den Internationalen Organisationskomitees der Konferenz zu Libertärem Kommunalismus (Montreal-Vermont und Lissabon)

An das Sekretariat:

Wir erhielten vor kurzem ein von Eurem Büro gebilligtes Dokument mit dem Titel „Über die ‚Internationale Konferenz zu Libertärem Kommunalismus', die in diesem Jahr in Portugal [stattfinden wird]". Es verurteilt die Konferenz, die von uns organisiert wird, als ein „antilibertäres" Unternehmen und ein „‚neoanarchistisches' konterrevolutionäres Manöver'".

Dieses Dokument hat seinen Ursprung in der ASAUL, der portugiesischen Sektion der AIT, und geht letztlich auf lokale Unstimmigkeiten innerhalb Portugals zurück, die keinen Bezug zu einer internationalen Konferenz oder den von ihr vertretenen Ideen haben. Als Darstellung der Konferenz ist das Dokument vollständig falsch, und dessen Behauptungen haben keine reale Basis. Die Verurteilung der Konferenz basiert auf nichts als Fehlinformationen, in einem offensichtlichen Versuch der Diffamierung.

Tatsächlich sind die Behauptungen des Dokuments so absurd, die Formulierungen so offenkundig unsinnig, die Anschuldigungen zu Libertärem Kommunalismus/Sozialer Ökologie so vollständig ohne Kenntnis, daß wir anfänglich geneigt waren, es ganz und gar zu ignorieren, anstatt es durch eine Antwort zu würdigen. Das Dokument enthält jedoch auch einige spezifische Behauptungen zur Konferenz, die bei Menschen, die mit unserem Projekt nicht vertraut sind, Fragen aufwerfen könnten. Wir antworten daher auf das Dokument, indem wir diese möglichen Fragen beantworten.

Ist Libertärer Kommunalismus/Soziale Ökologie ein Versuch, „revolutionären Anarchismus, d. h. ‚überholten' Anarchismus", durch „einem ‚modernen' Anarchismus zu ersetzen..., der mit Markt- oder liberalem Kapitalismus und repräsentativer oder bürgerlicher Demokratie vereinbar ist"?

Wie der Anarchosyndikalismus ist der Libertäre Kommunalismus eine Theorie und Praxis der Sozialen Revolution, die ausdrücklich antistaatlich und antikapitalistisch ist. Anders als der Anarchosyndikalismus - der die Kontrolle durch die Arbeiter als Mittel zur Verwirklichung der Revolution unterstützt - versucht er, die latenten demokratischen Möglichkeiten im bestehenden kommunalen politischen Leben wiederzubeleben und Volksversammlungen als die institutionelle Grundstruktur einer direkten Demokratie hervorzubringen. Anstatt sich auf die anarchosyndakalistische Tradition zu stützen, stützt er sich jedoch in einer logischen und kontinuierlichen Entwicklung auf die anarchokommunistische Tradition - die tief in der anarchistischen Geschichte verwurzelt ist.

Er zielt darauf ab, Männer und Frauen als Bürger kollektiv Verantwortung für die Verwaltung ihrer eigenen Gemeinschaften übernehmen zu lassen, in Übereinstimmung mit einer Ethik des Teilens und der Kooperation. Er zielt darauf ab, Kommunen zu dezentralisieren, so daß sie menschlich strukturiert und so weit wie möglich auf ihre natürliche Umgebung abgestimmt sind. Weiterhin befürwortet er, daß die direktdemokratischen Kommunen sich in Bünden zusammenschließen, die eine revolutionäre duale Macht darstellen würden und letztlich sowohl Kapitalismus wie auch den Nationalstaat herausfordern, um zu einer rationalen, ökologischen, anarchistischen Gesellschaft zu führen. Es ist schlicht bizarr, daß die AIT dieses Programm als „Verteidigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems" beschreibt, ganz zu schweigen von der Bezeichnung als „konterrevolutionär".

Hält Libertärer Kommunalismus/ Soziale Ökologie Politik und damit den Staat für gut?

Er hält Politik im Sinne der direkten Demokratie für gut - Selbstverwaltung der Kommunen durch Bürgerversammlungen. Er trennt jedoch entscheidend Politik in diesem Sinne von Staatskunst und repräsentativer „Demokratie". Überdies betrachtet er kommunale direkte Demokratie als die potentielle politische Antithese zu Staatskunst und Parlamentarismus, da die Kommune historisch in einer Spannung zum Nationalstaat existierte und dies möglicherweise wieder tun könnte. Von der Unterscheidung zwischen Kommune und Staat, zwischen Politik und Staatskunst sprach Bakunin 1870, als er schrieb, daß die Menschen im allgemeinen

„einen gesunden, praktischen Menschenverstand haben, wenn es um kommunale Angelegenheiten geht. Sie sind sehr wohlinformiert und wissen, wie sie aus ihrer Mitte die fähigsten Vertreter auswählen. Unter solchen Umständen ist effektive Kontrolle durchaus möglich, denn die öffentlichen Angelegenheiten werden unter den wachsamen Augen der Bürger durchgeführt und betreffen mit größter Wichtigkeit und direkt ihr tägliches Leben. Aus diesem Grunde spiegeln kommunale Wahlen immer am besten die wahre Haltung und den Willen des Volkes. Provinz- und Bezirksregierungen, selbst wenn

die letzteren direkt gewählt sind, sind bereits weniger repräsentativ für das Volk."

Wie klar diese Unterscheidung auch immer für Bakunin war, sie fehlt bedauernswerterweise in der Denkweise, die hinter der AIT-Erklärung steht. Tatsächlich erhält die Erklärung die Idee aufrecht, daß jede Politik - auch lokale direkte Demokratie - Staatskunst und daher abzulehnen ist. Die Autoren des Dokuments zeigen keine Andeutung von Wissen um die Stellung des Libertären Kommunalismus in der Tradition der „Föderation der Kommunen".

Unterstützen Libertäre KommunalistInnen/Soziale ÖkologInnen parlamentarische Wahlen?

Sie lehnen parlamentarische Wahlen kategorisch als staatlich ab. Sie verurteilen alle Erklärungen, die die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen und am zentralisierten Staat unterstützen. Menschen, die die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen unterstützen, werden nicht wissentlich zur Konferenz in Lissabon zugelassen.

Unterstützt die Konferenz zu Libertärem Kommunalismus/Sozialer Ökologie „die libertäre Beteiligung an demokratischen Wahlen, die politisch oder syndikal, parlamentarisch oder lokal" sind?

All diese sehr unterschiedlichen Arten von Wahlen auf einen niedrigen gemeinsamen Nenner zu reduzieren - als Wahlen - und sie dann als solche abzulehnen ist absurd. Wahlen in bürgerlichen Nationalstaaten sind kaum mit Wahlen in Gewerkschaften - z. B. in der CNT - gleichzusetzen. Noch sind parlamentarische Wahlen mit lokalen Wahlen gleichzusetzen, in denen libertäre Kandidaten die Förderung einer direkten Demokratie anstreben. Libertärer Kommunalismus/Soziale Ökologie lehnt die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen ab, er unterstützt jedoch die Beteiligung an Wahlen auf lokaler Kommunalebene in dieser Hinsicht: er unterstützt Kandidaten, die mit einem libertären kommunalistischen Programm kandidieren und neben weiteren Forderungen die Demokratisierung kommunaler Politik sowie die Schaffung direktdemokratischer Volksversammlungen verlangen.

Ist Libertärer Kommunalismus/Soziale Ökologie eine „anarcho"-kapitalistische Ideologie?

Diese Anschuldigung ist grotesk. Libertärer Kommunalismus/Soziale Ökologie leistet nicht nur Widerstand gegen den Kapitalismus der Unternehmen, er nimmt eine sehr kritische Haltung selbst gegenüber Genossenschaften ein, wenn diese als Form der friedlichen Evolution vom Kapitalismus zum Anarchismus gefördert werden. Was er fordert, ist die „Kommunalisierung der Wirtschaft" - im Unterschied zu ihrer Verstaatlichung (vertreten vom Staatssozialismus) und ihrem Besitz durch die Arbeiter in einem bestimmten Unternehmen (Syndikalismus). In einer libertär kommunalistisch/sozial ökologischen Gesellschaft wäre Eigentum - darunter sowohl Land als auch Fabriken - kein Privatbesitz. Statt dessen wäre die Wirtschaft „im Besitz" und verwaltet von den Bürgern der Gemeinschaft in ihren Versammlungen. Die Bürger würden politische Entscheidungen in allen Bereichen des lokalen Wirtschaftlebens treffen, nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeiter in einer bestimmten Fabrik oder einem Unternehmen (was sie leicht engstirnig werden und die beschränkten wirtschaftlichen Interessen dieses Unternehmens verfolgen lassen könnte), sondern in ihrer Eigenschaft als Bürger, mit Blick für die Interessen der Gemeinschaft als Ganzes. Bei wirtschaftlichen Belangen, die über eine Gemeinschaft hinausgehen, würden die Bürgerversammlungen in ihren regionalen Zusammenschlüssen Entscheidungen treffen.

Fordern Libertäre KommunalistInnen/Soziale ÖkologInnen die Ungültigkeitserklärung des Klassenkampfes?

Entschieden nicht. Sehr reale Klassenunterschiede bestehen zwischen Arbeitern, Bauern, dem Kleinbürgertum und dem Bürgertum, die sich in latenten und konkreten Konflikten zwischen diesen Klassen zeigen. Aber der Klassenkampf muß nicht nur im Bereich der Produktion geführt werden, wo Lohnarbeit dem Kapital gegenübersteht (so wichtig dies auch ist), er kann auch auf städtischer Ebene geführt werden, in kommunalen Versammlungen. In den Versammlungen werden die Unterschiede zwischen verschiedenen Klassen hervortreten und in ihrer ganzen Intensität ausgetragen werden. Tatsächlich wird die Versammlung zu einer Arena des Klassenkampfes.

Wichtige Revolutionen der Vergangenheit hatten nicht nur eine wirtschaftliche Dimension, sondern auch eine städtische. In drei entscheidenden französischen Revolutionen war Paris der Ort revolutionärer Initiative, Inspiration und Konflikte; in den Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 spielte Petrograd die gleiche ehrenvolle und entscheidende Rolle; und in Spanien, nach dem Fall von Saragossa, war Barcelona das authentische Zentrum des Anarchosyndikalismus. Die verborgenen revolutionären Potentiale der städtischen Sphäre - in der Nachbarschaft, dem Viertel, dem Stadtteil, dem Bezirk und anderen städtischen Bestandteilen - zu übersehen hieße, eines der wichtigsten Merkmale von Revolutionen, wie sie in der Geschichte vorkamen, zu übersehen. Libertärer Kommunalismus/Soziale Ökologie versucht, diese wichtige Di-

mension auf das Programm für zukünftige Kämpfe und soziale Revolutionen zu setzen.

Stellt Murray Bookchin, der führende Theoretiker des Befreiungs-Kommunalismus und der Sozialen Ökologie „die direkte Aktion des benachteiligten und ausgebeuteten amerikanischen Volkes einem ökologischen und kommunalistischen Kampf gegenüber, der von der liberal genannten amerikanischen Mittelklasse geführt wird"? Haben ihn seine „marxistischen Ideen zur Frage des Syndikalismus schließen lassen, der Anarchosyndikalismus in den USA sei tot"?

Bookchins Ideen zum „ökologischen und kommunalistischen Kampf" schließen die arbeitenden Menschen nicht aus, sondern betonen vielmehr ihr Potential, als Bürger zu fungieren, die nicht nur mit Arbeitsplatzfragen befaßt sind, sondern auch mit dem nachbarschaftlichen Umfeld, in dem sie leben, mit Fragen der Erziehung, der Ökologie, der Gesundheit, der Ästhetik und anderen Aspekten der Stadt. Der Klassenkampf tritt in der Gemeinschaft auf, nicht nur am Arbeitsplatz. Diese Dimension wurde sowohl von der anarchosyndikalistischen wie von der marxistischen Bewegung unzureichend betont.

Wie Bakunin ist Bookchin von den Ideen Marx' beeinflußt, vorwiegend im Bereich der Wirtschaft, und er hat auch versucht, die dialektische Philosophie unter ökologischen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln. Aber Bookchin, den Autor von „Hör zu, Marxist!", als Marxisten zu bezeichnen ist absurd. Wenn er glaubt, der Anarchosyndikalismus „in den USA sei tot", hat er Gründe dafür. Obwohl er den Anarchosyndikalismus als die bestorganisierte Form des Anarchismus in der Geschichte betrachtet, hält er dessen Probleme heute für enorm, darunter die Kooptation des Proletariats und dessen kontinuierliche Reduzierung auf einen kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung, die Abnahme des traditionellen Klassenbewußtseins und die Wahrscheinlichkeit, daß ein großer Teil der früher vom Proletariat ausgeführten Arbeiten in Zukunft von Maschinen ausgeführt wird.

In den Vereinigten Staaten ist die kommunalistische Tradition sehr viel stärker, wie z. B. in der Versammlungsbewegung des *town meetings* Neuenglands. Deswegen haben führende anarchistische Theoretiker in den USA dem



Foto: Cristina Garcia Rodero

Libertären Kommunalismus als Basis einer anarchokommunistischen Perspektive und Bewegung größere Bedeutung beigemessen als dem Anarchosyndikalismus.

Welchen Zweck hat die Konferenz in Lissabon?

Weit davon entfernt, „Spezialisten der sozialen Entfremdung" und „Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervorzubringen", wie von der AIT behauptet, ist es der Zweck der Konferenz, die antistaatliche, antikapitalistische Politik des Libertären Kommunalismus weiterzuentwickeln.

Wer wurde eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen?

Menschen, die „daran interessiert sind, die Politik der Sozialen Ökologie: den Libertären Kommunalismus zu diskutieren und weiterzuentwickeln", sind willkommene Teilnehmer der Konferenz. Entgegen der Erklärung der AIT ist niemand der an der Konferenz Beteiligten ein „Anarcho"-Kapitalist. Sollten „Anarcho"-Kapitalisten die Konferenz unterstützen, haben sie deren Intentionen mißverstanden. Kein Mitglied der „Os Verdes" wurde zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Keine Unterstützer des Golfkrieges sind an der Konferenz beteiligt. Weder die bürgerliche Regierung in Lissabon noch der Staats-Kulturbeauftragte, noch der „Ex-Sicherheitsbeauftragte, Alberto Costa", noch der „trotzkistische PSR-Vorsitzende, Francisco Louca" wurden eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen. Die Behauptungen der AIT-Erklärung, diese Leute seien an der Konferenz beteiligt, sind vollkommen unwahr.

In der AIT-Erklärung heißt es, „Verantwortliche Mitglieder von Stadträten und politische Führungskräfte" wurden zur Teilnahme eingeladen. Das einzige Körnchen Wahrheit daran ist, daß ein portugiesischer Kommunalvertreter eingeladen wurde, einen Vortrag zum Thema „die Gemeinde und die Portugiesische Verfassung" zu halten. Zufällig ist Portugal - politisch, wenn auch nicht wirtschaftlich - eines der dezentralisiertesten Länder Europas. Wir meinen, daß Informationen zu dieser Situation sehr relevant für die Bildung einer revolutionären kommunalen Bewegung dort und anderswo sind.

Ist die Konferenz „gesponsert von zwei demokratischen portugiesischen Staatsinstitutionen: der Hochschule für

Wirtschaft und Verwaltung und der Hochschule für Unternehmens- und Arbeitswissenschaft"?

Es ist wahr, daß diese beiden Institutionen zu den Sponsoren der Konferenz gehören. Sie sind akademische Institutionen, zu deren Routine es gehört, Konferenzen mitzufinanzieren und dabei Unterstützung für Übersetzungsausgaben, Veröffentlichungen und weitere logistische Notwendigkeiten zur Verfügung zu stellen. Sie haben absolut keine Mitsprache bei Inhalten der Konferenz zu Libertärem Kommunalismus/Sozialer Ökologie oder bei ihrem Ablauf.

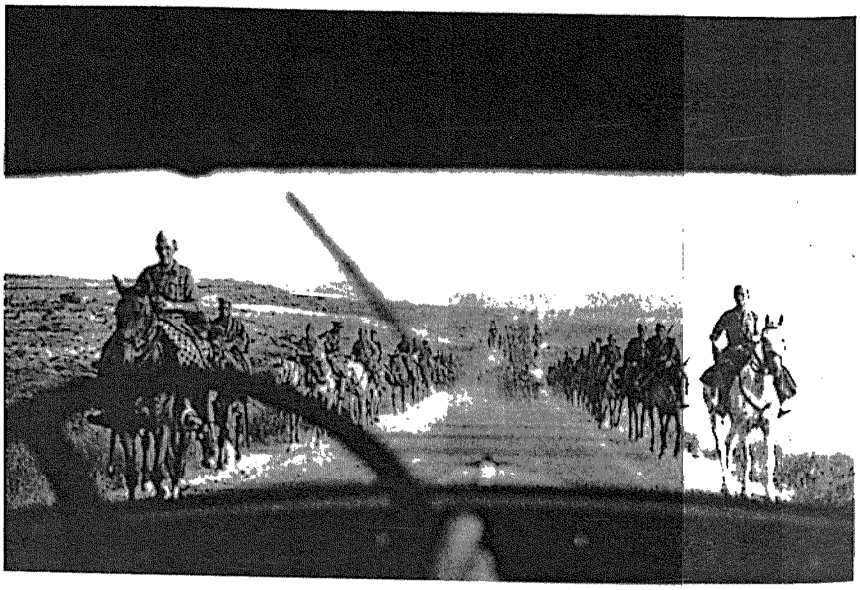
Wurde Portugal als Konferenzort ausgewählt, weil „die libertäre Bewegung in diesem Land sehr schwach ist"?

Nein. Der Internationale Aufruf zur Konferenz erklärt sehr deutlich, daß Portugal ausgewählt wurde, weil „die libertär kommunalistische Dimension des heutigen Anarchismus und die Soziale Ökologie Murray Bookchins in Lissabon von einigen portugiesischen Genossen intensiv propagiert wurden". „In Anbetracht des Erbes der libertären und kommunalen Aspekte der Portugiesischen Revolution von 1974 ...", haben sich die Portugiesen zudem in diesem Sinne "kontinuierlich an der Erneuerung des Anarchismus interessiert gezeigt".

Sind „Verteidiger der Sozialen Revolution, international, egalitär und libertär" von der Konferenz ausgeschlossen?

Weit davon entfernt, ausgeschlossen zu sein, sind sie willkommen, soweit sie den Libertären Kommunalismus/Soziale Ökologie als Ansatz zur Verwirklichung dieser Revolution unterstützen oder mit ihm sympathisieren. Indem sie andere anarchistische Ansätze als einen „Angriff auf den libertären Kampf" bezeichnen, scheint die AIT ausschließlich den Anarchosyndikalismus mit dem revolutionären Kampf zu gleichzusetzen. Aber der Anarchosyndikalismus hat kein Monopol der Sozialen Revolution. Der Anarchokommunismus, aus dem der Libertäre Kommunalismus/Soziale Ökologie als eine logische und kontinuierliche Entwicklung hervorgeht, ist nicht weniger Teil der anarchistischen Tradition als der Anarchosyndikalismus. Noch wünschen wir, die Verwirklichung des *comunismo libertario* hinauszuzögern; statt dessen streben wir seine Umsetzung in einer nützlichen und kohärenten Weise an, indem wir die Soziale Revolution über den Arbeitsplatz hinaustragen.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß die CNT-Zeitung den gesamten Internationalen Aufruf unredigiert und kommentarlos veröffentlicht hat. Wir respektieren die Anarchosyndikalisten der Vergangenheit und der Gegenwart, und wir arbeiten gemeinsam mit ihnen auf dem Weg in eine ökologische und anarchistische Gesellschaft.



Über die Farce der Konferenz zu Libertärem Kommunalismus in Lissabon

(Antwort des IWA Sekretariats auf ein Schreiben des Organisationskomitees der selbsternannten Anarchokommunisten an das Sekretariat)

von dem Ständigen Sekretariat der Internationalen Arbeitervereinigung (AIT-IWA)

An jegliches libertäre Zartgefühl,

Sollten einige wohlmeinende Libertäre Zweifel an der Reichweite der Konferenz zu *Libertärem Kommunalismus* in Lissabon (26.-28. August 1998) gehabt haben, und sollte er/sie Skrupel gehabt haben, einem Unternehmen, das der libertären Sache dienen könnte, die Beteiligung zu verweigern, so kann er/sie diese Ängste nun vergessen. Der vom Internationalen Organisationskomitee (Montreal, Vermont, Lissabon) an das IWA-Sekretariat gesandte Brief in bezug auf die kritische Haltung der IWA gegenüber der Konferenz von Lissabon öffnet auch dem Blindesten die Augen: es handelt sich eindeutig um ein reformistisches Manöver unter dem Vorwand, Kräfte des militanten Anarchismus in die politische Kollaboration umzuleiten.

Die Argumentation eines solchen Schreibens, das die sogenannte Bewegung des Libertären Kommunalismus gutheißt, trieft von allen Seiten vor Unwahrheit. Die Hauptgrundlage, um die diese Unwahrheit kreist, besteht darin, die Tatsachen zu verschweigen, daß die Kommunen ein wesentlicher Bestandteil des Staats sind und daß die gesamte sogenannte lokale Verwaltung fest in der territorialen und zentralen Verwaltung verankert ist; und daß infolgedessen das Rechtswesen des gesamten bürgerlichen Staats (auf zentraler, territorialer und lokaler Ebene) ein einheitliches Ganzes ist, das keine internen Widersprüche zuläßt. Daher ist es eine krasse Unwahrheit zu behaupten, daß der Kampf für die Dezentralisierung der Kommunen im bürgerlichen Staat der Kampf gegen diesen bürgerlichen

Staat sei. Der bürgerliche Staat bleibt der bürgerliche Staat, der den Umständen gemäß die Form des Faschismus oder eine totalitäre Funktion oder die demokratische Form - einheitlichen, autonomen oder föderativen Typs - annehmen kann, ohne dabei eine Spitze seines Charakters des bürgerlichen Staats zu verlieren. Ein hypothetischer bürgerlicher Staat der Kommunen wäre nur möglich, wenn der bürgerliche Staat glauben würde, daß eine solche politische Form innerhalb seines eigenen Wesens und seiner Bedingungen angenommen werden könnte.

Der entgegengesetzte Gedanke - d. h. die Annahme, das Wesen des Staats ließe sich aus dem Inneren des bürgerlichen Staats heraus zerstören - hieße einerseits an die Quadratur des Kreises zu glauben, andererseits zwei grundlegende Begriffe zu verwechseln, und zwar Evolution und Revolution. Sicher sind die Ergebnisse der Evolution, stets Folgen sozialer Spannungen, nicht wertlos. Es ist zum Beispiel ein Anlaß zur Gratulation, daß wir heute nicht mit einer Kette um den Hals leben, wie es viele unserer Vorfahren taten. Genauso sicher aber tragen wir heute noch viele verschiedene sichtbare und unsichtbare Ketten um den Hals, wir alle, die wir nicht Teil der Institutionen und Privilegien des bürgerlichen Staats sind.

Daher müssen mindestens drei Dinge klar sein:

(1) daß es aus dem Inneren des bürgerlichen Staats heraus keine Möglichkeit gibt, ihn zu zerstören, und er im Gegenteil gestärkt wird;

(2) daß nur die Revolution eine qualitative Veränderung des sozialen Zeichens hervorbringt;

(3) daß die positiven Veränderungen, die Folgen der Evolution sind, immer die grundlegenden Domänen der Klassen und die Ausbeutung intakt lassen und daß die reformistischen Wege, die auf evolutionäre Veränderungen hindeuten, nur die Aufgabe haben, Kräfte des revolutionären Bereichs auszuschalten, um qualitative Veränderungen der Gesellschaft zu vermeiden oder aufzuschieben.

Es ist daher offensichtlich, daß dieser kommunale politische Weg, der die Durchführung von Wahlen und damit die formal demokratische Methodik akzeptiert, tatsächlich die Gründung einer politischen Partei darstellt. Und hier zeigt sich eine weitere Unwahrheit: der Glaube, kommunale und Gewerkschaftswahlen unterschieden sich grundlegend von parlamentarischen oder autonomen Wahlen. In einer bürgerlichen Demokratie hat jede Art der Wahl notwendigerweise einen formal repräsentativen Charakter, da das imperative Mandat ausdrücklich durch jede mögliche Verfassung ausgeschlossen ist. Dies kann von den Organisatoren der Konferenz in Lissabon nicht ignoriert werden, so daß es offensichtlich ist, daß ihre Scheinheiligkeit und Täuschung gewollte Unterlassung sind, was auch in ihrer Aussage sichtbar wird, die CNT nehme an Gewerkschaftswahlen teil, eine absolut falsche Aussage, wie jeder Schuljunge sehen kann, der Zeitungen liest. Diese Leute scheinen nicht sehr bewandert in Anarchismus und Anarchosyndikalismus zu sein. Wüßten sie etwas darüber, so wüßten sie, daß unser unentschuldbarer Weg der Praxis die direkte Aktion ist und daß jede Wahlausübung in Institutionen und Organen des bürgerlichen Staats eine Verweigerung dieser direkten Aktion ist.

Die Unwahrheit der Argumentation zeigt sich erneut, wenn sie, indem sie einen Text Bakunins deformieren, der ausschließlich von der Notwendigkeit der Basisorganisation handelt, versuchen, kommunale Aktionen politischen Charakters zu rechtfertigen. Die Verfasser des Antwortschreibens, und mit ihnen die Organisatoren einer solchen Monsterkonferenz, verschweigen die Tatsache, daß die Mitglieder der Allianz (Bakunin, Guillaume, Fanelli, Malatesta, Farga Pellicer...), nachdem die Erste Internationale einmal gespalten war, auf dem Kongress von St. Imier (September 1872) jede politische Beteiligung und deren Methodik verurteilten und [statt dessen] die direkte Aktion der Arbeiter und Bürger sowie die direkte föderative Organisation der Arbeiter und Bürger außerhalb der Staatsinstitutionen vereinbarten.

Ihr offensichtlicher Mangel an intellektueller Aufrichtigkeit ist ersichtlich, da es die Funktion eines großen Teils ihres Schreibens ist (als Ablenkungsmanöver zur Täuschung Unwissender), eine kommunalistische Doktrin und Praxis, die immer anarchistische Leitge-



ANARQUISMO

QUINTA-FEIRA, 27 AGOSTO 19

Pelo municipalismo libertário

Adeptos da ecologia social estão reunidos em Lisboa para discutir a possibilidade de parar a destruição do planeta, através da construção de uma nova sociedade, liberta do poder das elites

Imagine-se uma sociedade de ... ivíduos livres e soberanos, ... autoridade hirárquica ... sem capitalismo, sem ... sem trabalho assalariado. ... nagem não é de todo estra... campo teórico, foi-nos já ... a velha tradição anarquis... se os fins são idênticos, ... para atingir a sociedade ... nham nos tempos mo... vos contornos, novos ... novas terminologias. ... ência a decorrer des... durante três dias no ... rior de Economia e ... debate as perspec... a ecologia social e ... io libertário». ... a forma de estar ... ndo» de vários ... neste encontro, ... primeiro dia ... s vozes são ... nas ideias do ... urray Book...

ECOLÓGICOS. As ideias defendidas pelos participantes baseiam-se na obra do teórico ...

... vro que reúne, no âmbito do encontro, textos dispersos de Bookchin publicados em Portugal. Nas palavras da anarquista ... novas ideias, que ... vão transfor...

... e cooperação, ao invés ... derem de elites ...

danken waren, als ihre eigenen darzustellen. Anarchistische und anarchosyndikalistische Bezirksorganisationen und die entprechenden revolutionären Aktivitäten haben seit der Ersten Internationale existiert, und jeder, der sie (hier in Spanien z. B.) theoretisiert sehen möchte, muß sich nur an die Schriften von Juan Peiro oder an das Urteil des vierten CNT Kongresses in Saragossa (Mai 1936) zum Libertären Kommunalismus wenden.

Darüber hinaus war diese Tradition aus historischer Sicht hier in Spanien in der Kanton-Bewegung von 1873 aktiv, eine von den libertären Internationalisten verwirklichte Bewegung, die natürlich, den Vorstellungen des bürgerlichen Staats entsprechend, die in Engels Schrift „Der Bakunistische Staat in Aktion: Bericht über die Spanische Rebellion im Sommer 1873" ausgedrückte Zurückweisung der Marxisten verdiente.

Der gesamte vorher entstandene und theoretisierte Kampf außerhalb der Staatsinstitutionen und in Opposition zum Staat wurde in der Spanischen Revolution (1936-39) an allen Orten, an denen die libertäre Bewegung überwog, in die Praxis umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt war die Praxis der direkten

kommunalistischen Organisation nicht nur eine Möglichkeit, sie war konkrete Wirklichkeit, aber sie war Wirklichkeit aufgrund der Passivität und des praktischen Verschwindens des Republikanischen Staats. Als der republikanisch-bürgerliche Staat während des Spanischen Bürgerkriegs erst einmal durch die konterrevolutionäre Aktion von Kommunisten, Sozialisten, baskischen und katalanischen Nationalisten und dem Bürgertum der Republikanischen Linken wiederhergestellt war, beeilte sich derselbe Staat, die kommunalistischen Verhältnisse zu beenden, und löste zum Beispiel, dazu kommunistische und nationalistische Militärdivisionen benutzend, den Rat von Aragon auf (8. August 1937).

Der Wille, weniger gut beratene Menschen zu täuschen, wird klar, wenn sie vorgeben, den libertär kommunalistischen Kampf als etwas vom wirtschaftlich-gewerkschaftliche Kampf unterschiedenes darzustellen. Diese beiden bildeten immer eine einheitliche Ebene des Anarchismus und Anarchosyndikalismus, und es macht keinen Sinn, sie isoliert zu betrachten. Wir glauben, daß dieselbe Entschlossenheit bei Murray Bookchin, der sagt, der Anarchosyndikalismus und die gesamte proletarische Bewegung seien tot, keine objektive Analyse ist, sondern der Wille, einen politischen Weg zu sichern. Die IWA wirft der Konferenz in Lissabon ihre Scheinheiligkeit vor, da diese sich mit einer Theorie und Praxis brüstet, die sich nicht auf politischem Wege durchführen lassen, welcher aber genau der von der Konferenz vorgeschlagene Weg ist. Die IWA verurteilt, daß unter dem Deckmantel des Anarchismus vorgegeben wird, eine rein „possibilistische" Praxis zu verwirklichen, die wir als entgegen der Arshinov Plattform oder der Syndikalistischen Partei Angel Pestanas verurteilt haben.

Die Grundlage für die Ablehnung der Argumente dieser mutmaßlichen Anarchokommunisten ist also von unwiderlegbarer Konsequenz, und aus diesem Grund schließen sie von ihrer Konferenz all jene aus, die mit einen kritischen Diskurs ihre Vorschläge nicht als eine Version des Revolutionansatzes anerkennen und unterstützen wollen.

Diese Anarchokommunisten sagen, daß sie der Theorie des Anarchokapitalismus nicht zustimmen; wahr ist jedoch, daß sie durch ihre Zustimmung zu Wahlen und Politik die Voraussetzungen für eine Koexistenz mit eben diesem Anarchokapitalismus schaffen. Ebenso erklären sie sich für antiparlamentarisch, wo sie doch gerade das Parlament in den kommunalen Bereich versetzen.

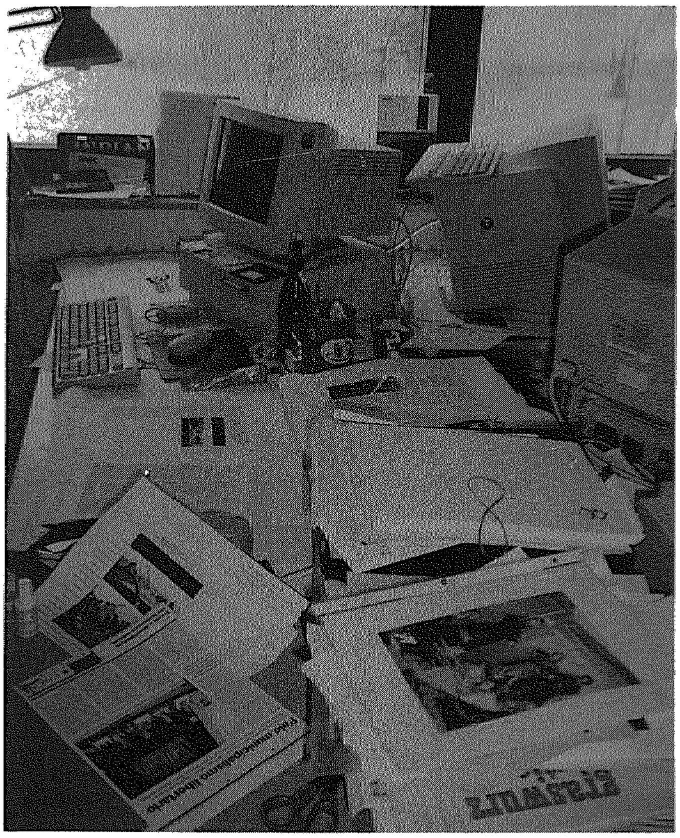
Warum die Initiative von Lissabon gerade jetzt? Der bürgerliche Staat als eine politische Form der Organisation ist in einer tiefen Krise. Der bürgerlichen Gesellschaft wird sein korrumpierendes Wesen mehr und mehr bewußt, sie verliert beständig das Interesse. Die fehlende Beteiligung des Volks ist trotz der Kunstgriffe der Medien bereits in skandalöser Weise erkennbar. Die berühmten „Vor"-Wahlen der Sozialdemokraten in Spanien, denen sehr bald jene des Populisten Aznar folgen wird, dienen einzig dem Zweck, Bewegung hervorzubringen, den Eindruck von Beteiligung zu erwecken und Menschen zum Wählen zu ermutigen. Nachdem er Sozialisten und Kommunisten auf seine Linie gebracht hat, bemüht sich der dekadente bürgerliche Staat, der nicht länger die Tugend hat zu erfreuen, nun um die zusätzlichen Resourcen der mit dem Anarchismus sympathisierenden Volkskräfte und darum, von unten jene Sauerstoffkügelchen zu erhalten, die ihm das Weiteratmen und den Anschein der Repräsentationsfähigkeit erlauben.

Mit dem Ergebnis, daß Portugal als Hauptquartier des Ereignisses ausgewählt wurde, da der portugiesische „Anarchismus", der sich im Umfeld von *A Batalha* und dem Centro de Estudos Libertarios bewegt, seit 1974 vom portugiesischen Staat geschützt wird, so wie auch der spanische Staat des sogenannten „politischen Übergangs" nach 1976 jene kleine Abteilung der CNT gefördert und unterstützt hat, die heute die CGT ist. Diese beiden sind die besten Instrumente für den Staat, um von den anarchistischen Scharen zu profitieren. Der beispiellose Fall schließlich, daß diese beiden Staaten auf den portugiesischen Anarchosyndikalismus einwirkten und ihn in eine Gruppe der revisionistischen Propaganda umformten und daß sie auf den spanischen Anarchosyndikalismus einwirkten, um ihn zu Gewerkschaftswahlen zu bewegen, war die Praxis der SAC, jene schwedische Organisation, die wegen ihres prostaatlichen Ab-

weichlerkurses 1956-57 aus der IWA ausgeschlossen wurde. Dieselbe Organisation, schon mit jener prostaatlichen Tendenz, schloß sich später der bürgerlichen kommunalistischen Strategie an. Die Vorlage kommt also von dieser Organisation, die heute bereits, wie die spanische CGT, ein Teil des bürgerlichen Staats ist und von diesem Staat finanziert und subventioniert wird.

Murray Bookchin hat die Bedeutung des Arbeiterkampfes immer ignoriert, er glaubte daher nie an das Proletariat als Träger der Revolution und folglich nie an dessen Mittel der Befreiung, die Gewerkschaft. Wenn eines seiner Argumente, mit denen er den Anarchosyndikalismus für tot erklärt, der Mangel an Klassenbewußtsein und Kampfwillen ist, wie würden diese Arbeiter in der Kommune das Klassenbewußtsein erlangen, das sie in der Gewerkschaft verloren hätten? Und wenn sie aufgrund ihres fehlenden Klassenbewußtseins in der Kommune nicht aktiv wären, warum schreien dann die Organisatoren der Konferenz auf, wenn wir sagen, daß sie Teil einer kleinbürgerlichen Bewegung sind und die Errichtung dieser Bewegung ihr wahres Ziel ist?

Um Bookchins Standpunkt zu verstehen, müßten wir zu Herbert Marcuses *Der eindimensionale Mensch* und dessen Ausschluß des heutigen Proletariats als Träger der Revolution zurückgehen. Und wir müßten den Einfluß von Männern, die sich, als ein Effekt der politischen Presse, damit gebrüstet haben, den proletarische Kampf im Stich gelassen zu haben, wie es zum Beispiel bei André Gorz der Fall ist, hinzufügen, sowie vor allem den Fall der vom Bürgertum bevorzugten Tendenz, die Einheit der libertären Bewegung in viele Stücke zu zerschlagen und dem ökologischen Kampf einen eigenen und vollständigen Sinn außerhalb des Arbeiterkampfes zu verleihen. Nur im Inneren dieses tödlichen „Reduktionismus" ist es möglich, jene Blindheit zu erlangen, die nicht erkennen will, daß Arbeit immer notwendig sein wird; daß Maschinen, auch wenn sie viel arbeiten, sich nicht selbst herstellen können; daß es darum geht zu verlangen, daß die notwendige Arbeit gleich und gerecht verteilt und bezahlt wird; daß nur der Kampf der Arbeiter dies durch revolutionäre Gewerkschaften erreichen kann; und daß eben diese Mitglieder der Gewerkschaften in Bürgerorganisationen mit einem revolutionären Zeichen aktiv sein müssen; und um dieses Zeichen in Städten und Dörfern zu ermöglichen, müssen sie notwendigerweise den Kampf in Opposition zu und außerhalb von Staatsinstitutionen halten.



Und nun zur endgültigen Entlarvung der Farce von Lissabon, die wir verurteilen: warum halten es diese hartgesottenen „revolutionären" Anarchokommunisten für absolut notwendig, daß ein hochrangiger Vertreter der Stadt Lissabon einen mündlichen Vortrag über die Gemeinde und die Portugiesische Verfassung hält? Es ist offensichtlich, daß sie einen Balanceakt vollführen und eine Geschichte erfinden, um eine solche Idee zu vertuschen: Portugal sei eines der dezentralisiertesten Länder in Europa, und die Teilnahme dieses hochrangigen Vertreters des Stadtrates von Lissabon sei sehr interessant. Wen geben sie vor, mit diesem akademischen Trick zu täuschen?

Diesen Meistern des „Anarchismus" zufolge ist ihr Vorschlag ein Weg des Kampfes für die Revolution und gegen Kapitalismus und den Staat. Zwei Institutionen des portugiesischen Staats, das Instituto Superior de Economia e Gestao und das Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa, stellen jedoch nicht nur die wirtschaftlichen, logistischen und materiellen Mittel für das Treffen zur Verfügung, sie sind auch Teil des Organisationskomitees Lissabon. Können Sie sich hochrangige Repräsentanten des Staats vorstellen, die für die Soziale Revolution kämpfen und „Nieder mit dem Staat!" rufen? An welche Art minderbemittelten Denkens meinen sämtliche Veranstalter dieser Farce sich zu wenden?

Was das Ablenkungsmanövers des ökologischen Aspekts des Treffens angeht, ist es heute wohlbekannt, daß der kapitalistische Staat eine Dimension der ökologischen Vision „zurückerobert" hat. Der Kapitalismus lehnt eine Ökologie, die gesunde Bezirke für das Proletariat fordert, ab. Er plant jedoch nicht den Selbstmord und ist empfänglich für die Gefahren, die diesen Planeten treffen können, da diese ernste Risiken für den Kapitalismus darstellen. So wurde seine eigene Ökologie geboren, eine rein konservative Ökologie, die ihm industrielle Ausbeutung und seine Herrschaft sichert.

Die soziale Ökologie der Kommunen, aus ästhetischer Sicht verstanden als Parks, Gärten, Brunnen und Wäldchen

- warum sollte der Kapitalismus gegen all das sein? Aber Freunde, jene soziale Ökologie, welche sich auf die geistige und moralische Gesundheit der Arbeiter und ihre Umgebung auswirkt, auf die Lohnstruktur, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, die Tatsache der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen - dieser Ökologie können sich Kapitalismus und Staat nicht annehmen, diese Ökologie können sie nicht subventionieren, sie kann also nicht Teil der Staatsinstitutionen, in diesem Fall der Kommunen des bürgerlichen Staats, sein.

Soviel zu den angeblichen „Anarchokommunisten". Soviel zu den Tatsachen, der Rest ist schlicht rhetorisches Palaver, das zusammen mit anderen ähnlichen Strategien nur nach der Integration der libertären Bewegung in die Pläne des bürgerlichen Staats strebt.

Antwort an die AIT (1. September 1998)

von den Internationalen Organisationskomitees und dem Internationalen Beratungskomitee der Konferenz zu Libertärem Kommunalismus

An das Sekretariat:

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß unsere AIT-Genossen in ihrer Antwort auf unseren Brief vom 19. Juni 1998 die Konferenz zu Libertärem Kommunalismus/Sozialer Ökologie nicht länger als „konterrevolutionäres Manöver" bezeichnen. Wir freuen uns, daß sie uns nicht länger als „erklärte ‚Anarcho'-Kapitalisten" oder „Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems" bezeichnen. Sie beschuldigen uns zwar noch immer, „die Bedingungen für die Koexistenz mit ... dem Anarchokapitalismus zu schaffen", diese schwache Anschuldigung basiert jedoch nur auf unseren auseinandergehenden Interpretationen der Bedeutung von lokalen Wahlen. Glücklicherweise beschuldigen sie uns nicht länger, den Golfkrieg in irgendeiner Weise zu unterstützen, und sie bringen nicht länger vor, daß Repräsentanten verschiedener Parteien, darunter Trotzkisten, zur Konferenz eingeladen wurden. Wir freuen uns, daß diese irrtümlichen Annahmen geklärt wurden.

Vor allem freuen wir uns, daß die Genossen ihrer Einsicht Ausdruck verleihen, daß „die kommunalistische Doktrin und Praxis ...schon immer anarchistische Leitgedanken waren". Da wir schon lange darauf hingewiesen haben, daß der Kommunalismus mit der Geschichte des Anarchismus vereinbar und ein Teil von ihr ist, sind wir erfreut, daß die AIT dies an vielen Stellen bemerkt und feststellt, daß „anarchistische und anarchosyndikalistische Bezirksorganisationen ... seit der Ersten Internationale existiert haben"; und daß „diese [kommunalistische] Tradition aus historischer Sicht in der Kanton-Bewegung von 1873" in Spanien aktiv war; und daß „die Praxis der direkten kommunalistischen Organisation" in der Spanischen Revolution von 1936 „nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine konkrete Wirklichkeit" war. Die Genossen bestätigen sogar, daß „der libertär kommunalistische Kampf" (mit dem „wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf") „immer eine einheitliche Ebene des Anarchismus und Anarchosyndikalismus bildete und es keinen Sinn macht, sie isoliert zu betrachten".

Tatsächlich würden wir für den Libertären Kommunalismus keine derart großartigen Ansprüche erheben. Kein Anarchist oder Anarchosyndikalist hat unseres Wissens je etwas gefordert, was „Libertärer Kommunalismus" hieß, weder für sich genommen noch als Teil eines anderen Kampfes. Es ist auch aus historischer Sicht unrichtig zu sagen, die Konferenz im Mai 1936 in Saragossa hätte sich Ideen des „Libertären Kommunalismus" gewidmet, da sie sich tatsächlich „Libertärem Kommunismus" gewidmet hat, auf der Freien Kommune und der Arbeitergewerkschaft basierend. Wir sind ebenso wenig erpicht darauf, das Urteil Juan Peros zu kommunalistischen Ideen zu akzeptieren, da er Unterstützer des reformistischen Treintista-Flügels der CNT war und im November 1936 Minister in der Regierung Caballero wurde.

Trotzdem ist es sehr erfreulich, daß die AIT-Genossen kommunalistische Ideen als Teil des Anarchismus anerkennen. Daher waren wir auch bestürzt, in demselben Dokument zu lesen, daß die AIT-Genossen die Ideen des Libertären Kommunalismus tatsächlich für „reformistisch", „possibilistisch", „parlamentarisch" und so weiter halten. In Anbetracht ihrer Unterstützung des „Libertären Kommunalismus" als berechtigter Teil des Anarchismus erstaunt es uns, daß sie argumentieren, das Programm sei „ein reformistisches Manöver unter dem Vorwand, Kräfte des militanten Anarchismus in die politische Kollaboration umzuleiten". „Die Kommunen sind ein wesentlicher Bestandteil des Staats", beharren die Genossen, und „die Annahme, das Wesen des Staats ließe sich aus dem Inneren des bürgerlichen Staats heraus zerstören - hieße einerseits an die ... [Quadratur] des Kreises zu glauben, andererseits Evolution und Revolution zu verwechseln".

Diese Formulierungen ergeben zwei widersprüchliche Argumente. Die AIT-Genossen können argumentieren, daß der Kommunalismus eine legitime Sphäre des anarchistischen Kampfes war; oder sie können argumentieren,

daß die Kommunen Bestandteil des Staats und daher nicht der Bereich des anarchistischen Kampfes sind. Sie können jedoch nicht beide Argumente vorbringen, ohne sich in einen grundlegenden Widerspruch zu verwickeln.

Da die Meinung der AIT-Genossen zu diesem Punkt inkonsequent ist, untersuchen wir nun ihre Liste von drei Punkten, die ausdrücklich „klar sein müssen". Zwei der aufgelisteten Punkte sind uns vollkommen klar: (1) daß „die reformistischen Wege, die auf evolutionäre Veränderungen hindeuten, nur die Aufgabe haben, Kräfte des revolutionären Bereichs auszuschalten, um qualitative Veränderungen der Gesellschaft zu vermeiden oder aufzuschieben"; und daß (2) „nur die Revolution eine qualitative Veränderung des sozialen Zeichens hervorbringt".

Der Satz scheint etwas im Sinne von „Nur die Revolution kann die Gesellschaft in grundlegender - oder qualitativer - Weise verändern" zu bedeuten - ohne eine Revolution kann der Kapitalismus nicht aufgehoben werden. Wenn unsere Vermutung zutrifft, so stimmen wir auch in diesem Punkt vollkommen mit den AIT-Genossen überein.

Es ist der dritte Punkt, der uns nicht klar ist: die Frage von Kommunen und Staat. „Aus dem Inneren des bürgerlichen Staats heraus gibt es keine Möglichkeit, ihn zu zerstören, und er wird im Gegenteil gestärkt". Sie argumentieren, daß

„die gesamte ***sogenannte lokale Verwaltung*** fest in der territorialen und zentralen Verwaltung verankert ist" und daß infolgedessen „das Rechtswesen des gesamten ***bürgerlichen Staats*** (auf zentraler, territorialer und lokaler Ebene) ein einheitliches Ganzes ist, das keine internen Widersprüche zuläßt. Daher ist es eine krasse Unwahrheit zu behaupten, daß der Kampf für die ***Dezentralisierung der Kommunen*** im ***bürgerlichen Staat*** der Kampf gegen ***diesen bürgerlichen Staat*** sei."

Es ist wahr, daß sich kommunale Regierungen in vielen Teilen der Erde heute mit staatsähnlichen und bürokratischen Charakteristika plagen und tatsächlich kleine Parlamente darstellen. Ihre soziale Hauptfunktion ist oft nichts weiter als die effektive Abwicklung und Verwaltung der öffentlichen Dienste, und sie spielen die reaktionäre Rolle,

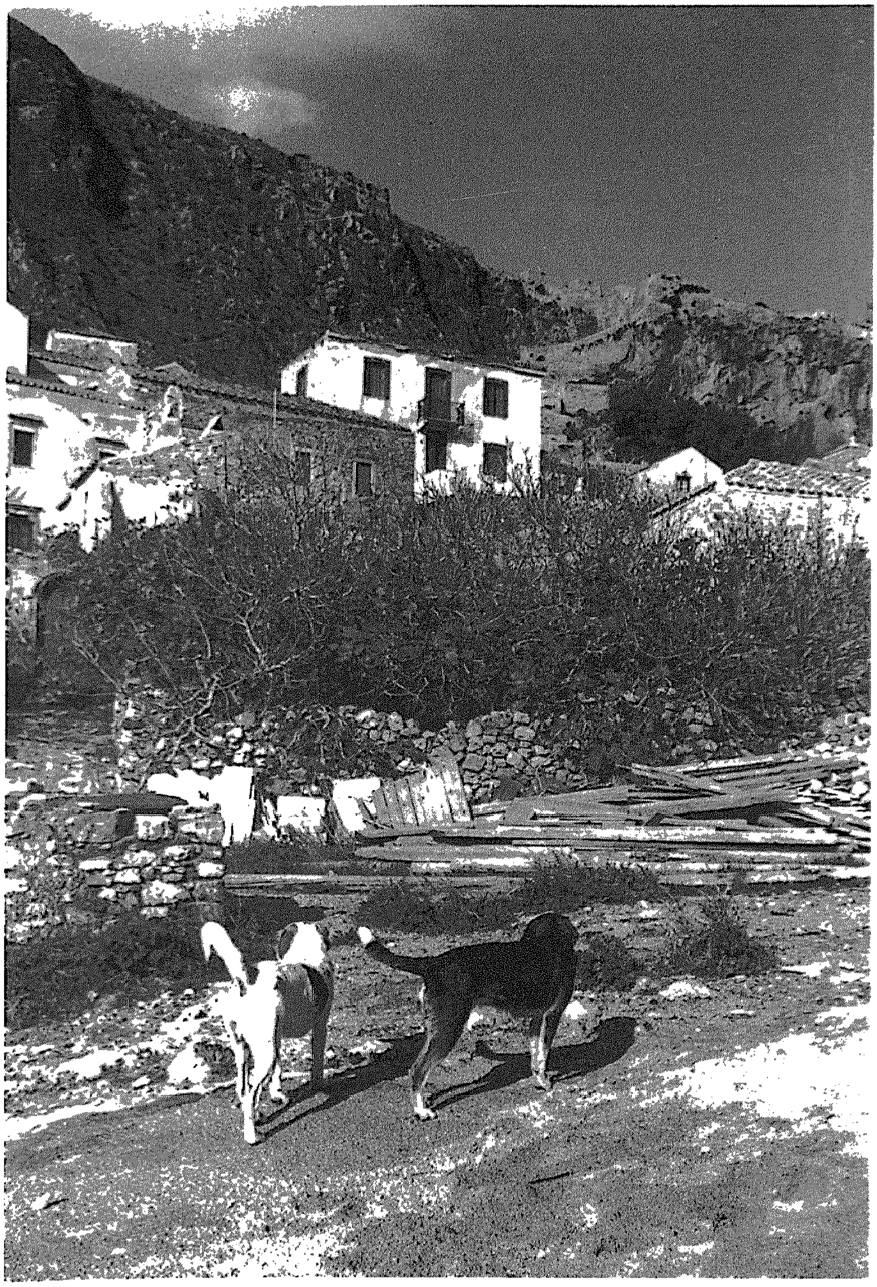


Foto: Max Dupain

in ihrer Gesetzgebung für Ordnung zu sorgen.

Leider glauben die AIT-Genossen, daß wir als Libertäre KommunalistInnen *dieses* Konzept der Kommune akzeptieren. Sie nehmen an, daß wir, da wir uns auf die Kommune konzentrieren, schlicht „das Parlament in den kommunalen Bereich versetzen". Wir akzeptieren die bestehenden kommunalen Institutionen jedoch keineswegs und streben vielmehr danach, sie auszuschalten und sie innerhalb des politischen Raums der Kommunen durch radikal andere Institutionen zu ersetzen. Wir haben dies bereits in unserem vorherigen Schreiben erklärt, da die Genossen jedoch beschlossen haben, unsere Erklärung zu ignorieren, versuchen wir es erneut zu erklären.

Die kommunalen Institutionen, die wir durchsetzen wollen, sind öffentliche Bürgerversammlungen, in denen es allen kompetenten erwachsenen Bewohnern einer Kommune offensteht, sich auf einer direkten demokratischen Grundlage an der politischen Selbstverwaltung ihrer Gemeinschaft zu beteiligen. Diese direkte Demokratie würde die Form eines Zusammenschlusses an-

nehmen, um die über eine Kommune hinausgehenden Fragen und Probleme anzugehen. Der Libertäre Kommunalismus ist tatsächlich kein Programm, das bestehende Kommunen akzeptiert oder innerhalb dieser arbeiten will, sondern ein Programm zur zeitgleichen Denzentralisierung und Demokratisierung der lokalen öffentlichen Sphäre mit dem Ziel einer revolutionären „Form der Freiheit".

Der Anarchosyndikalismus (dies eine zugegebenermaßen verkürzte und grobe Definition) strebt nach der Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter mit Hilfe von syndikalistischen Arbeitergewerkschaften, die auf Fabrikenbasis gegründet werden und innerhalb der Wirtschaftszweige Zusammenschlüsse formen (in Verbindung mit einer parallelen Struktur territorialer, tatsächlich also kommunaler Verwaltung). Dasselbe Argument, das die AIT-Genossen gegen direkte Demokratie auf kommunaler Ebene vorbringen - sie sei nicht revolutionär - könnte jedoch leicht gegen diese Art der Arbeitsplatz-Organisation vorgebracht werden. Ersetzen wir die kursiven Worte in den oben zitierten Sätzen durch Worte aus dem Bereich der Arbeitsplatzaktivitäten:

„Aus dem Inneren des ***kapitalistischen Systems*** heraus gibt es keine Möglichkeit, dieses ***kapitalistische System*** zu zerstören, und es wird im Gegenteil gestärkt".

„die gesamte ***Fabrik oder der Arbeitsplatz*** ist fest in der ... Verwaltung [des Unternehmens] verankert" und infolgedessen ist „das Rechtswesen des ganzen ... ***Unternehmens*** ein einheitliches Ganzes, das keine internen Widersprüche zuläßt. Daher ist es eine krasse Unwahrheit zu behaupten, daß der Kampf für die ***Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter*** in einem ***kapitalistischen Unternehmen*** der Kampf gegen den ***Kapitalismus*** sei."

So wie die AIT-Genossen den Arbeitsplatz als *potentiellen* Bereich der Emanzipation betrachten, selbst wenn dieser heute innerhalb des kapitalistischen Systems besteht; so argumentieren wir, daß die Kommunen ein *potentieller* Bereich der Emanzipation sind, selbst wenn diese heute nicht zu leugnende Bindungen an den bürgerlichen Staat haben. Trotz dieser Bindungen glauben wir, daß die Kommunen kein inhärenter und wesentlicher Bestandteil des bestehenden Staatssystems sind, sowenig wie die Fabrik oder der Arbeitsplatz inhärenter und wesentlicher Bestandteil des bestehenden kapitalistischen Systems ist. Wenn argumentiert wird, daß der Staat nicht dadurch bekämpft werden kann, daß Kommunen demokratisiert werden und die politische Macht den Bürgern zurückgegeben wird, dann ließe sich ebensogut argumentieren, daß der Kapitalismus nicht dadurch bekämpft werden kann, daß der Arbeitsplatz demokratisiert wird und dessen Kontrolle den Arbeitern übergeben wird.

Diesen Punkt sollten die AIT-Genossen sorgfältig überdenken. Tatsächlich ist die Fabrik/ der Arbeitsplatz viel eher wesentlicher Bestandteil des Kapitalismus, als die Kommunen wesentlich für den Staat sind. Historisch existierte die Stadt lange vor dem Aufstieg des Staats, und sie existierte sehr oft in Spannung oder als Gegenspieler zur Staatsmacht. Die frühen Staatengründer Europas mußten darum kämpfen, die Kommunen unter ihre Kontrolle zu bringen und die ihnen innewohnenden Spuren der Macht des Volkes zu zerstören. Die Fabriken jedoch wurden nur in Verbindung mit dem wachsenden Industriekapitalismus zu den führenden Sphären der industriellen Produktion. Tatsächlich war die Fabrik sowohl Geschöpf als auch Baustein jenes Systems.

Jeder sollte wissen, daß wir mit dieser Argumentation weder die revolutionären Absichten der AIT-Genossen noch die notwendige oder mögliche Trennung der Fabrik vom Kapitalismus in Frage stellen. Wir versuchen im Gegenteil nur zu zeigen, daß das Argument, das sie gegen uns vorbringen, ebensogut auch gegen sie vorgebracht werden könnte.

In der Frage der Wahlen stimmen wir mit den AIT-Genossen darin überein, daß wir die Wahlen im bürgerlichen Staat ablehnen: sie sind Wege, um die Menscher ihrer Macht zu berauben und diese auszuüben. Die Genossen haben recht, wenn sie sagen, wir „akzeptieren die Durchführung von Wahlen" - aber wir tun dies nur in libertär kommunalistischen Kampagnen bei lokalen Wahlen, zur Durchsetzung von Bürgerversammlungen, die das entscheidende Instrument der politischen Macht des Volkes sind. Die Demokratie, die wir fördern, ist nicht die Pseudo-Demokratie des bürgerlichen Staats, sondern die bereits beschriebene Verwaltung des lokalen Gemeinschaftslebens durch die Bürgerschaft in einer direkten, persönlichen Demokratie.

In der Frage der Wahlen beschuldigen uns die AIT-Genossen zudem, „einen Text Bakunins zu deformieren", und erklären, daß es Bakunin in dem von uns benutzten Zitat „ausschließlich um die Notwendigkeit der Basisorganisation [ging]". Aber wer „deformiert Bakunin" hier? Nachweislich sprach er ausdrücklich über kommunale Wahlen: „Kommunale Wahlen", so heißt es in dem Zitat, "spiegeln immer am besten die wahre Haltung und den Willen des Volkes". Wir denken, daß wir, anders als die AIT-Genossen, Bakunin hier richtig interpretiert haben. Die Genossen weisen mit Recht darauf hin, daß die „Mitglieder der Allianz", darunter Bakunin, 1872 „jede politische Beteiligung und deren Methodik verurteilt haben". Bedauernswerterweise sind Bakunins Erklärungen oft widersprüchlich - aber wer will entscheiden, welche zu akzeptieren und welche abzulehnen sind?

Was die Konferenz zu Libertärem Kommunalismus/Sozialer Ökologie angeht, behaupten die AIT-Genossen, wir hätten „einen hochrangigen Vertreter der Stadt Lissabon" gebeten, einen Vortrag zu halten. Tatsächlich ist die Person, um die es geht, kein hochrangiger Vertreter der Stadt Lissabon, sondern der Bürgermeister einer kleinen portugiesischen Stadt, der einen rein *informativen* Vortrag halten wird. Die AIT-Genossen haben es bereits verurteilt, daß wir Mittel von Staatsorganisationen annehmen, worauf wir geantwortet haben, daß diese bei Konferenzen übliche Finanzierung nur für die wirtschaftliche, logistische und materielle Routineausstattung benutzt wird und keinerlei Einfluß auf die Inhalte der Konferenz hat. Jetzt weisen die Genossen darauf hin, daß Mitglieder des Instituto Superior de Economia e Gestao und des Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa tatsächlich am Organisationskomitee beteiligt sind, als würde damit etwas nicht stimmen. Ja, sie sind beteiligt. Die AIT impliziert, daß diese Mitglieder „hochrangige Vertreter des Staats" seien. Tatsächlich sind sie nichts dergleichen; sie sind aufrichtige Anarchisten, die zufällig Lehrpositionen an der Universität innehaben - so wie eine Anzahl von Anarchisten und Anarchistinnen in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich, Italien und anderswo -



Positionen, die ihnen das Beschaffen von Geldern für unsere anarchistische Konferenz ermöglicht haben. Will die AIT ernsthaft argumentieren, daß es Anarchisten nicht erlaubt sein sollte, akademische Positionen in staatlich geförderten Universitäten innezuhaben oder diese Positionen zum Beschaffen von Geldern für anarchistische Konferenzen zu nutzen? Nach diesen strengen Kriterien würden sehr viele anarchistische Aktivitäten heute gar nicht existieren.

In ihrer früheren Erklärung behaupteten die AIT-Genossen, Portugal wurde als Ort der Konferenz ausgewählt, weil „die libertäre Bewegung in diesem Land sehr schwach ist". Im vorliegenden Dokument bringen sie genau das entgegengesetzte Argument vor: daß der „dekadente bürgerliche Staat" inzwischen so schwach ist, daß er „Sauerstoffkügelchen" benötigt, um „weiteratmen zu können". Erneut wäre es wünschenswert, daß die AIT-Genossen eine konsequente Position vertreten - in diesem Fall wäre allerdings keine der beiden dargelegten Erklärungen zutreffend, wie wir in unserem vorherigen Antwortschreiben verdeutlicht haben.

Die AIT-Genossen diskutieren weiter lokale Belange und behaupten, die portugiesischen Anarchisten um *A Batalha* seien „Instrumente des Staats". Aber sie liefern keine Beweise für diese gewagte Behauptung (da es keine gibt). Statt dessen versuchen sie einfach, diese großartigen Genossen mit der CGT in Verbindung zu bringen, eine Organisation, zu der die AIT bekanntermaßen eine problematische Beziehung hat. Dieser Versuch ist unberechtigt, da diese Verbindung nicht besteht.

Die AIT-Genossen bestreiten weiterhin unsere Beobachtung, daß Portugal eines der dezentralisiertesten Länder Europas ist. (Leider liefern sie erneut keine Informationen, die ihre These stützen.) Wir schlagen vor, daß sie selbst die Bestimmungen zu Kommunen und Kirchengemeinden in der portugiesischen Verfassung von 1976 nachlesen und diese dann mit ähnlichen Bestimmungen in der Verfassung anderer europäischer Nationalstaaten vergleichen. Sie werden sicher bestätigt finden, daß die Kommunen in Portugal im Verhältnis ein höheres Maß an Gestaltungsmöglichkeiten und Autonomie haben. Um es klar zu sagen: wir behaupten nicht, daß diese oder überhaupt eine nationalstaatliche Verfassung die Institutionen oder die Struktur der von uns angestrebten Gesellschaft verfügt. Keinesfalls halten wir die portugiesische Verfassung für das Vorbild einer libertär kommunalistischen Gesellschaft - und zu behaupten, wir täten dies, wäre eine grobe Unwahrheit, da es der Wahrheit nicht einmal nahekäme.

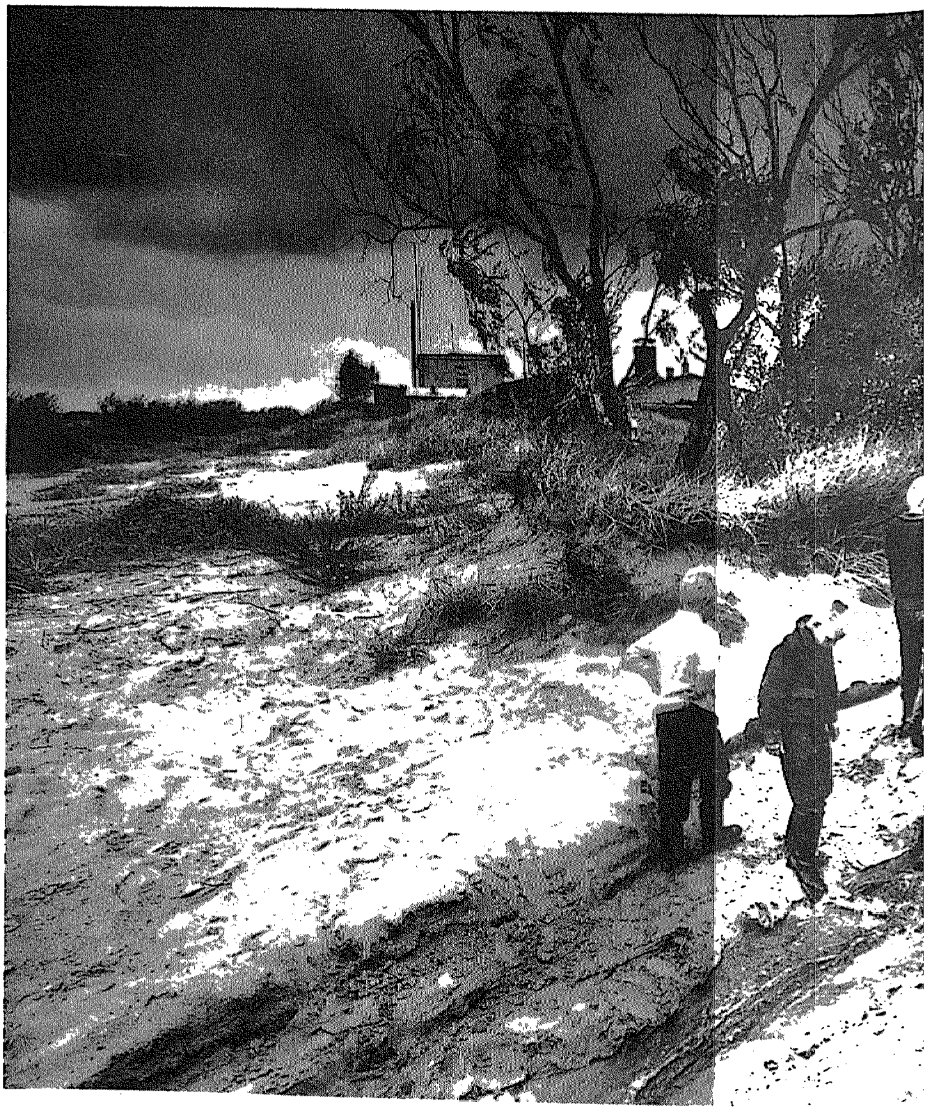
Jede Art von Verfassung ist aus mehreren Gründen enorm interessant für uns: (1) Wenn wir und selbst unsere anarchosyndikalistischen Genossen eine direkte Demokratie der Selbstverwaltung der Bürger in dezentralisierten Gemeinschaften gründen wollen, liefert der bestehende rechtliche Rahmen re-

levante Informationen in diesem Kampf. (2) Die Stärken und Schwächen des Feindes müssen auch hier, wie in jedem Kampf, bekannt sein. In unserem Kampf - dem Klassenkampf - müssen wir die Stärken und Schwächen unseres Feindes, des bürgerlichen Staats und des Kapitalismus, kennen. Jeder Klassenkampf, der in der realen Welt ausgetragen wird, benötigt diese Informationen, die viele - darunter offensichtlich die AIT-Genossen - nicht haben. (3) In einer nichtrevolutionären Phase ist die Kenntnis der Grenzen des politischen Systems von grundlegender Bedeutung. Unsere Leute betreiben die äußerst langsam vorangehende Arbeit zu versuchen, die direkte Demokratie in ihren Kommunen auszuweiten. Wo sich kleine Öffnungen im bestehenden rechtlichen Rahmen zeigen, ist es ein entscheidender Teil unserer Arbeit, diese Öffnungen zu erweitern, um so lokale direkte Demokratie in den beschriebenen Institutionen zu schaffen oder auszuweiten.

Wir appellieren an die Sozialanarchisten aller Strömungen, den Anarchismus aus der historischen Sackgasse herauszuführen, in der er sich derzeit befindet - und uns zu helfen, eine politische Sphäre der direkten Demokratie und der Selbstverwaltung zu schaffen.

Zu dem Thema Bookchin: es ist falsch zu sagen, er „glaubte nie an das Proletariat als Träger der Revolution und folglich nie an dessen Mittel der Befreiung, die Gewerkschaft". Tatsächlich war er in den 30er Jahren Mitglied der amerikanischen kommunistischen Bewegung und bis in die 40er Jahre Trotzkist, und er glaubte in all diesen Jahren leidenschaftlich daran, daß das Proletariat der Träger der Revolution ist. In den später 30er und den 40 Jahren, während er verschiedentlich als Gießerarbeiter und im Automobilbau beschäftigt war, war er auch Betriebsvertrauensmann und ehrenamtlicher Schriftführer sowie Aktivist in Gewerkschaften wie der United Electrical and Machine Shop Workers (UE) und der United Auto Workers (UAW).

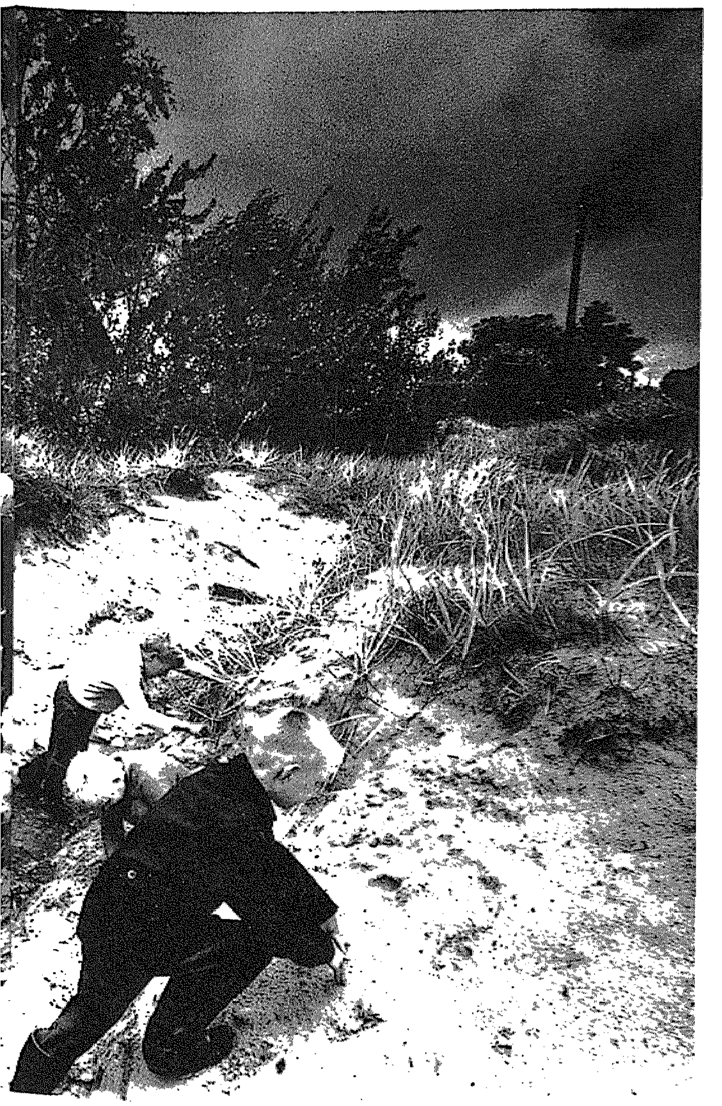
In den Nachkriegsjahren bedurfte er keines Herbert Marcuse oder André Gorz (dessen Schriften ohnehin erst viel später erschienen), um zu verstehen, daß die industrielle Arbeiterschaft nicht länger ein hegemonialer Träger der Revolution war. Er wurde im Gegenteil beim berühmten General Motors Streik von 1946 selbst Zeuge davon, als die



UAW den Streik im Austausch für höhere Löhne, mehr Urlaub, erhöhte Arbeitslosenunterstützung etc. an das Unternehmen verriet. Seine Hinwendung zu Fragen der Ökologie war nicht der Versuch, „die Einheit der libertären Bewegung in viele Stücke zu zerschlagen", sondern der Versuch, den revolutionären Charakter dieser Bewegung gegenüber den Kompromißbestrebungen der Arbeiterbewegung zu bewahren - und diese Bestrebungen bestehen noch heute.

Gleichzeitig versuchte Bookchin, die Basis der libertären Bewegung über die Konzentration auf den Industriearbeitsplatz hinaus zu erweitern, um auch Menschen, die wegen ihres Geschlecht, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Neigungen und ähnlichem unterdrückt wurden, einzubeziehen. Die AIT fragt: „Wie würden diese Arbeiter in der Kommune das Klassenbewußtsein erlangen, das sie in der Gewerkschaft verloren hätten?". Bookchin argumentierte, daß die Umweltzerstörung, begründet in Kapitalakkumulation und der Ausweitung des wettbewerbsorientierten Marktes - eine potentiell anitkapitalistische Bewegung hervorbringen könnte, die sowohl die wachsende Mittelklasse als auch die zurückgehende industrielle Arbeiterklasse in einem Kampf gegen die Bourgeoisie, eine kleine Minderheit der Bevölkerung, mitreißen würde.

Zur politischen Ökologie: die AIT-Genossen protestieren, Ökologie sei ein „Ablenkungsmanöver", der kapitalistische Staat habe „eine Dimension der ökologischen Fragen ‚zurückerobert'". Als Alternative bieten sie eine „soziale Ökologie" an, die nicht vom kapitalistischen Staat „subventioniert werden kann". Wir freuen uns, daß die Genossen die Notwendigkeit einer revolutionären Sozialen Ökologie (die eine radikale



Veränderung der Gesellschaft fordert) verstehen, die vom Umweltbewußtsein (das schlicht technokratischer Reformismus von Umweltbelangen ist) unterschieden werden muß. Diese Unterscheidung traf Bookchin allerdings schon vor Jahrzehnten, in den frühen 70er Jahren, als er Soziale Ökologie und umweltbewußten Reformismus scharf trennte.

Wo aber die Soziale Ökologie eine grundlegende revolutionäre Veränderung der Gesellschaft unter ökologischen, demokratischen und libertären Gesichtspunkten fordert, was beinhaltet die von der AIT neuentdeckte „soziale Ökologie" dort? Sie muß sich, so sagen sie, auf „die geistige und moralische Gesundheit der Arbeiter und ihre Umgebung" auswirken. Wer also macht hier reformistische Vorschläge? Schutzmaßnahmen gegen schädliche und giftige Einflüsse auf die Gesundheit der Arbeiter, verursacht von Substanzen im Umfeld des Arbeitsplatzes, sind üblich; seit der Jahrhunderwende sind sie Bestandteil reformistischer Programme in Amerika gewesen, und sie waren spätestens seit 1970 (als die Behörde für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz gegründet wurde) Bestandteil des amerikanischen Systems. Obwohl diese Schutzmaßnahmen in den Vereinigten Staaten stark bekämpft werden, sind sie hervorragend mit kapitalistischen Vorgaben vereinbar; schließlich ist ein gesünderer Arbeiter ein produktiverer Arbeiter.

Es wurden Fortschritte in dieser Debatte gemacht: die AIT-Genossen bezeichnen uns nicht länger als „konterrevolutionär", sondern inzwischen als „reformistisch". Wir hoffen, daß weitere Fortschritte bei der Verständigung gemacht werden und daß die Genossen bald erkennen, daß wir nicht weniger „revolutionär" sind als sie.

Dennoch können wir die Debatte nur unter zwei Bedingungen weiterführen. Erstens: Die Debatte muß sich innerhalb von grundsätzlichen ethischen Minimalstandards bewegen. Das bedeutet, daß Kritik nicht auf Gerüchten und Behauptungen, sondern auf Tatsachen beruhen sollte. Wir müssen darauf bestehen, daß unsere Genossen Behauptungen über uns nicht unbesehen akzeptieren, sondern an den Quellen nach Informationen suchen, welche die Anschuldigungen bestätigen oder widerlegen, bevor sie diese als Tatsachen veröffentlichen. Zweitens: Wir haben festgestellt, daß die AIT-Dokumente gegen die Konferenz in einigen der anarchosyndikalistischen Presseorgane veröffentlicht wurden, unsere Antwort hingegen nicht. Wir sehen keine Möglichkeit, die Debatte weiterzuführen, bevor die entsprechenden Medien nicht unsere Dokumente ebenso wie jene der AIT veröffentlichen.

Wir wiederholen unsere frühere Respektsbekundung an die Anarchosyndikalisten der Vergangenheit und der Gegenwart, und wir arbeiten gemeinsam mit ihnen auf dem Weg in eine ökologische und anarchistische Gesellschaft.

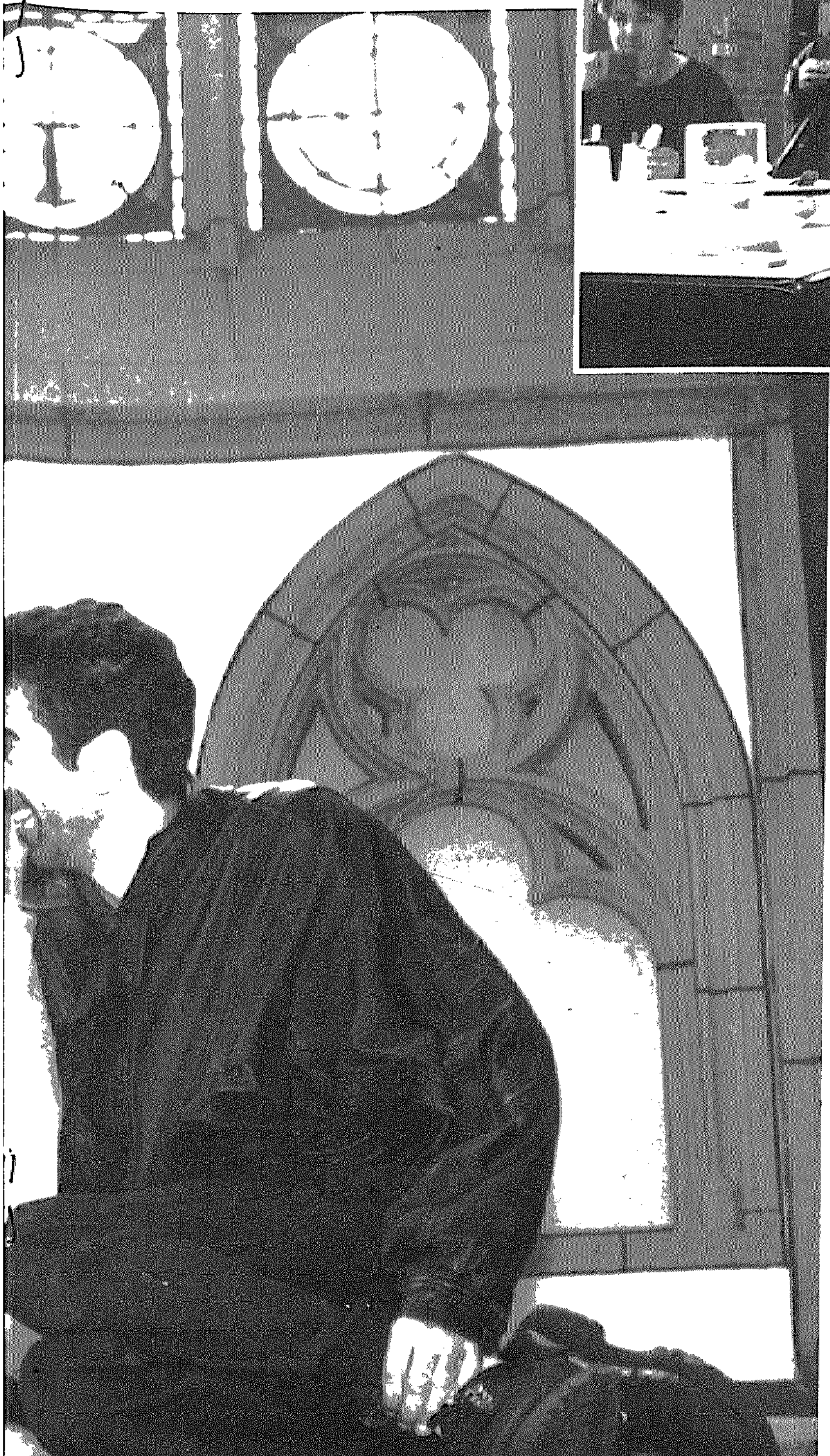
übersetzt von Claudia Schmidke

Ein Leben aus dem Koffer

Fotos und Text: Ute Moschner (Version)





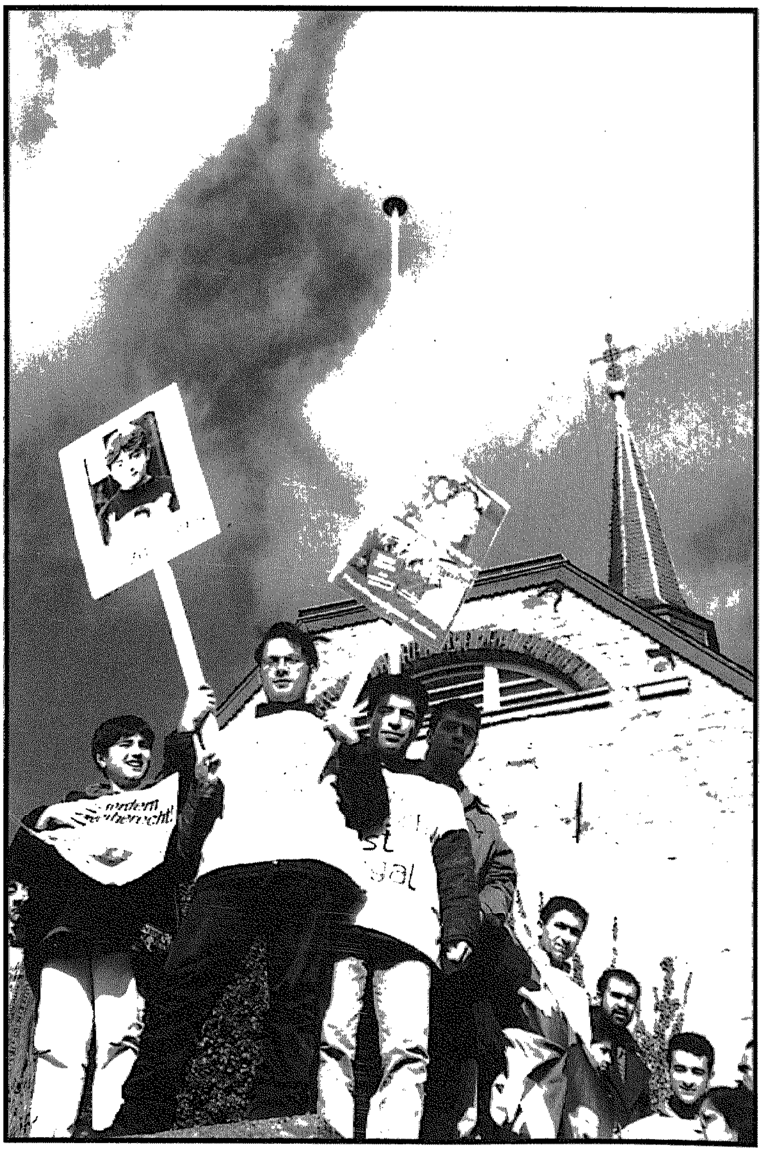


10 Monate Wanderkirchenasyl in NRW

"Wann glaubst Du, kriegen wir den Aufenthalt?" Diese Frage stellen die kurdischen Flüchtlinge jedem/r BesucherIn, die an ihrem Zufluchtsort - den Kirchenräumen- aufsucht.

Nach 10 Monaten Wanderkirchenasyl liegen die Nerven blank: Bei den mittlerweile mehr als 200 kurdischen Flüchtlingen, bei den PfarrerInnen und Gemeindemitgliedern der 70 evangelischen und katholischen Kirchen, die den Flüchtlingen Asyl gewähren und gewährt haben, aber auch bei den Mitgliedern der Kampagne "Kein Mensch ist illegal".

Am 21. Januar 1998 hat eine Gruppe von zunächst 25 kurdischen Flüchtlingen in der Kölner Antoniterkirche Schutz vor ihrer Abschiebung gesucht, innerhalb kürzester Zeit ist die Gruppe auf mehr als 200 angewachsen. Vor Folter und Vertreibung in der Tütkei geflohen, wurden ihre Anträge in Deutschland jedoch abgelehnt und sie damit in die Illegalität gzwungen. Mit dem Wanderkirchenasyl wagen sie einen mutigen Schritt in die Öffentlichkeit- denn die Realität zeigt, daß





Ein Leben aus

das Kirchenasyl ihnen nur bedingt Schutz gewähren kann.

Erst am 20. Oktober wurde Halil Ray vor einer der Kölner Kirchen verhaftet und sollte sofort abgeschoben werden, derzeit sitzt er in Mannheim in Abschiebehaft. Von Regierungsseite bewegt sich wenig. Sowohl das NRW-Innenministerium als auch Bonn scheinen nicht gewillt, den Forderungen der Flüchtling, als Kriegsflüchtlinge anerkannt zu werden und einen Abschiebestop in die Türkei zu veranlassen, nachzugeben. Von Seiten der Politik läuft es darauf hinaus, die Aktion auszuhungern. Bestenfalls lassen sie mit sich über Einzelprüfungen reden, so der derzeitige Stand.

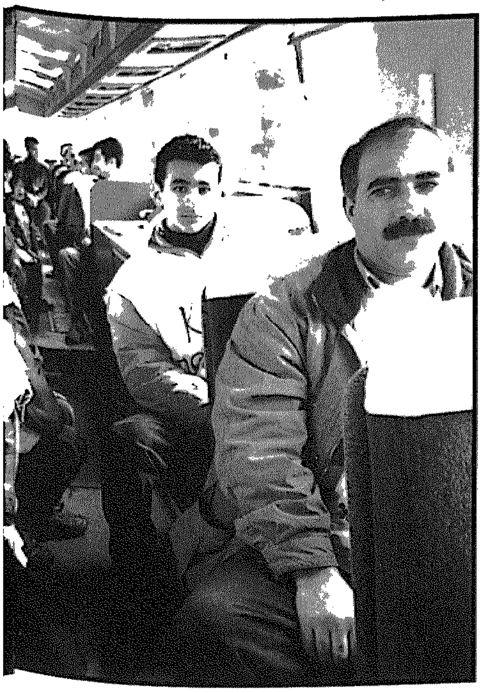
Trotz all dieser widrigen Umstände harren die Flüchtlinge dennoch aus und hoffen weiter auf eine politische Lösung: "Was haben wir noch zu verlieren?"







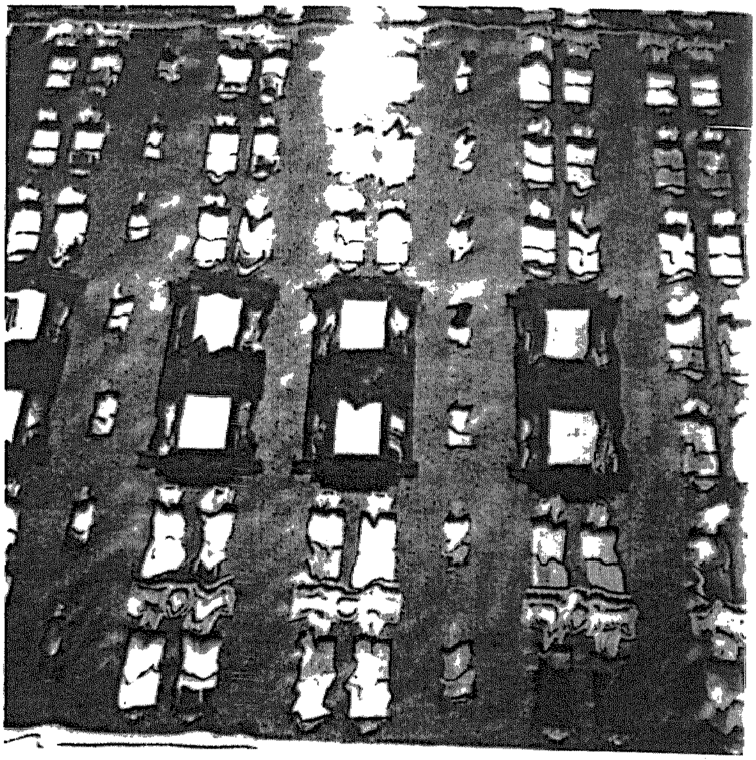
s dem Koffer





Handbuch der Utopie

Eine Rezension des Buches "Eine Muster - Sprache".



Fotos: Trotzdem-Archiv

Dieses Buch behandelt Fragen des Städtebaus, der Gebäude und ihrer Konstruktion ebenso wie die des alternativen Leben, der Selbstverwaltung, der Autonomie und des Gemeinschaftslebens.

Ein Vogel, fliegend vor sonnenbeschienenen, windzerzausten Wolken, daneben, fettgedruckt, die Aussage: "Die urbanisierten Regionen werden erst ins Gleichgewicht kommen, wenn jede so klein und autonom ist, daß sie eine eigenständige Kultursphäre sein kann."

Punkt. Gleichgewicht? Autonomie?

So verblüffend beginnt das erste Muster des Buches "Eine Mustersprache".

Es zeigt in 253 Abschnitten, "Muster" genannt alles, fortschreitnd vom Großmaßstab auf globaler Ebene (das eben gehörte Beispiel), über die Organisation von Städten, Stadtteilen, Nachbarschaft, Gebäude, Raumgestalt und Bauteil, was eine humane, lebendige Umwelt, eine menschengerechte Umgebung aufweisen sollte.

Vorraussetzung dafür seien u.a. Selbstbestimmung, dezentrale Strukturen, Ökologie, lebendiger Austausch, Gemeinschaft, Gebäude voller Poesie, Vielfältigkeit, Autonomie, weitestgehende Vermeidung von Hierarchie, Sinnliche Wahrnehmung der Umwelt, Vermeidung von Herrschaft.

Nur - Dies ist (eigentlich) kein Buch über autonome Politik oder alternative Gesellschaftswissenschaften und hat meines Wissens in diese Felder auch noch keinen Einzug gehalten.

In Architektur- Kreisen stattdessen ist es in Amerika so bekannt wie in Japan oder Europa und wird viel diskutiert, denn es ist eigentlich ein Buch über Architektur und gebaute Umwelt im weitesten Sinne.

Allerdings ein ziemlich ungewöhnliches: Es ist für alle Menschen die an der Gestaltung ihrer Umwelt Interesse haben (wollen) konzipiert, also nicht nur für Planer. Es stellt als unabdingbare Vorraussetzungen Partizipation und Autonomie in den Vordergrund, um architektonische Werte wie Lebendigkeit und menschengemäße Gebäude zu erhalten. Diese Werte scheinen allerdings im architektonischen Diskurs eher exotische Kriterien darzustellen. Sie werden aber als notwendig für Selbstbestimmung und Gemeinschaft erachtet. Es stellt diesem Fälle gegenüber, in denen diese Qualitäten fehlen verbunden mit einer genauen Analyse des zugrundeliegenden Problems und (!) einem Vorschlag zu seiner Lösung!!!

"Es gibt ausreichende Beweise dafür, daß hohe Gebäude Menschen verrückt machen."

Ein weitere Lesekostprobe? Vielleicht Muster Nr 8: "Mosaik der Subkulturen". Hier heißt es: "Der homogene und undifferenzierte Charakter moderner Städte tötet jede Vielfalt der Lebensstile und hemmt die Entstehung individuellen Charakters."

Anhand dieses Musters wird zum Beispiel gezeigt, wie Bevölkerungsstruktur und individueller Charakter zusammenhängen, wie äußere Umstände die inneren bestimmen. Eine durchmischte Bevölkerungsstruktur wird mit einer ghettoisierten, also einer von wirtschaftlicher oder ethnischer Zugehörigkeit definierten, verglichen. Beide wirken letztlisch genauso homogen, Vielfältigkeit der Kultur oder eine außergewöhnliche eigene Identität können sich in keiner der Beiden herausbilden. Als Ergebnis dieser Gegenüberstellung plädieren die Autoren für ein dichtes Geflecht aus Subkulturen, verschiedenartig und kleinteilig, in dem jeder "seinen" passenden Zusammenhang finden und dort seinen Lebensstil kultivieren kann. Durch die Kleinteiligkeit ist sichergestellt, daß Austausch zwischen ihnen stattfindet, jeder sich mit den anderen Lebensstilen auseinandersetzt und ein Wechsel zwischen den Kulturen ermöglicht ist.

Oder Muster 9, in dem es um die Vorteile einer Dezentralen Streuung der

Arbeitsstätten geht, dem Bruch, den die äußere Trennung von Arbeiten und Leben in verschiedenen Gebieten (zB. Gewerbepark und Wohngebiet) im Inneren der Menschen verursacht.

Oder Muster 12, in dem untersucht wird, wie Kommunale Strukturen aussehen müßten, damit der einzelne genügend Mitbestimmungsrecht hat.

Muster 18, "Netzwerk des Lernens" und 43 " Universität als offener Markt" schlagen eine gänzlich alternative Form des Lernens und Lehrens zum gängigen Schul- und Universitätsbetrieb vor.

In Muster 21 "Höchstens vier Geschosse" wird anhand von empirischen Untersuchungen dargelegt, was Gebäude über vier Geschosse für Auswirkungen auf die in ihnen lebenden Menschen haben: "Es gibt ausreichende Beweise dafür, daß hohe Gebäude Menschen verrückt machen."

Ähnlich rigoros, im weiteren Text dann aber fundiert und begründet, enthält Muster 79 Aussagen zum Problem des Mieteigentums und (Muster 7) zu Land in Privatbesitz. Es gibt Aussagen zu selbstverwalteten Betrieben, (Muster 80: "Selbstverwaltete Betriebe und Büros") und Gebäudeformen, in diesem Falle einzelnstehenden Häusern, nämlich darüber, in welcher Weise sie Ausdruck sozialer Wirklichkeiten sind: "Isolierte Gebäude sind Symptome einer zusammenhanglosen, kranken Gesellschaft"(Muster 95 und 108).

Es gibt Muster zur sinnvollen Lage und Orientierung von Gemeinschaftsbereichen in Wohnungen, aber nicht zu vergessen auch architektonische Themen wie Offene Treppen, Art der Wände, der Arbeitsbereiche, Orientierung der Fenster, die aber immer in sozialen Kontext gestellt werden.

Der Aufbau des Buches folgt seinen eigenen Regeln, will sagen, daß ein Muster immer eine architektonische Einheit beschreibt, eine Problematik behandelt. Die Muster müssen nicht eins nach dem anderen durchgearbeitet werden. Vielmehr bilden sie ihre eigenen zweckmäßigen Zusammenhänge. Die Muster nehmen Bezug aufeinander, beinhalten kleinere Muster und sind Teil (oder werden überlagert) von Größeren. Die Theorie vom vernetzt sein der Welt findet in dieser Struktur seine Entsprechung und generiert Komplexität . Komplexität der architektonischen Lösung sowie der gesellschaftsbezogenen Handlungsansätze.

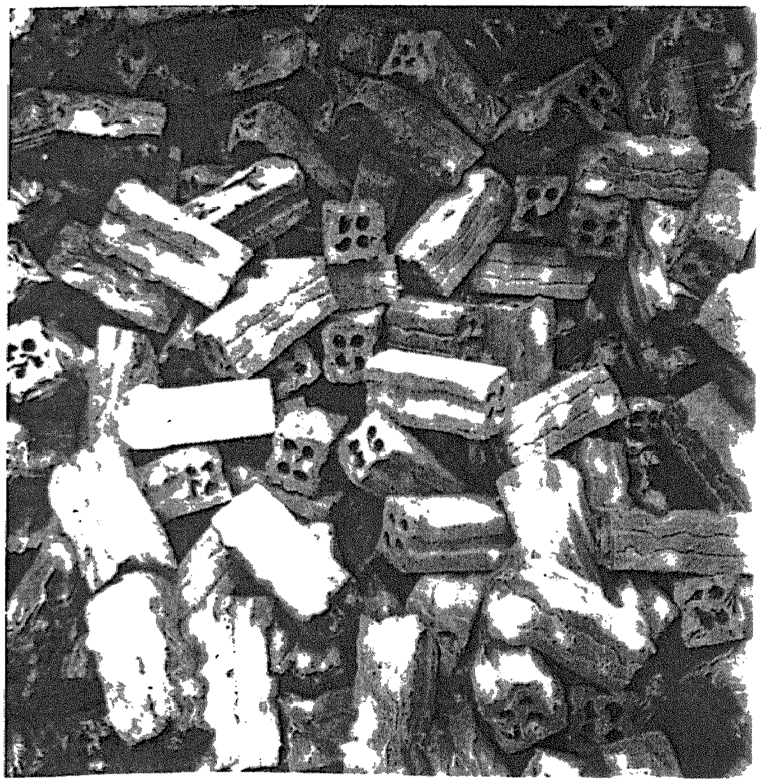
Die Mustersprache

Die einzelnen Muster bilden also, miteinander verbunden, allmählich die Buchstaben und Worte einer Architektursprache. Im Zusammenhang bilden die Muster einen Architektur- Text, der eine Bedeutung trägt. So entsteht ein auf mehreren Ebenen wirksames, sehr komplexes System. Wie bei einem Text ist nicht nur das einzelne Muster von Bedeutung, sondern ebenso die Bezüge untereinander. D.h. die Art der Wirkung, die die gebauten Einheiten aufeinander ausüben, zur Umgebung, sowie der gesellschaftliche und geschichtliche Kontext.

Was bedeutet nun unsere Umwelt? Welche Inhalte werden mit einem Gebäude, einer Außengestaltung, einem öffentlichen Platz vermittelt? Wie sieht der gebaute "Rahmen" für unsere Handlungen aus? Welche Ansprüche der Nutzer oder welche Bedürfnisse der Menschen werden befriedigt, welche nicht? Die *Pattern Language* gibt vorzügliche Kriterien an die Hand unsere Umwelt zu lesen und zu beurteilen, um sie zu verändern.

Es endet aber nicht in einer theoretischen Betrachtung. Das Buch ist ebenso eine Handlungsanweisung: Ändere ein paar Buchstaben, und Du hast ein neues Wort, der dem Satz eine neue Bedeutung gibt. Geschieht dies an mehreren stellen, so hast Du einen neuen Text.

Ändere Deine gebaute Umwelt hier und dort, so wird sich das System aus Gebautem und den Funktionen, dessen Träger es ist, und die Handlungen die es ermöglicht, ändern. Es entstehen so neue Inhalte und andere Zusammenhänge im System, das System kann so geändert werden und wird anders funktionieren.



Dynamisches Weltbild und Prozesshaftigkeit

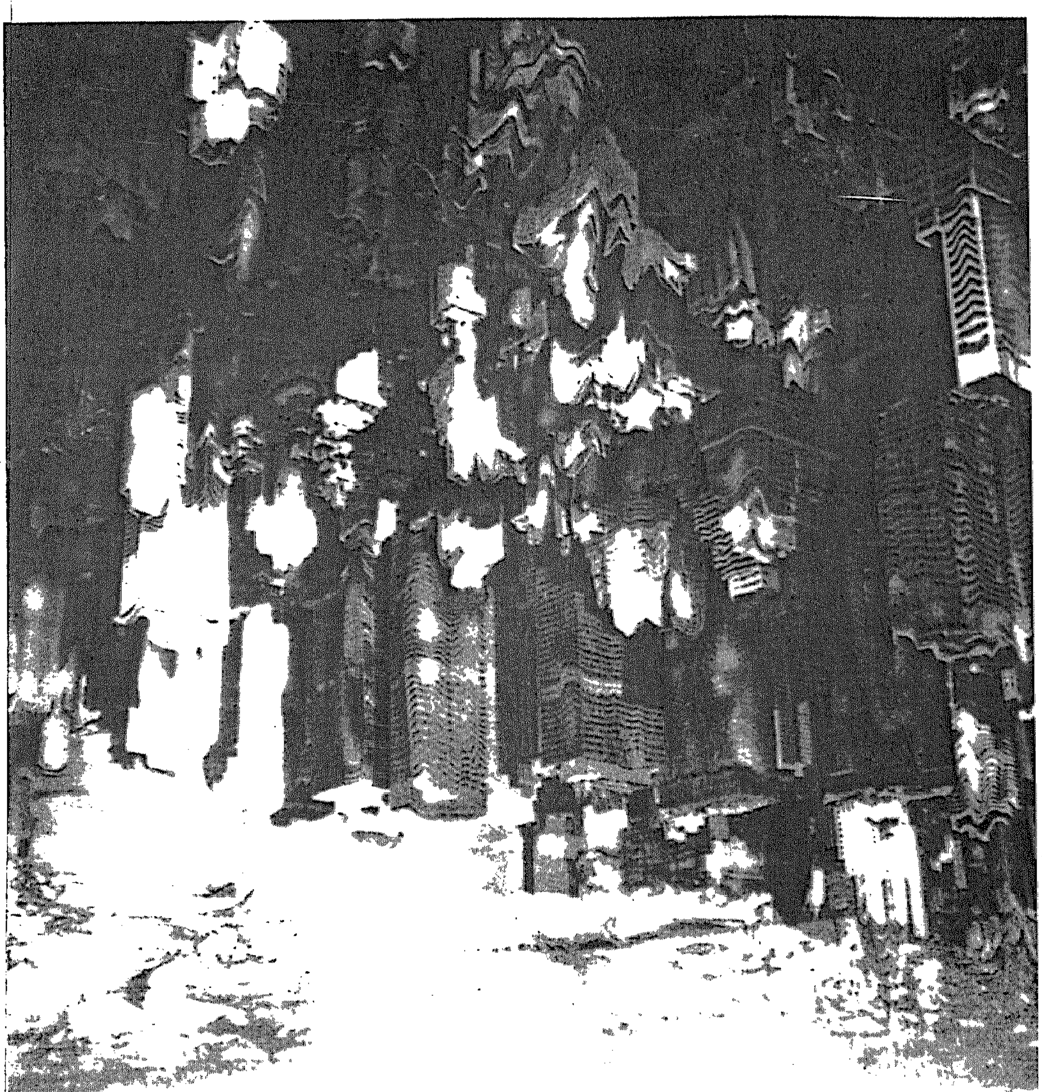
Der Gedanke der Entwicklungsprozessen liegt dem Buch zugrunde. Die Planung wird nicht als ein Mittel erachtet, eine letztgültige und unverbesserbare, also immerwährende architektonische Lösung zu präsentieren. Vielmehr geht es um Mitarbeit aller und

Veränderung der Umwelt, der Gesellschaft. Das Ergebnis der Änderung muß natürlich auch Auswirkungen auf die Nutzer, in diesem Falle die Initiatoren der Änderung haben. So ist eine Lösung nicht als statisch anzusehen, sondern dadurch, daß sie den lebendigen Einflüssen der Umgebung ausgesetzt ist,(und umgekehrt) als eine vorläufige. Ebenso wird ausdrücklich darauf hingewiesen daß die einzelnen Muster zwar eine fundierte Lösung darstellen, aber Vorläufigkeitscharakter haben, die Zeit und die Menschen mögen sie modifizieren und Weiterentwickeln.

Dazu ist allerdings die Kompetenz derjenigen von Nöten, die in die gebaute Umwelt eingreifen. Es geht um die alte Frage nach den eigenen Bedürfnissen und den allgemeinen, die zu formulieren sind. der zweite Schritt ist es, diese in einer Architektursprache ausdrücken zu können. Christoph Alexander meint, es sei unerlässlich, diese Sprache wieder in der Gesellschaft zu verankern, so daß jeder Mensch kompetent würde und vor allem eigene Inhalte ausdrücken könne.

Wie sehr eine solche Auffassung der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Investorenarchitektur entgegenläuft muß wohl kaum erwähnt werden: Die kostengünstige Patentlösung, überall gleich, wenig Aufwand- hohe Rendite, - überall gleich leblos und fehl am Platze, lässt sich mit der Patternlanguage schon nicht gestalten, weil sie (ungeschriebene) Gesetze der Ökonomie bewußt ignoriert: Zeit ist Geld, was sich rechnet ist gut, was sich nicht in steigenden Umsätzen niederschlägt ist unnötig. Eine komplexe Architektur lässt sich nicht nach Schema F schnell planen, der Planungsprozess braucht Geduld und Ruhe und die Mitarbeit aller Betroffenen. Das Resultat einer qualitätvollen, durchdachten, sensiblen Architektur läßt sich so wenig in Geld ausdrücken, wie es vorherschbar oder begrenzbar ist. So sind auch die Wirkungen also in der Zeit nicht zu begrenzen, die Wirkungen dauern fort, auch nach dem Stellen der Honorarrechnung und entwickeln sich langsamer als Spekulationsgewinne.

Jan Jacob Hofmann



Das Buch "Eine Muster- Sprache" (A Pattern Language) ist verfasst von Christoph Alexander, Sara Ishikawa, Murray Silverstein mit Max Jacobson , Ingrid f. King Shlomo Angel. Die deutschsprachige Ausgabe ist 1995 im Löcker Verlag, Wien erschienen, 1320 Seiten, DM 220,- Herausgeber ist Hermann Czech. Alle hier verwendeten Bilder entstammen diesem Buch.

Weitere Literatur:"A Timeless Way of Building" (Christoph Alexander)
Ausführliche Architekturtheoretische Diskussionen in Arch + Heft Nr. 73, 1984

Noam Chomsky

Eine biographische Skizze zum 70.Geburtstag



-von John Pilger-

übersetzt von Michael Schiffmann

Foto: Tina Modotti

"Einem Geist zu begegnen, der unsere Wahrnehmung von der Welt radikal verändert", schrieb Jim Peck in seiner Einführung zu der Sammlung The Chomsky Reader, "stellt eine der beunruhigendsten, aber zugleich auch eine befreiendsten Erfahrungen im Leben dar. Beunruhigend, weil eine solche Erfahrung sorgfältig zurechtgelegte Rationalisierungen untergraben kann, und befreiend, weil man endlich das Offensichtliche als das sieht, was es ist."

Für mich hat Chomsky das "Offensichtliche" sichtbar gemacht, seit ich zu der Zeit, als ich aus den Vereinigten Staaten über den amerikanischen Krieg in Vietnam berichtete, seine Bücher und Artikel las. Ohne Chomskys peinlich genaue Auflistung des Beweismaterials und seine Kritik an der Machtausübung Amerikas wäre die Wahrheit, das "Offensichtliche" über diesen Krieg nicht gesagt worden; dasselbe gilt für die Wahrheit über viele andere "kleine Kriege" und gesellschaftliche Auseinandersetzungen unserer Zeit. Seine Suche nach der Wahrheit ist fraglos heroisch; ebenso wie Millionen anderer, zu deren Aufklärung er beigetragen hat, verdanke ich ihm viel. Auf einzigartige Weise hat Chomsky beständig die Mauern der Orwellschen "Wahrheit" durchbrochen, die so viel von unserer "Freien" Gesellschaft und dem Leid jener Menschen in der ganzen Welt verbergen, die den Preis für unserer "Freiheit" bezahlen.

In seinen Essays, Büchern und Vorträgen hat er unnachgiebig einen offiziell beglaubigten Mythos nach dem anderen zerstört, und zwar mittels Fakten und Dokumenten, die zumeist aus offiziellen Quellen stammen. Seine Enthüllungen und die Klarheit, mit der er sie betreibt, sind ein lebendiges Beispiel für Kunderas Aphorismus, daß "der Kampf des Menschen gegen die Macht der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen ist". Er hat gezeigt, daß der Krieg in Vietnam keineswegs der "tragische Fehler" war, als der er so oft hingestellt wird, sondern die logische Konsequenz der Ausübung imperialer Macht, und daß die Vereinigten Staaten in Verfolgung ihrer strategischen Interessen in Südostasien ein kleines bäuerliches Land überfielen, es systematisch verwüsteten und seine Menschen, Kommunisten ebenso wie Nichtkommunisten, töteten. Ohne den bedeutenden Widerstand in den Vereinigten Staaten selbst, der Noam Chomskys kritischem Geist und schriftstellerischer Tätigkeit viel verdankt, wäre Ronald Reagan vielleicht mit amerikanischen Truppen in Nicaragua einmarschiert.

Ich las Noam Chomskys Buch *The Backroom Boys* zuerst auf einem Flug nach Vietnam 1974. Der "ehrenvolle Friede", das Versprechen, aufgrund dessen Richard Nixon und Henry Kis-

singer erneut an die Macht gewählt worden waren, befand sich in vollem Gang. Die amerikanischen Bodentruppen warfen eine größere Bombenlast über Indochina ab als sämtliche Kriegsteilnehmer über allen Kriegsschauplätzen während des gesamten Zweiten Weltkriegs.

Der Krieg in Asien machte keine Schlagzeilen mehr.

In *The Backroom Boys* zitierte Chomsky einen amerikanischen Piloten, der die "besonderen Vorteile" von Napalm auseinandersetzte: "natürlich sind wir auch wirklich zufrieden mit den Jungs in den Hinterzimmer von Dow Chemical. Das ursprüngliche Material war nicht so scharf - wenn die Schlitzaugen schnell genug waren, konnten sie es abkratzen. Also fingen die Jungs an, polystyrol beizusetzen - jetzt klebt das Zeug wie Scheiße am Leintuch. Es brennt jetzt sogar unter Wasser."



Ich wußte aus eigener Erfahrung, daß das stimmte; ich berührte einmal das Opfer eines Napalmangriffs, und danach hatte ich die Haut des Mädchens an meiner Hand. Was Chomsky in diesem und anderen Büchern und in seinen Vorträgen und Artikeln vorlegte, war nicht nur eine Chronik moderner Barbarei, sondern auch die Einordnung dieser Barbarei in den Rahmen einer systematischen "Arbeitsteilung". Die eine Gruppe von "Jungs in den Hinterzimmern" hatte die Entwicklung von Napalm in Auftrag gegeben, während eine andere es dann verfeinert hatte, "damit es bis hinunter auf den Knochen brennt". Die Piloten brauchten es dann nur noch abzuwerfen. Unterdessen sorgten die Medien dafür, daß das Gesamtbild dieses unvorstellbaren Vorgangs so gut wie unsichtbar und damit akzeptabel blieb.

Auf diese Weise konnten politische Führer, deren "gemäßigtes" Auftreten nicht einmal entfernt an Totalitarismus denken ließ, aus der sicheren Entfernung physischer und kultureller Distanz Menschen in einem Ausmaß töten und verstümmeln, das an die Taten der berüchtigten Ungeheuer unserer Zeit heranreicht. So unterwarf John F. Kennedy Vietnam einem Terrorbombardement; Gerald Ford und Henry Kissinger unterstützten den Völkermord in Osttimor; und George Bush verübte mit John Major im Schlepptau die Schlächterei am Golf von 1991 und nannte sie einen "Kreuzzug für die Moral".

Indem er solche Wahrheiten benannte, hat Chomsky sich eine menge Schwierigkeiten eingehandelt. Einer der Gründe für die Feindseligkeit, die ihm entgegengebracht wird, liegt darin, daß er den Kern des freiheitlichen Selbstbildes Amerikas angreift und zwischen Liberalen und Konservativen nur unterscheidet, um ihre Gemeinsamkeiten zu beleuchten. Tatsächlich bildeten seine ersten beiden Bücher, *Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen* (1967) und *Amerika und die neuen Mandrine* (1969) frontale Angriffe auf einem Großteil der amerikanischen Intellektuellen und Journalisten, deren Liberalismus seiner Ansicht nach dazu diente, ihre Rolle als "ideologische Manager" eines gesetzlosen, imperialen Systems, das rund um den Globus Tod und Zerstörung verursachte, zu maskieren.

Wie die Dissidenten in der früheren Sowjetunion kehrt er in einem Großteil seines Werks immer wieder zu einem Thema von grundlegender moralischer Bedeutung zurück: der Tatsache, daß die Amerikaner, und in entsprechender Weise auch diejenigen von uns, die innerhalb der Reichweite des amerikanischen Einflusses leben, "einem dem Dienst an der Macht gehorchenden ideologischen System" ausgesetzt sind, dem Gewissenserwägungen fremd sind und das von den Menschen "Apathie und Gehorsam" verlangt, "um jede ernsthafte Bedrohung der Herrschaft der Elite von vornherein zu verhindern".

Abweichende Meinungen werden durch den "Mechanismus der historischen Amnesie und des Tunnelblicks, wie sie in den intellektuellen Kreisen kultiviert werden", an den Rand gedrängt. Chomsky bezeichnet das Gros der amerikanischen Akademiker und Journalisten als eine "weltliche Priesterkaste", für die Amerikas "manifester Auftrag", sein "Recht", kleine Nationen anzugreifen und unter die Knute zu zwingen, allem Anschein nach etwas Gottgegebenes sind.

Aus diesem Grund ist es ihm oft unmöglich gemacht worden, seine Ansichten zu veröffentlichen, besonders in den großen liberalen Zeitungen, denen er lästig ist und die er in Verlegenheit bringt, da seine Analyse der imperialen Macht eben jene intellektuelle Unabhängigkeit aufweist, die seine Kritiker und die liberalen Journalisten so gerne für sich in Anspruch nehmen. Was bei der Erinnerung an die skandalösen Vorfälle um Watergate, die Iran-Contra-Affäre, das geheime Bombardement Kombadschas und die tief verwurzelte Kurruption während der Reagenjahre oft vergessen wird, ist die Tatsache, daß so wenige Journalisten versuchten - oder die Gelgenheit erhielten -, sie zu enthüllen. Über den Zionismus, der immer noch eines der großen Tabus in Amerika ist, schrieb Chomsky in The Culture of Terrorism, das Verhältnis der amerikanischen liberalen Intellektuellen zu Israel sei vergleichbar mit dem Flirt ihrer Vorgänger in den dreißiger Jahren

mit der Sowjetunion. Sie seien, so schrieb er, Trittbrettfahrer, für die eine "Schutzhaltung gegenüber dem heiligen Staat und der Versuch, dessen unterdrückerische Haltung und Gewalttätigkeit herunterzuspielen und Entschuldigungen dafür zu finden", typisch seien.

Was Chomskys Feinde in Rage bringt, ist die Tatsache, daß es fast unmöglich ist, ihn in eine Schublade einzuordnen. Er sprach sich gegen die Manipulationen beider Seiten im Kalten Krieg aus und vertrat die Auffassung, die Supermächte seien sich in Wirklichkeit in der Unterdrückung der Bestrebungen kleinerer Nationen einig. Es ist typisch für diesen brillanten Außenseiter, daß er zu einem Zeitpunkt, als viele das Ende des Kalten Krieges feierten, vorsichtig blieb. Er beschreib "die Beherrschung der eurasischen Landmasse durch eine einzige vereinigte Macht", nämlich Europa, als einen Alptraum für die amerikanischen Machthaber, und stellte fest, daß das, was wir heute sehen, "eine schrittweise Wiederherstellung der Handels- und Kolonialbeziehungen Westeuropas mit dem Osten darstellt". Weiter sagt er: "Der große, sich verschärfende Konflikt der heutigen Welt ist der zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. So verhält es sich schon seit Jahren, und mittlerweile ist dieser Konflikt sehr ernst. Das US-Establishment will den Europäern klarmachen, wer der Herr ist."

Obwohl Chomsky sich als libertären Sozialisten bezeichnet, ist er nicht Anhänger irgend einer Ideologie. Tatsächlich scheint seine politische Haltung für jemanden, der sich seinen Namen als Theoretiker - in der Sprachwissenschaft - gemacht hat, merkwürdig untheoretisch. Er ist der Ansicht, daß Revolutionen Gewalt und Leid mit sich bringen, und er vertritt die Position, daß "niemand, der sich ein wenig mit Geschichte befaßt, überrascht sein wird, diejenigen, die am lautesten nach Destruktion und Zerstörung schrein, als Verwalter eines neuen Systems der Unterdrückung wiederzufinden". Sofern er überhaupt an etwas glaubt, ist es "der gesunde Menschenverstand gewöhnlicher Meschen... seit ich überhaupt irgendein politisches Bewußtsein hatte, war ich immer auf der Seite der Verlierer". Der Essayist Brian Morton schrieb kürzlich, daß "viele Amerikaner nicht mehr davon überzeugt sind, daß unsere Regierung das Recht hat, jedes Land, das es will, zu zerstören - und das ist zum großen Teil Chomskys Verdienst". Der verstorbene Francis Hope schrieb über ihn: "Leute wie er sind gefährlich; ihr Fehlen ist eine Katastrophe."

Ich habe jahrelang mit Chomsky korrespondiert, ihn aber erst 1989 persönlich getroffen. Ich ging damals zu einer Veranstaltung in einer überfüllten Halle in Battersea, um ihn sprechen zu hören, und zu meiner Überraschung fand ich keinen routinierten Redner vor, sondern einen freundlichen, bescheidenen Mann, der eine gewinnende Atmosphäre der Anarchie um sich verbreitete. Man konnte ihn kaum über die dritte Reihe hinaus verstehen, und er verwendete ein Gutteil seiner Mühe darauf, auf die weitschweifigen Unterbrechungen eines Zwischenrufers zu antworten. Sein Engagement für das Prinzip der Meinungsfreiheit, das Prinzip, das "die Stimme eines jeden gehört werden muß", hat ihn oft in Schwierigkeiten gebracht; der Mann, der Brandreden gegen ihn hielt und dessen Recht, angehört zu werden, er dennoch verteidigte, verfocht neofaschistische Ansichten. Chomsky machte den Eindruck eines humanen und sehr moralischen Menschen auf mich, und ich mochte ihn.

Auf jeden Fall widerspricht seine Sanftmut dem Bild des Aufrührers; sie erinnert mich an die Beschreibung, die Norman Mailer, der nach dem Marsch auf das Pentagon 1967 eine Gefängniszelle mit ihm teilte, in seinem Buch *Heere in der Nacht* von ihm gab: ein schlanker Mann mit scharfgeschnittenen Zügen und asketischem Gesichtsausdruck, den eine Atmosphäre von Milde, aber gleichzeitig von absolute moralischer Integrität umgab". Davon abgesehen hat er viel Humor; sein Gebrauch von Farce und Ironie, der oft als Sarkasmus mißverstanden wird, ermöglicht es ihm, aus offizöse Verlautbarungen und Formulierungen deren wahren Gehalt herauszuschälen.

Als ich ihn traf, fragte ich ihn danach, besonders nach dem Gewicht gängiger politischer Bezeichnungen wie "Gemäßigter" und "Extremist".

Er sagte: "In gebildeten Kreisen werden sie sehr ernst genommen. Kein Journalist, kein Intellektueller, kein Schriftsteller kann einfach die Wahrheit über den Vietnamkrieg sagen, nämlich daß die Vereinigten Staaten Südvietnam angriffen. So etwas zu sagen, ist nicht gemäßigt... In den dreißiger Jahren bezeichnete die amerikanische Regierung Hitler als einen Gemäßigten, der zwischen den Extremisten der Linken und der Rechten stand; daher mußten wir ihn unterstützen. Auch Mussolini galt als Gemäßigter. Mitte der achtziger Jahre war Saddam Hussein ein Gemäßigter, der zur 'Stabilität' beitrug. General Suharto von Indonesien wird häufig und immer wieder als Gemäßigter bezeichnet. Seit 1965, als er an die Macht kam, wobei er vielleicht 700.000 Menschen abschlachtete, haben die *New York Times* und andere Zeitungen ihn als den Führer der indonesischen Gemäßigten ausgemacht."

Ich sagte: "Aber Sie werden oft als Extremist bezeichnet."



"Sicher, ich bin ein Extremist, weil ein Gemäßigter jeder ist, der die Macht des Westens unterstützt, und ein Extremist jeder, der sich gegen sie wendet. Nehmen wir zum Beispiel George Kennan, den amerikanischen Strategen des Kalten Kriegs nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war einer der führenden Architekten der heutigen Welt und stand auf dem "linken" oder pazifistischen Flügel des Spektums der US-Planer. Als er Vorsitzender des politischen Planungsstabs war, sagte er - in internen Dokumenten, natürlich nicht öffentlich - ganz explizit, wenn wir die Diskrepanz zwischen unserem enormen Reichtum und dem Elend aller anderen aufrechterhalten wollten, müßten wir verschwommene und idealistiche Slogans über Menschenrechte, Demokratisierung und die Hebung des Lebensstandards beiseite lassen statt dessen und in reinen Machtkonzepten denken. Aber es ist selten, daß jemand so ehrlich ist.

Ich sagte: "Sie haben einige spektakulären Auseinandersetzungen hinter sich. Arthur Schlesinger hat Sie angeklagt, die intellektuelle Tradition zu verraten."

"Das stimmt, da bin ich mit ihm einer Meinung. Die intellektuelle Tradition ist eine Tradition der Dienstbarkeit gegenüber der Macht, und wenn ich sie nicht verraten würde, müßte ich mich meiner selbst schämen."

Ich erinnerte ihn daran, daß er Schlesinger und andere Liberale beschuldigt hatte, eine "Weltliche Preisterschaft" zu bilden, die die US-Regierung in einer Reihe übler außenpolitischer Aktivitäten unterstütze. Ob er diesen Punkt untermauern könne?

"Ja, durchaus, ich habe das dokumentiert. Den Begriff 'weltliche Priesterschaft' habe ich in Wirklichkeit von Isaiah Berlin entliehen, der ihn auf die russische Kommissarsklasse anwendete; und natürlich haben auch wir eine derartige Preisterschaft. 'Kommissar' ist ein zutreffender und brauchbarer Ausdruck. In sämtlichen Ländern dominieren die geachteten und respektablen Intellektuellen, die einer äußeren Macht dienen, das Bild. Wir mögen zwar die sowjetischen Dissidenten ehren, aber in der Sowjetunion wurden sie nicht geehrt, sondern in den Schmutz gezogen. Die Leute, die geachtet waren, waren die Kommissare, und dieser Sachverhalt reicht weit in die Geschichte zurück. Den Erzählungen der Bibel zufolge waren es regelmäßig die falschen Propheten, die Ehre und Anerkennung genossen. Diejenigen, die wir heute als die Propheen bezeichnen, wurden zu ihrer Zeit ins Gefängnis geworfen oder in die Wüste verjagt und was sonst noch. Wenn etwa ein britischer Intellektueller vulgäre Rechtfertigungen für Greueltaten der US-Regierung verbreitet, unterscheidet sich das in keiner Weise von den vulgären Rechtfertigungen irgendwelcher amerikanischer Intelektueller für Stalin."

Ich sagte: " Ihre Bücher werden in der amerikanischen Mainstreampresse fast nie besprochen, und man bittet Sie dort nie um Gastkommentare. Hat man Sie in den etablierten Kreisen zur Unperson erklärt?"

"Oh ja. Tatsächlich würde ich mich fragen, was ich falsch mache, wenn das nicht der Fall wäre... Nehmen Sie zum Beispiel Boston, die Stadt, in der ich lebe. Der *Boston Globe* ist wahrscheinlich die liberalste Zeitung der Vereinigten Staaten. Ich habe viele Freunde beim *Globe*. Sie dürfen nicht nur meine Bücher nicht bespechen, sie dürfen sie nicht einmal auf die Liste der Bücher der Bostoner Autoren setzen! Tatsächlich hat der für Buchbesprechungen zuständige Redakteur gesagt, keines meiner Bücher dürfe besprochen werden, und auch von den Büchern von South End Press, dem Bostoner Verlagskollektiv werde keines je besprochen werden, solange dort Bücher von mir herauskommen würden."

Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß seine Angriffe hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten abzielten und daß er oft von der "schlechten Seite" Amerikas spräche. Und doch behaupte er, Amerika sei wahrscheinlich die freieste Gesellschaft der Geschichte. Ob darin nicht ein grundlegender Widerspruch liege?

"Nein. Die Vereinigten Staaten sind in der Tat die freieste Gesellschaft der Welt. Der Grad der Freiheit und des Schutzes der Redefreiheit hat nirgendwo sonst eine Parallele. Das war kein Geschenk; es verhält sich ja nicht deshalb so, weil es in der Verfassung steht. Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten sehr repressiv, wahrscheinlich noch repressiver als England. Der große Durchbruch kam 1964, als das Gesetz über aufrührerische Verleumdung für nichtig erklärt wurde. Dieses Gesetz erklärte grundsätzliche Kritik an der Staatsgewalt zum Verbrechen. Es wurde damals im Verlauf der Bürgerrechtskämpfe für verfassungswidrig erklärt. Nur der Kampf der Menchen selbst schützt die Freiheit."

"Aber wenn Amerika die freieste Gesellschaft der Welt ist, wo ist denn dann die systematische Unterdrückung, die Sie so oft angreifen?"

"Im neunzehnten Jahrhundert war Großbritannien eines der freiesten Länder der Welt und hatte dennoch eine

schauerliche Bilanz von Greueltaten. Es gibt ganz einfach keine Korrelation zwischen der Freiheit im Inneren eines Landes und der Gewalt, die es nach außen anwendet. In den Vereinigten Staaten, die wahrscheinlich das ausgefeilteste System doktrinären Mangements besitzen, kommt natürlich gerade dieser Faktor noch erschwerend hinzu. Wir müssen uns klar machen, daß der grundlegende Gedanke, der sich durch die gesamte moderne Geschichte und den modernen Liberalismus zieht, besagt, daß die Bevölkerung marginalisiert werden muß.

In diesem System betrachtet man die Bevölkerung als Ganze lediglich als Ansammlung unwissender und lästiger Außenseiter, eine verwirrte Schafherde. Und es sind die verantwortlichen Männer, die die Entscheidung treffen und die Gesellschaft vor dem Stampfen und der Wut der verwirrten Herde beschützen müssen. Da wir aber in Demokratien leben, erlaubt man den Leuten - der verwirrten Herde - gelegentlich, ihr Gewicht zugunsten des einen oder anderen Mitglieds der verantwortlichen Klasse in die Waagschale zu werfen. Das nennt man dann Wahlen."

Ich erwähnte den Vorfall in der Town Hall von Battersea, bei dem er das Recht des Neofaschisten, ihn mit Zwischenrufen zu stören, verteidigte. "Gilt dieses Recht Ihrer Ansicht nach für jeden?" fragte ich.

"Ja. Wenn wir nicht an das Recht auf freie Meinungsäußerung für Menschen glauben, die wir nicht leiden können, glauben wir überhaupt nicht daran."

"Aber hat ein Rassist, der in Anwesenheit einer anderen ethnischen Gemeinschaft spricht und eine provozierende, gewalttätige Sprache verwendet, dasselbe Recht?"

"Natürlich. Nehmen wir einen Fall, den es wirklich gegeben hat. In Illinois gibt es eine Stadt mit einem großen jüdischen Bevölkerungsanteil, in der viele Überlebende des Holocaust wohnen. Eine Gruppe von Nazis forderte das Recht, dort zu demonstrieren - das war sehr provokativ. Die amerikanische Bürgerrechtsunion ACLU verteidige ihr Recht dazu, und ich habe sie darin unterstützt."

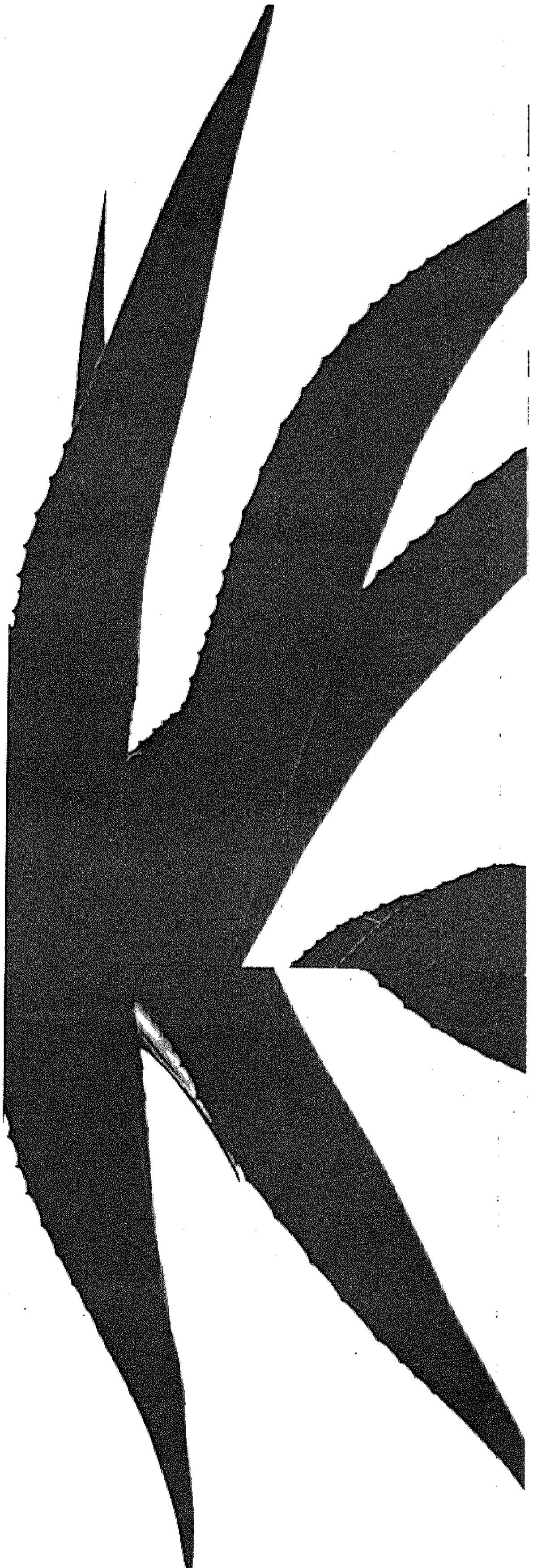
Ich fragte ihn, ob er das Recht auf "freie Rede" für jene unterstützen würde, die den Tod Salman Rushdies fordern.

"Unter gewissen Vorbehalten ja... aber da muß man fragen, ob es dabei um unmittelbare Anstiftung zu gewalttätigen Handlungen geht. Hier gibt es keinen klaren Lackmustest, aus dem klar hervorginge, wo die Grenze ist. Was Rushdie betrifft, bin auch ich der Meinung, daß wir da hart an diese Grenze herankommen. Ich meine, wenn wir an den Punkt kommen, wo jemand das Kommando zum Schießen gibt, und Rushdie befindet sich in unmittelbarer Nähe, dann fällt das *nicht* unter das Prinzip der freien Meinungsäußerung. Wenn es sich nur um jemanden handelt, der eine Rede hält, in der er sagt, "Ich finde, er sollte getötet werden", denke ich nicht, daß man ihn daran hindern sollte. Wo genau man hier die Scheidelinie ziehen soll, ist nicht leicht zu sagen, aber ich bin der Ansicht, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung von äußerst großer Bedeutung ist".

Es ist offensichtlich, daß Chomsky für seine abweichende Haltung einen hohen Preis bezahlt. " Es macht mich wütend," sagte er. "Ich werde zornig. Ich bin ein ziemlich sanfter Typ. Ich randaliere nicht herum, aber innerlich koche ich die ganze Zeit... Eine Menge von meinen Freunden können einfach nicht mehr, und ich kann sie verstehen. Es ist sehr kräftezehrend und sehr frustrierend."

Ich fragte ihn, was ihn dazu bringt, weiterzumachen. "Ich denke, man sollte die Belohnung nicht unterschätzen. Die Vereinigten Staaten sind heute ein ganz anderes Land als vor dreißig Jahren. Sie sind ein viel zivilisierteres Land geworden, jedenfalls außerhalb der gebildeten Kreise... Wir müssen heute das Bewußtsein des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts wiederbeleben, daß die autokratische Kontrolle über das Wirtschafssystem unerträglich ist. Heute findet in der ganzen Welt ein großangelegter Angriff auf die Demokratie statt, und es wird eine Art Weltregierung etabliert, zu deren Institutionen der Internationale Währungsfonds und die Welbank und die Welthandelsorganisation gehören. Das müssen wir verstehen... Und wir müssen dagegen kämpfen."

Vorabdruck aus einem neuen Chomsky-Reader im Philo-Verlag, erscheint Anfang 1999

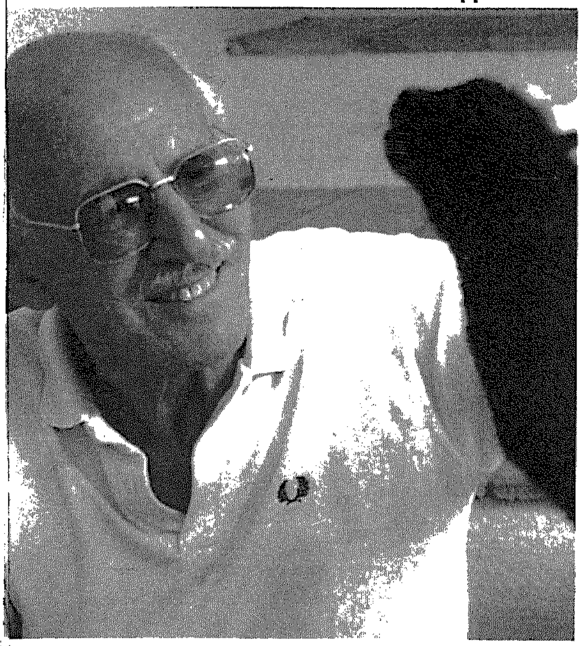


NACHRUF auf JAKOB SUHL

Der Freundeskreis von "Dinge der Zeit" trauert um den Verlust seines Mitarbeiters Jakob Suhl, der am 5.Mai 1998 im Alter von 75 Jahren einem Krebsleiden erlag.

Jakob Suhl wurde als zweiter von drei Brüdern am 28.November 1922 im Leipzig geboren. Er war noch ein Schuljunge, als 1933 die Nazis an die Macht kamen. Da sein Vater, Professor der Literatur und Philosophie, politisch engagiert war, wurde er von den neuen Herren Deutschlands verfolgt und musste seine Familie verlassen. Er flüchtete über die Schweiz nach den USA. Jakobs Brüder, der ältere Ben, der jüngere Emanuel und zuletzt er selbst folgten: aus ihrer Heimat vertrieben, zehn Mark in der Tasche (mehr war nicht erlaubt), hatten sie ihre Freunde, ihre Sprache und die Kultur ihres Landes verloren. Ihre Versuche, auch die Mutter aus Deutschland herauszuholen, scheiterten. Sie wurde auf einem Transport nach Ravensbrück von SS-Leuten erschossen.

In den USA schlug sich Jakob als Arbeiter durch. Freunde berichten, dass er anfänglich in sehr primitiven Verhältnissen leben musste. An Wochenenden nahm er an Treffen der Gruppe um die Zeitung "Unser Wort", das Organ stalinfeindlicher, links orientierter deutscher Emigranten, teil, zu denen auch sein 9 Jahre älterer Bruder Ben gehörte.



Seine ursprünglichen Versuche, Buchhalter zu werden, gab Jakob Suhl auf. Er zog es vor, ein Arbeiter unter Arbeitern zu sein. Es gelang ihm jedoch nicht, die Arbeiter gemäss seinen politischen Vorstellungen zu radikalisieren. Nach acht Jahren als Werkzeugmacher hörte er auf und arbeitete für kurze Zeit bei einem Juwelier, hielt es aber auch bei dieser geisttötenden Arbeit nicht lange aus. Durch Freundschaft erhielt er die Gelgenheit, als Partner beim anfangs sehr mühsamen, später jedoch erfolgreichen Aufbau einer Fabrik in der Plastik-Industrie mitzuarbeiten. Dort fand er genug freie Stunden, um Hegel zu lesen und Sprachen zu studieren. Die seit Sommer 1947 von der bereits erwähnten Emigrantengruppe unter der Anleitung von Joseph Weber herausgegebene Zeitschrift "Dinge der Zeit" verfolgte er mit grossem Interesse. In den fünfziger Jahren bildete sich in New York eine kleine Gruppe, die die Zeitschrift "Contemporary Issues" unter den gleichen Bedingungen wie denjenigen von "Dinge der Zeit" veröffentlichte. Die Besprechung aktueller wie auch prinzipieller Themen sowie die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Besetzung Ungarns durch die Sowjetrussen und gegen den Vietnam-Krieg waren Schwerpunkte der Aktivitäten dieser Gruppe.

Jack (die englische Version des Vornamens Jakob) schrieb folgende Artikel für die Zeitschrift "Contemporary Issues":

1964: "Hannah Ahrend's 'Eichmann' und
"Hochhut's Deputy: Triumph of Humanism"
1966: "Withdraw the troops" (aus Vietnam)

Ausserdem beteiligte er sich in der Zeitschrift "Dinge der Zeit" im Jahre 1968 (Heft 33) an der Diskussion um Herbert Marcuses Buch "Der eindimensionale Mensch" mit dem Artikel "Perspektiven".

Bereits im Alter von anfangs fünfzig war es Jack möglich, in den Ruhestand zu gehen: er wollte nicht länger als nötig erwerbstätig sein. Mit seiner Frau Leonore siedelte er nach Portugal über. Hier fand er Zeit, um Adorno, Horkheimer, Marcuse und Marx/Engels zu studieren und bald sprach er fliessend portugiesisch. Seine Bibliothek füllte sich, Zeitschriften wurden durchforscht und vor allem führte er eine lebhafte Korrespondenz über die politischen Dinge der Zeit. Zu seinen Briefpartnern gehörten neben den in den USA zurückgelassenen Freunden und denjenigen um "Dinge der Zeit" Günter Grass, Rolf Hochhuth, Noam Chomsky, Norman Fenkelstein u.a.

Nach dem Ableben von Fred Lohenbill und Paul Brass, Gründungsmitglieder von "Dinge der Zeit" wäre ein weiteres Erscheinen dieser Zeitschrift ohne die intensive Mitarbeit von Jakob Suhl nicht möglich gewesen. Nachstehende Beiträge wurden von ihm verfasst:

Heft 52/1988: "Zuviel Angst vor AIDS" unter dem Pseudonym (Sam Rosen)
Heft 54/1990: "Wie weiter in Russland?"
Heft 55/1992: " Brief an 'Die Zeit' und "Zur Kritik an Korjagin"
Heft 56/57/1994: "Ausländerhatz in Deutschland"
Heft 58/59/1997: "Goldhagen und die 'gewöhnlichen Deutschen'" und "Die Gefahr des jüdischen Fundamentalismus"

Insbesondere die letzten beiden Artikel führten zu einem lebhaften - teils kontroversen - Gedankenaustausch weit über den Freundeskreis von "Dinge der Zeit" hinaus. Ausserdem hat sich Jack grosse Verdienste bei der schwierigen Herausgabe des Sammlbandes von Joseph Webers Schriften erworben.

Jakob/Jack war überall beliebt durch seinen Frohsinn und seine Hilfsbereitschaft. Mit seinem scharfen Verstand und grossen Wissen schuf er sich viel Anerkennung. Den Freunden von "Dinge der Zeit" wird seine engagierte Mitarbeit in steter Erinnerung bleiben.

Zürich, den 26. September 1998

„Im Gewerbegebiet Rödelheim“



Eine Diskussion über politische Zentren

SF Redaktion

Fotos: Wolfgang Müller

Bis in die neunziger Jahre hinein gab es mehrere Orte/ Zentren linksradikaler Politik in Frankfurt: Seit einigen Jahren verschwinden diese in einem lautlos schleichenden Prozess. Das sogenannte "autonome Zentrum" Hinter der schönen Aussicht, das JUZ Bockenheim, das KOZ auf dem Campus existieren beispielsweise nicht mehr, das Dezentral wird im Mai nächsten Jahres schliessen. Die in den achtziger Jahre gegründeten Projekte waren zum Großteil nicht in der Lage, neue Gruppierungen zu integrieren. So daß dieser Zerfallsprozess nicht nur Ausdruck des Wandels poltischer Opposition in der Stadt ist, sondern ebenso Produkt einer hermeneutischen Vorstellung linksradikaler Politik ist.

Wir haben mit Mitgliedern des Dritte Welt Hauses, des Exzess und dem ehemaligen "Zentrum" in Frankfurt über ihre Konzeptionen und ihre Erfahrungen diskutiert. Nicht alle haben die Projekte von anfang an begleitet, was wir aber nicht als Nachteil erachten.

Was könnt ihr über die Geschichte des jeweiligen Zentrums sagen?

Ex1: Das Exzess war am Anfang das "Wohnzimmer" von einem von Sozialarbeitern betreuten Wohnprojekt in Bockenheim, ein Treffpunkt zum Biertrinken und 'Rumsitzen. Irgendwann gab es, in Absprache mit dem JuZ Bockenheim, eine Öffnungsregelung. Das Wohnzimmer wurde immer größer und es kamen immer mehr Freunde. Es hat sich eine Art Thekengruppe gebildet, die 3 Tage die Woche aufgemacht hat, wenn das JuZ Bockenheim geschlossen war. So wurde es dann Wohnzimmer und offener Raum für einen kleineren Teil der Subkulturszene der Stadt.

Ex2: Bis 1990 gab's das Café, das ist der vordere Bereich, das Foyer vom ehemaligen Kino. Dafür gab es zeitweise einen Vertrag mit dem Jugendamt, zeitweise nicht. 1990 gab es diese rechtliche Grundlage für die Benutzung dieses Raumes dann nicht mehr, aber es war klar: "Wir bleiben drin."

Ex1: Der Hintergrund dafür, daß es keinen Vertrag mehr gab, war, daß dort ein neues Jugendhaus für Bockenheim gebaut werden sollte und zwar - damals in Frankfurt sehr beliebt - für einige Millionen, nach städtischen Planungsideen, vollkommen sinnlos an dem realen Bedürfnis im Stadtteil vorbeigeplant. In diesem Jugendhaus sollten dann insgesamt 13 Jugendeinrichtungen Platz finden, die alle schon Räumlichkeiten hatten und auch reell schon arbeiteten. Mit denen haben wir uns in Verbindung gesetzt, gefragt ob sie das Jugendhaus wollen und gesagt: "Wir wollen was anderes entwickeln!" Nach diesen Vorgesprächen kam es dazu, daß wir am Tag des Vertragsablaufs ein "Exzess-Good-bye-Wochenende" veranstaltet haben, mit einem Konzert. Und auf einmal war ein Loch in der Wand und niemand weiß genau, wie es dazu kam. Durch dieses Loch blickten alle in das alte Schwanen-Kino, ein Raum von 400 qm, die Decke 7m hoch, also ein riesiger Raum, damals seit 5, 6 Jahren nicht mehr genutzt. Und für alle Besucher, die damals da drin waren, war klar: Genau das brauchen wir!

Zentrum: Die Vorgeschichte des Zentrums war eine starke Bewegung und die Gründung des Zentrums kam aus einer Situation der Stärke. Damals wurde gesagt, Wir schaffen uns einen Raum, in dem wir uns treffen können, in dem sich andere Gruppen treffen können, MigrantInnen, kleinere autonome politische Gruppen, subkulturelle etc. Mit denen sollte das Zentrum gemeinsam gestaltet werden. Es ist zwar wohl auch so, daß sich linksradikale Gruppen eher abgeschottet bewegen, aber wir wollten einen Mittelweg gehen. Also nicht nur für sich selbst einen Ort zu schaffen, sondern auch offene Bereiche wie VoKü oder Discos zu haben und damit Leuten Raum zu geben, die sich in dem politischen Spektrum wohl fühlen oder an dieser Atmosphäre Gefallen finden.
Der Name "Autonomes Zentrum" war von vornherein umstritten. Es war dann auch immer das "Zentrum Hinter der Schönen Aussicht".

DWH: Die ersten Anfänge des Dritte Welt-Hauses, eine Initiative zur Gründung, gab es etwa 1979. Offiziell eingeweiht wurde es dann im Oktober 81, in der Neuhofstraße. 1985 sind dann Räume in der Friesengasse angemietet worden, zu einem recht günstigen Preis, weil der Vermieter Mitglied im Dritte Welt-Haus war. Nachdem es mit ihm zum Zerwürfnis kam sind wir nach Rödelheim umgezogen, in die Westerbachstraße. Weil die Miete sehr teuer ist sind wir, neben den ganzen Mitgliederbeiträgen und Spenden, auf Stiftungsgelder von Amka z.B. oder Kirchen angewiesen. Außerdem haben wir in Rödelheim weniger Laufpublikum oder Leute, die einfach aus Interesse vorbeikommen, um das Medienarchiv zu nutzen, oder ähnliches. In Bockenheim war diese soziale Anbindung besser als in Rödelheim. Auch deshalb suchen wir jetzt wieder stärker nach Räumen in der Stadt.

Ex1: Warum macht man ein Dritte Welt-Haus ? Was war die Idee?

DWH: Ursprüngliches Vorbild war das Dritte Welt-Haus Bielefeld. Ich habe diese Anfänge auch nicht genau mitgekriegt. Es haben sich damals wohl viele Leute in der Süd Afrika-Bewegung, dem Früchte-Boykott, engagiert, auch Leute, die in der Mittelamerika-Bewegung waren. Das war damals - Anfang der 80er Jahre - sehr viel präsenter im öffentlichen Leben. Um der Internationalismus-Bewegung einen stärkeren Ausdruck zu verleihen, Veranstaltungen zu machen, um auch auf eine Bibliothek zurückgreifen zu können, wurde dieses Haus gemacht. Ich weiß nicht, ob das Konzept überworfen ist, aber die Gruppen, die zu Mittelamerika gearbeitet haben, die gibt es fast alle nicht mehr. Es gibt zwar noch so eine Art Bewegung, aber große Teile sind in Institutionen gelandet, z.B. mit Städtepartnerschaften.

Ex1: Das heißt, das Dritte Welt-Haus war weniger soziale Struktur als im Zentrum oder Exzess, sondern mehr so ein Ausdruck der Solidarität mit anderen?

DWH: Ja. Ich denke auch, die einzelnen Gruppen im Dritte Welt-Haus haben eine sehr unterschiedliche Geschichte und einen unterschiedlichen Arbeitsansatz. Das Oberdach "Dritte Welt" haben da viele gemeinsam, aber jede Gruppe macht ihr Ding und es läuft wenig gemeinsam. Zu der politischen Bestimmung hier gab's auch viele Streitpunkte, wo man sich jetzt einklinkt oder nicht. Klar, es waren alles so mehr oder weniger Linke, aus sehr unterschiedlichen Spektren, ein sehr bunter Haufen, der sich eigentlich zum Thema Internationalismus zusammengefunden hat und da konkret etwas gemacht hat.

Warum gibt es mehrere Ort? Wo sind die Nähen, wo sind die Unterschiede? Es muß ja einen Grund haben, warum sich hier in Frankfurt mehrere relativ wichtige Zentren ausgebildet haben. Und es wäre interessant, zu wissen, warum sich nicht alle zusammengetan und gesagt haben, wir machen eins?

Zentrum: Im Zentrum gab es den Anspruch, in einem Plenum zu einer gemeinsamen Position zu kommen, wie man es organisiert oder politisch sich einmischt. Darüber wurde sehr lange gestritten. Das Dritte Welt-Haus hat, im Gegensatz dazu, eher eine Geschichte, sehr unterschiedliche Sachen aufzugreifen und sich politisch einzumischen - z.B. Protestnoten zu verschicken, wenn in der Stadt etwas passiert - und nicht unbedingt zwischen den Gruppen im Haus, Dinge ausdiskutieren. Das ist ein

großer Unterschied, ob du jetzt sagst, das ist dein Zentrum, wo du auch eine bestimmte politische Richtung für dich diskutieren willst, und dir auch wichtig ist, das gemeinsam rauszukriegen. Oder ob, wie im DWH, Dinge eher so nebeneinander stehenbleiben können und der Anspruch gar nicht da ist, daß jede Gruppe alles tragen muß. Nähen bestehen dann wiederum darin, wie der Alltag in so einem Haus strukturiert ist, daß man z.B. gegen Machtstrukturen ist.

Wie ist das mit dem Verhältnis zwischen Zentrum und Exzess gewesen?

Ex2: Die Entstehungsgeschichte des Ladens war, wie gesagt, eher dieser subkulturelle, nicht direkt politisch bestimmte Rahmen - was nicht heißt unpolitisch, aber politisch nicht als bestimmtes Konzept oder als bestimmte Szene. Wenn ich mich recht erinnere, war die Antifa-Gruppe eigentlich auch die erste, die sich in weitestem Sinne politisch betätigt hat. Das Ex ist wirklich ein sehr bunter Haufen, also noch viel heterogener, als das DWH - das reicht von Bands, die im Keller proben und mit der "Politszene" überhaupt nichts zu tun haben, über die Theatergruppe, die ich nicht mal im weitesten Sinne als Linke bezeichnen würde, bis hin zu Antifa-Gruppen, Frauenkneipe. Wahrscheinlich wäre es gar nicht möglich, in ganz konkreten politischen Fragen zum Konsens zu kommen. Gerade in der Zeit, als das Zentrum vorbereitet wurde, gab's noch dazu natürlich auch mehr oder weniger begründete Differenzen, zumindest zwischen einzelnen Leuten und Gruppen. Das hat dazu geführt, daß manche Leute aus dem Ex nicht ins Zentrum gegangen sind und umgekehrt.

Zentrum: Findet ihr falsch, zu sagen, daß in der Zeit als die Antifa-Gruppen stärker geworden sind sich im Exzess viel heimischer gefühlt haben oder auch in Frankfurt ihren Ursprung eher im Exzess haben, als im Zentrum? Im Zentrum gab's zwar auch Antifa-Diskussionen, aber es gab nie eine Antifa-Gruppe. Zu bestimmten Demonstrationen oder Aufmärschen wurde dort auch diskutiert und mobilisiert, aber es ist da ja keine Gruppenstruktur entstanden. Ich würde sagen, da gab es auch eine inhaltliche Teilung oder auch einen Unterschied zwischen der älteren Struktur im Zentrum und einer jüngeren Struktur, die mehr Antifa-Sachen gemacht und sich eben im Exzess getroffen hat.



Ex2: Die meisten im Ex haben sich auch in der Punkrock-Szene wohler gefühlt.

Ex1: Es gab immer wieder Kooperationen, wie z.B. während des Golfkrieges, wo mit dem Zentrum, dem Dezentral und dem Exzess gemeinsame Demonstrationen durchgeführt wurden. Das würde ich als Kampagnenansatz definieren. Ein anderer Ansatz war die Buchmesse, wo verschiedene Veranstaltungen im Dritte Welt-Haus und Exzess gemeinsam durchgeführt wurden. Ich glaube, man sollte ansonsten nicht alles unter ein Dach packen wollen. Nicht weil wir alle so schön unterschiedlich sind, sondern weil die Vielfältigkeit auch unsere Stärke ist.

Wie sehen/sahen die inneren Strukturen aus, also wer entscheidet/entschied, wer setzt/e sich durch, wer macht/e Politik; wie wird/wurde Politik gemacht? Das Dritte Welt-Haus scheint, wenn ich das so richtig verstehe, relativ klare Entscheidungswege zu haben. Wenn ihr schnell reagieren wollt, dann wißt ihr, wer dafür zuständig ist und könnt auch schnell zu einer Entscheidung kommen. Liegt das am Grad der Formalisierung bei der Entscheidungsfindung?

DWH: Nein, ich denke das liegt auch an einem gut eingespielten Team.

Und es sind alle damit einverstanden, daß unter Umständen Entscheidungen getroffen werden, ohne daß man sie fragt?

DWH: Ja, das denke ich schon. Im Vorstand oder im Haushalt sind Leute aus den Gruppen, sollten es jedenfalls sein. Der Rücklauf ist also da. Manchmal dauern Entscheidungsprozesse auch etwas länger als eine Woche, aber es läuft relativ gut.

Es gibt also so etwas wie ein Mandatsprinzip. Ich nehme an, im Exzess ist das anders. Wie kommen da Entscheidungen zustande? Wer setzt sich durch, gibt es wechselnde Koalitionen, haben alle die Möglichkeit mitzumischen oder fallen irgendwelche Leute raus?

Ex2: Unterschiedlich. Z.B. in Notsituationen, wenn der Laden direkt angegriffen wird - durch den Staat, in Form von Razzien, durch die Stadt oder wenn es einen Eklat in Form von physischen

Auseinandersetzungen gegeben hat - da steigt die Motivation der Leute, sich an Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen, das heißt am Plenum teilzunehmen. Das Entscheidungsgremium, die Instanz, ist eben das berühmte "Exzess-Sonntagsplenum", also ein Plenum für alle, die im Laden aktiv sind und Entscheidungen mittragen wollen und für MandatsträgerInnen o'er DeligiertInnen von den verschiedenen Gruppen. Das heißt, es gelingt relativ schnell zu reagieren, und die Reaktionen sind dann relativ einhellig.

Ex1: Das sind so die Notsituationen. Druck von außen führt in der Regel...

Ex2: ... zu einer absoluten Verdichtung nach innen. Das ist wirklich ein Automatismus, der von der Band über die Theathergruppe bis zur Partyszene reicht. Andere Entscheidungsfindungen sind dagegen schwieriger. Also "Entscheidungsfindung" heißt in der Regel Arbeitsdelegierung - wir haben das immer "HausmeisterInnen-Tätigkeit" des Plenums genannt. Das sind dann die 3 bis 12 Idioten, die sich da hinbemühen, alle zwei Wochen, und dann die "tollen" Aufgaben übernehmen, weil die eben anfallen. Und der Rest ist dann "Exzess", irgendwie. Das ist unsere Entscheidungsfindung.

Ex1: Es gab eine Zeit, da gab es eine andere Struktur, da war das Exzess-Plenum so eine Art Gruppe: "Wir machen das "Exzess", kümmern uns auch darum, deligieren auch mal Sachen weg, sind aber schon so ein kleiner Familienkreis." Das war in der Phase, in der der Druck von außen - Räumung, Abriss des Exzess und Neubau eines Jugendzentrums - am größten war. Ich denke es ist heute die einzige Möglichkeit zu sagen, alle Leute oder Gruppen, zumindest auf der DeligiertInnenebene, beteiligen sich an Entscheidungen oder akzeptieren die, die nun einmal fallen. Entscheidungsfindung war z.B. ein Riesenproblem in der Phase, wo es darum ging, "Wollen wir Verträge für das Exzess und, wenn ja, wie sollen die aussehen". Da ist mir dann schon mal durch den Kopf gegangen: Wenn man die Leute zur Selbstbestimmung zwingen muß, fast nötigen muß, also dann sieht's wirklich düster aus. Teilweise entsteht natürlich der Eindruck, daß da eine Gruppe ist, in der Regel Leute, die schon länger dabei sind, und daß das die sind, die Entscheidungen fällen. Da gibt es auch so eine Schwelle für Leute, sich einzuklinken. Aber es ist nicht nur schwierig, weil dieses Gremium sich abschottet von den anderen. Du kannst diesen Laden ja auch nutzen, ohne dir das, in der Regel nervige, Plenum reinzuziehen. Es ist schlicht einfacher wegzubleiben und diverse Entscheidungen, die getroffen werden, zu akzeptieren. Also eine gewisse Distanz und null Bock auf diese Entscheidungsfindungsstruktur ist weit verbreitet. Das ist ein permanentes Problem.

Aber offensichtlich ist es so, daß alle an Entscheidungsprozessen teilnehmen können und zwar mit demselben Mandat, oder mit demselben Gewicht. Ist das so?

Ex1: Ja, formal schon.

Wie ist es mit informellen Strukuren? So, wie du es gerade dargestellt hast, mischt die Karten, wer gerade da ist und nicht, wer vorher da ist.

Ex2: Es gibt schon auch eine Hierarchisierung. Die ist einfach da. Wenn die einen was sagen, dann wiegt es mehr, als wenn die anderen was sagen.

Gibt es darum Konflikte oder wird das so geschluckt?

Ex2 : Darüber gibt es schon Konflikte. Ja, da gibt es permanent Konflikte.

Und wie ist es bei euch im Zentrum gewesen?

Zentrum: Ich höre da schon viele Ähnlichkeiten heraus. Am Anfang war das Plenum schon wichtig, weil es im Zentrum über die ganze Zeit den Anspruch gab, eine homogene Gruppe zu sein und sich auszutauschen. Zum einen ist das dann immer mehr abgebröckelt. Zum anderen sind die Gruppen, die dann auch Diskos gemacht haben oder die Veranstaltungen gemacht haben, nicht mit eingestiegen, so daß die Gruppe, die das Zentrum aufgebaut hat in der Verantwortlichkeit unter sich geblieben ist. Der Anspruch, gemeinsam etwas zu



diskutieren, wurde dort aber auch gar nicht mehr eingelöst. Das waren fürchterliche Plena, z.T., bei denen nur noch über technics geredet wurde. Trotzdem kann man auch nicht leugnen, daß es informelle Strukturen gab. Wenn man jahrelang so etwas zusammen macht, kennt man sich. Man hat zu bestimmten Leuten einfach Vertrauen und ich glaube es ist dann sehr schwierig, als neue Gruppe da reinzukommen. Ich glaube zwar, daß im Zentrum alle froh waren, wenn welche gekommen sind. Dann aber tatsächlich auch so eine offene Struktur im Plenum zu haben, daß es eben genauso wiegt, ob du jetzt ein paar Tage im Zentrum bist oder Jahre, das haben wir so nicht geschafft. Ich finde das aber auch einen Anspruch, der sehr hoch ist und dachte immer, na ja, das müssen auch Leute verstehen könne, daß es diese informellen Strukturen gibt, nicht als Machtstrukturen, sondern einfach auch als Erfahrung. Trotzdem lief es schnell, als eine größere neue Gruppe reingekommen ist, gegeneinander: "Hier die Alten entscheiden und wir haben eigentlich keine Chance oder wenig Chance oder die lassen uns eigentlich da nicht rein." Und auf der anderen Seite war den Alten inzwischen klar geworden, daß sie immer weniger voneinander wollten und eigentlich wollten, daß neue Leute die Sache ein bißchen übernehmen oder mitmachen. Das stand sich so gegenüber und war nicht so schnell lösbar.

Ex2: Das Zentrum hat ja, zumindest in den Anfangsjahren, versucht eine einheitliche Meinung zu politischen Auseinandersetzungen zu bilden und damit nach außen zu treten.

Zentrum: Das stimmt. Aber es stimmt natürlich auch, daß das nicht richtig funktioniert hat, bis auf einige Punkte, wie z.B. die Diskussion, ob Männer und Frauen das Zentrum gemeinsam machen. Da gab es z.B. den Anspruch, daß hier die Männer ganz konkrete Diskussionen führen sollten. Wären diese Diskussionen nicht geführt worden, wären die Frauen aus dem Zentrum herausgegangen und es hätte in dieser Form nie existiert.

Zentrum2: In der Zeit als ich ins Zentrum gekommen bin, zur Tag-X-Kampagne 1993, kamen mir die Strukturen sehr hermetisch vor. Das ging auch anderen so, die zu dieser Zeit neu ins Zentrum kamen. Man wußte zwar, daß es Diskussionen gab, aber die schienen nicht offen zu sein, sondern internen Charakter zu haben. So war es zuerst sehr schwer für Neue, in diese Diskussionen zu kommen. Und diese Abgeschlossenheit war im Exzess nicht erfahrbar, das - jenseits von Szeneklüngel - ein offener Ort war.

Zentrum: Was du als hermetisch in Bezug auf das Zentrum bezeichnet hast würde ich eher als Drehen im eigenen

Kreis bezeichnen. Um den Anspruch gemeinsam zu diskutieren, gemeinsam Aktionen zu machen einzulösen, dazu sollte es auch untereinander stimmen. Und das ist ohne Anstoß von außen vielleicht gar nicht möglich, vielleicht sind wir auch daran gescheitert. Aber das mit offen oder nicht-offen zu deklarieren halte ich für schwierig.

Daß informelle Strukturen auch ein bißchen ignorant werden, gegenüber Veränderungen in einem Zentrum, das gibt's eben oder da muß man mit umgehen können. Es ging den Älteren in vielen Situationen sicher nicht darum, neuere Leute zu übergehen oder systematisch bestimmte Positionen auszugrenzen. Oft ist man bei Entscheidungen wirklich davon ausgegangen: "Hier, da spricht ja eigentlich auch nichts dagegen." Bis man dann merkt, daß man viel zu sehr von Vermutungen und eigenen Positionen ausgegangen ist. Und das ist vielleicht der Punkt, daß man früher einfach das Konzept hatte, sich auch nahe zu sein. Und daß das mit der Zeit einfach nicht mehr so war.

Eine Enttäuschung war auch das persönliche Auseinandersetzungen mit der Zeit so ein Raum eingenommen haben, das die Atmosphäre bestimmt nicht einladend gewesen ist. Das wir da nichts entgegensetzen konnten ist schon eine niederschmetternde Erfahrung.

längeres Schweigen

Ex1: Viele Entscheidungen sind natürlich gar nicht so gravierend, die können auch fünf Leute im Exzess auf ihre Kappe nehmen als Plenum. Aber es gab wirklich haarige Situationen, als es darum ging, Verträge zu schließen - wir hatten ja jahrelang keinen Vertrag. Da haben wir tatsächlich als "Rumpfplenum", das sich immer trifft, die Leute wirklich irgendwann genötigt, auf das Plena zu kommen. Und das hat lange gedauert, bestimmt über zwei Monate, bis wir zu der Entscheidung fähig waren, ob wir diese Verträge wollen. Wir hätten auch relativ einfach sagen können, daß wir das ja sowieso zwei Jahre vorher schon mal diskutiert hatten und hätten die damalige Entscheidung einfach übernehmen können. Aber es ging ja darum, Rückhalt von den Leuten zu haben, die gerade zu dem Zeitpunkt auch Exzess waren und gemacht haben.

Welchen Einfluß haben/hatten Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen auf die Zentren und ihre Strukturen?

Zentrum: Ich bin mir da unsicher, welchen Einfluß die gesellschaftlichen Bedingungen haben oder auch auf das Zentrum und seine innere Struktur gehabt haben. Wir suchen ja eigentlich die Gründe für alles, was nicht klappt, immer bei uns. Das ist im Zentrum eigentlich durchgängig so gewesen: Weil wir das nicht hingekriegt haben solidarischer mit uns umzugehen, genauer mit uns umzugehen oder auch Perspektiven zu entwickeln, Gruppen zu halten, deswegen ist das den Bach runtergegangen, so. Da ist natürlich auch etwas dran. Aber ich vermisse dann schon auch die Sicht nach außen. Wie viele kleine Initiativen entweder ein Stück eingekauft worden sind oder denen das Geld abgegraben wird, die absolut Schwierigkeiten haben, wenn sie von sich aus bestimmt hier auf die gesellschaftlichen Bedingungen einwirken wollen, daß auch sie absolut an die Wand gedrängt sind. Und von daher denke ich, daß einfach die repressive Stimmung uns auch erwischt, nach Bewegungszeit. Es ist einfach klar, in Frankfurt wird kein Haus mehr besetzt. Es gibt einfach keine Räume, die du dir so, erst einmal mit ein bißchen Energie und Frechheit, nehmen kannst. Sondern der Wind weht einfach ziemlich gegen dich. Auf der anderen Seite war ich natürlich enttäuscht, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen, die es gibt, z.B. auch MigrantInnengruppen, was sich hier auf der Straße entwickelt, in Kneipen oder sonstwo in ihren sozialen Zusammenhängen, daß die natürlich nicht ins Zentrum gekommen sind oder nur ansatzweise und da dann erst einmal keine Verbindlichkeiten übernommen haben. Daß wir da nicht mehr die Kraft gehabt haben, ein bißchen offener zu gucken oder uns einzumischen, wenn etwas war, das möchte ich nicht nur mit der Repression oder dem scharfen Wind begründen.

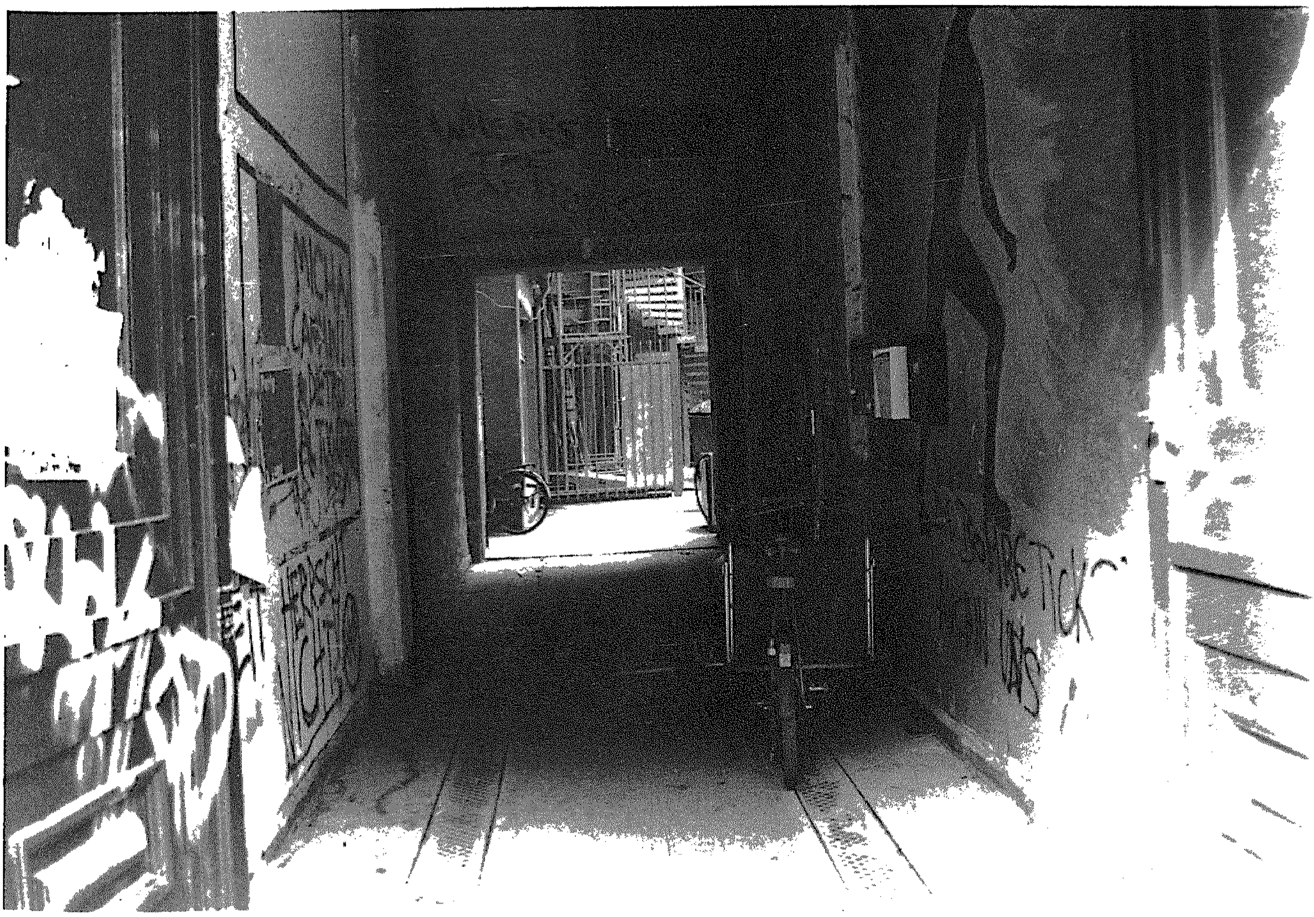
Ex2: Mir fällt zu diesem Punkt erst einmal auch ein, daß die relativ vielen Sachen, die in den letzten Jahren im Exzess gelaufen sind, nicht darüber hinwegtäuschen sollten, daß da nicht unbedingt die große Bewegung dahintersteht. Also es kann ja auch ein relativ kleiner Personenkreis ziemlich viel machen und ziemlich viel Aktivität an den Tag legen. Aber mir fällt zu gesellschaftlichen Bedingungen spontan ein ganz anderer Punkt ein, nämlich, daß wir von der Geldknappheit profitiert haben, die die Stadt Frankfurt hatte. Dieses Exzess wurde nicht erkämpft, durch eine starke Bewegung, die die Machtfrage in puncto Exzess gestellt hat. Das hat auch eine kleine Rolle gespielt, aber tatsächlich war der Punkt, daß die Stadt einfach froh war, irgendwie ihr Projekt vom Tisch zu kriegen, die schon bewilligten 12 Millionen, die aber nicht mehr da waren.

Ex1: Gesellschaftliche Veränderungen sind, denke ich, für das Exzess vielleicht auch einfacher, als für das Zentrum. Im Exzess hat es ja diesen Austausch der Aktiven gegeben, z.B. und zwar auch sehr stark. Aber er hat sich anders niedergeschlagen. Die Struktur blieb dieselbe, aber die Leute sind z.T. andere. Das ließ sich bei uns natürlich viel leichter austauschen, als im Zentrum, das mit der Debatte oder mit der Diskussion, die eine Gruppe mal geführt hat, stand und fiel.

Ich denke, beim Dritte Welt-Haus müßte man Veränderungen außen und Rückwirkungen im Haus doch relativ stark sehen, oder?

DWH: Ja klar, Kohle-Abhängigkeit, das ist immer ein ganz schwerwiegender Punkt. Ja, und die Leute sind im Prinzip die gleichen geblieben. Es gibt schon Zulauf von außen, auch von neuen MigrantInnengruppen, die Mitglied werden, aber im Grunde genommen so die Kerngruppe ist, denke ich, immer gleich geblieben. Es ist jetzt irgendwie nicht so der Schub von neuen Leuten da. Die Arbeitssituation der einzelnen verändert sich auch ziemlich. Früher waren halt mehr Studis da und jetzt sind es mehr Berufstätige. Von Leuten von der Uni gibt es z.B. keinen Zuwachs. Das ist eher ziemlich abgekappt, denke ich. Mit der Uni läuft relativ wenig und es gibt kaum Austausch.

Zentrum: Es tut sich aber gerade etwas anderes, was ich interessant finde. Inwieweit kriegen wir denn Kontakt und Zusammenhänge hin, mit dem, was sich hier auf der Straße tut? Denn es tut sich einiges, aber es formuliert sich



nicht links, nicht linksradikal, nicht antifaschistisch oder internationalistisch, erst einmal. Vielen paßt z.B. diese Sauberkeit hier in der Stadt nicht oder sie haben etwas gegen Übergriffe auf MigrantInnen oder sind selbst davon betroffen. Nur, es gibt die Zusammenhänge so immer noch nicht. Ich finde das eigentlich eine ganz schön offene Situation. Letztlich bin ich gar nicht so pessimistisch.

Versucht ihr oder habt ihr versucht, die Ideen, die innerhalb der Zentren entwickelt wurden nach außen zu bringen? Wie? Ist/War es möglich politische Ansätze zu popularisieren, um nicht immer im eigenen Sud zu kochen? Gibt/Gab es eine Außenwirkung.

DWH: Es wurden Schulklassen eingeladen, also ein Versuch, Informationspolitik zu machen, um das Spektrum zu erweitern. In Bockenheim war es sehr viel einfacher. Es kamen Leute vorbei, um die Bibliothek zu benutzen, weil dort Informationen zugänglich sind, die anderweitig gar nicht zu finden sind. Dieser öffentliche Zugang fehlt uns heute. Es gibt natürlich nach wie vor Seminare innerhalb und auch außerhalb des DWH, aber den öffentlichen Charakter, den das Haus früher hatte, hat es in Rödelheim nicht mehr. Es ist nach wie vor unser Anliegen, diesen Charakter wiederherzustellen. Das DWH war nie ein abgeschlossener Klüngel, ganz im Gegenteil. Die Gruppen arbeiten zwar an sehr spezifischen Punkten, aber es ist ja unsere Aufgabe, die Verbindung zwischen Trikont und hier aufzuzeigen, also daß der Trikont nicht nur "dort" ist, sondern auch hier, bzw. von hier bestimmt wird.

Du würdest also sagen, daß Versuche Öffentlichkeit herzustellen sehr an den Ort gebunden sind?

DWH: In der Westerbachstrasse ist es schwierig. Zu bestimmten Veranstaltungen kommen sehr viele Leute und zu anderen gar keine. So wurden einige Veranstaltungen ganz bewußt in anderen Stadtteilen gemacht, um Öffentlichkeit zu bekommen.

Ex2: Gerade bei öffentlichen Veranstaltungen spielt der Ort eine große Rolle...Die Frage nach der Außenwirkung ist für das Ex nicht einheitlich zu fassen. Die Antifa-Gruppe will sich z.B. erst einmal lediglich treffen, während der Infoladen nur gemacht wird, um nach außen zu treten - wenn auch nicht als politische Gruppe mit einem politischen Konzept. Von daher ist es schwierig zu sagen das Ex macht dies oder das.

Zentrum: Es gab anfangs Versuche, in die Breite zu wirken, z.B. wurden Frauengruppen eingeladen, Frauencafés gemacht etc. Aber so eine Breitenwirkung geht nicht so schnell. Daß das Konzept nicht aufgegangen ist hat meines Erachtens mit dem Schmoren linksradikaler Gruppen im eigenen Saft zu tun. Wir waren sehr stark mit uns beschäftigt....

War es jemals ein Anspruch des Zentrums, nach außen zu wirken? Oder war es die ganze Zeit über ein interner

Treff, wo es einzelnen Gruppen überlassen war, nach außen zu wirken?

Zentrum: Ich habe ja versucht es einzugrenzen. Es sollte keine ständige Einmischung in die Politik in der Stadt betrieben werden, sondern eher den Gruppen, die eine Nähe zu autonomer Politik hatten, Gelegenheit gegeben werden, am Zentrum teilzuhaben.

Ex1: Ein Unterschied zwischen Ex und Zentrum ist, daß das Zentrum sich ein Wohnzimmer geschaffen hat, während wir unseres verlassen haben. Das soll jetzt keine Kategorisierung in "gut" oder "schlecht" sein, eher eine Beschreibung der Atmosphäre der Räume. Die politische Außenwirkung ist für beide immer ein sehr großes Problem gewesen. Eine Wirkung ist natürlich die, daß gewisse Räumlichkeiten, Strukturen überhaupt nutzbar sind. Dem liegt die Selbstorganisierung - d.h. keinerlei abhängige Finanzierung - zugrunde, was an und für sich schon politische Wirkung ist. Wo das Exzess als Ganzes sehr stark nach außen gewirkt hat, war als die Nutzung für die Räume durchgesetzt wurde - es hatte ja vorher jahrelang einen "besetzt"-Status. Das Zentrum an sich hatte keine Außenwirkung, es hat nie als Zentrum Aktionen gemacht. Das waren immer die Gruppen im Zentrum. Das liegt aber auch am linken Tagespolitikverständnis, daß Sachen über Gruppen und nicht über Zentren organisiert werden. Das ist bei uns auch nicht anders. Beim Dritte Welt-Haus mag das noch einmal anders sein.

Ich würde jetzt gerne noch das Stichwort Perspektiven in die Runde werfen.

verhaltenes Gelächter

Wie sieht's denn aus im Dritte Welt-Haus, mit den Perspektiven?

DWH: Es geht voran.

großes Gelächter

Und im Ex?

Ex2: Praktisch oder politisch?

Gelächter

Zentrum: Trennst du das?

Ex1: Perspektive ist schwierig. Wir haben auch ein paar Sachen weggelassen. Das Zentrum ist ja nicht das einzige, auch das KOZ [Studi-Café an der Uni, das lange Zeit von einem Kollektiv geführt wurde und seit der polizeilichen Räumung, auf Veranlassung des damaligen rechten AStA, in der alten Form nicht mehr existiert.] und das JUZ Bockenheim sind weg. Es sind ein paar Räume weg, und das ist ein Problem in der Stadt, weil damit wirklich gesellschaftliche Bereiche wie z.B. dieUni, zum Großteil aufgegeben sind. Da fehlt einfach etwas. Das war vorher auch ein Ort, wo Politik gelaufen ist - von Golfkriegs-Politik bis hin zu Schwarzen Sheriffs im Stadtteil, Duldung von DrogenkonsumentInnen oder sonst irgend etwas. Das andere, was noch festzustellen ist, die starke Kulturlastigkeit, die mit einem großem Konsumdrang einhergeht. Die ist natürlich gesellschaftlich und nicht nur in der Linken sehr stark verankert, weil Konsum mittlerweile das einzige ist, was noch irgenwie einen Ausweg darzustellen scheint. Wir würden dabei noch sagen, linke Politik tut das auch, aber für die meisten Leute ist das halt nur noch Konsumkultur. Und damit haben wir schon auch ziemlich zu knapsen. Perspektive für den Laden wäre, daß die Offenheit bleiben muß. Das ist etwas sehr Wichtiges und das muß mittlerweile auch immer mehr durchgesetzt werden. Daß Kriterien beibehalten werden, wie z.B. möglichst geringe Preise, das finde ich ein wichtiges Kriterium für einen linken Laden. Und das ist auch immer schwieriger durchzusetzen. Von anderen AZs z.B. aus Süddeutschland wird uns immer vorgeworfen, wir würden die Preise ruinieren. Nicht weil sie so hoch sind, sondern im Gegenteil, die nehmen nämlich alle 12 bis 15 Mark. Die sagen: "Nur weil ihr keine Miete zahlt und so einen großen Saal habt, könnt ihr's für 10 Mark machen. Wir kriegen die Bands nicht mehr." Das nimmt alles so merkwürdige Dimensionen an, auch in der Linken.

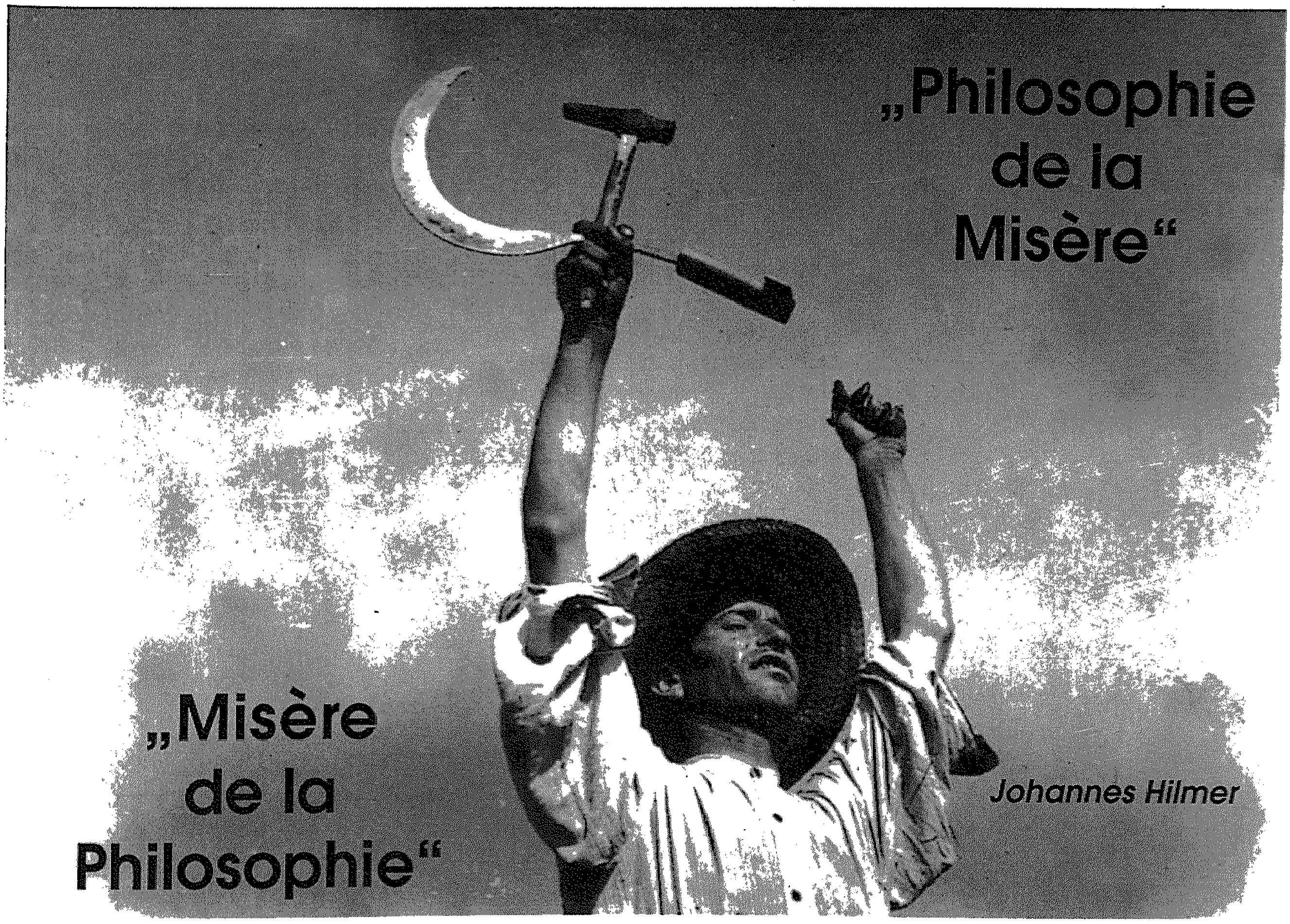
Zentrum: Ein konkretes Beispiel für mich wäre jetzt mal in Bockenheim. In Bockenheim regen sich alle auf, daß mehr gedealt wird, der Drogenbereich weite sich aus etc, und es gibt so gut wie null Reaktion, sondern nur Reaktionäres im Stadtteil. Warum sind nicht diejenigen, die bei euch so Konzerte machen oder die Diskos oder so nicht auch ziemlich schnell böse darüber, wie die Diskussion über Drogengebrauch läuft und mischen sich ein und setzen da mal eine Position dagegen. Das ist das, was ich gerne hätte, daß an solchen Stellen dann gesagt wird, da machen wir eine Gegenveranstaltung, laden andere Leute ein, fangen die Diskussion mal ganz anders an. Es gibt genügend Leute, die über Drogen anders denken und auch anders damit umgehen. Aber das politisch zu vertreten oder dann zu sagen, wir machen diese Veranstaltung, da gibt es ganz wenige.

Ex2: Das ist ja auch unbequemer und außerdem eine Auseinandersetzungsebene, die für viele Leute, schlicht und einfach nicht interessant ist. Das geht denen vollkommen am Arsch vorbei, solange nicht ihre eigene location, oder wie's auch immer heißt, in Gefahr ist.

Ex1: Ja, aber ich finde das zu verallgemeinert und auch schwierig, weil ich meine, das Antifa-Café geht ja auch nicht zur Bürgersprechstunde. Ich würde dem zustimmen, daß für das Ex der Ansatz wäre, stadtteilpolitische Sachen wieder mehr aufzugreifen. Ich denke, für die Läden würde allgemein anstehen, eine Kulturdebatte zu führen, über kurz oder lang, diese Kulturkonsum-Debatte. Für's Dritte Welt-Haus liegen die Ansätze, wahrscheinlich dann nochmal wo anders.

DWH: *(leise)* Im Gewerbegebiet Rödelheim.

Gelächter



„Philosophie de la Misère“

„Misère de la Philosophie“

Johannes Hilmer

Zwei Auffassungen von Sozialismus: Pierre-Joseph Proudhons „Philosophie de la Misère“ und Karl Marx‘ „Misère de la Philosophie“ oder warum Karl Marx einen wissenschaftlichen Disput mit Pierre-Joseph Proudhon aus dem Weg ging

Zur Aktualität einer über 150 Jahre alten Debatte

Wieso kann die Kenntnis der Auseinandersetzung zwischen Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) und Karl Marx (1818-1883), wie sie sich in ihren beiden Texten widerspiegelt, heute noch von Belang sein? Vielleicht weil sowohl Proudhon in seinem Buch „Système des contradictions économiques ou Philosophie de la Misère“ (1846) wie auch Marx in seinem Antworttext „Misère de la Philosophie“ (1847) sich mit dem Thema einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus beschäftigen. Selbst wenn momentan - im September 1998 - die Möglichkeit einer von Staat und Kapital befreiten Gesellschaft in weiter Ferne zu liegen scheint, so könnte eine Fortdauer der ökonomischen und politischen Krise in Rußland, die Ausweitung der Krise in Südostasien und Japan auf die VRChina, weitere ökonomische und politische Destabilisierungen in Lateinamerika auch die scheinbar noch stabilen kapitalistischen Zentren in Europa und den USA ins Wanken bringen und das Thema einer Alternative zum Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung der Geschichte stellen(1).

Die Notwendigkeit, über alternative Gesellschaftsformen nachzudenken und anzufangen, sie - wenn immer möglich - zu praktizieren, ergibt sich nicht zuletzt aus der nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“(2) entstandenen Utopielücke. Zahlreiche Linke, nicht nur in der BRD, schockiert vom Ende der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten, hatten die Vorstellung einer befreiten Gesellschaft zu den Akten gelegt. Der Aufschwung der neofaschistischen Parteien DVU, NPD und Republikaner ist u.a. auf dieses historische Versagen der deutschen Linken zurückzuführen.

Wenn mensch davon ausgeht, daß der Marxismus als politische Bewegung(4) vor allem an seiner autoritären Politik gescheitert ist, kann die Beschäftigung mit der Kontroverse zwischen Proudhon und Marx - die beide die Chance einer wissenschaftlichen Diskussion nicht wahrnahmen - in den genannten Texten zu der Erkenntnis beitragen, daß der Keim des Scheiterns des Kommunismus schon in einem sehr frühen Stadium des Marxschen Denkens und politischen Agierens angelegt war. (5)

Das historische Umfeld, in dem Proudhon und Marx 1846/47 sich bewegten

1. Die sozioökonomische und politische Situation in Frankreich und Preußen vor der Revolution 1848

Marx und Proudhon schreiben ihre Texte im beginnenden Industrialisierungsprozeß Frankreichs und Preußens, beide Länder waren noch von der Landwirtschaft geprägt und hatten gegenüber England einen Nachholbedarf bei der Entwicklung vor allem der Schwerindustrie. Frankreich war ökonomisch und politisch Preußen nicht zuletzt dank der Großen Revolution 1789 um einiges voraus. Während in Preußen noch bis 1848 der Adel die führende politische Schicht war - und auch nach der Revolution 1848 in einer Allianz mit der Bourgeoisie an den Schaltstellen der Macht saß -, gaben in Frankreich unter dem Bürgerkönig Louis Philippe, der von Juli 1830 bis zum Februar 1848 herrschte, eine Schicht von Grundeigentümern, Bankiers und Besitzern von Kohle- und Eisenbergwerken den Ton im Staat an. Wichtigster Teil der herrschenden Klasse waren zweifellos die Bankiers, die durch Übernahme der Staatsanleihen die wachsenden Defizite des französischen Staatshaushaltes finanzierten(6). Durch Manipulationen der Kurse dieser Anleihen waren die Bankiers imstande, riesige Spekulationsgewinne zu erzielen. Noch entschiedener als die republikanisch-demokratische Opposition, die sich vor allem auf die Industriebourgeoisie, Journalisten, Rechtsanwälte und Schriftsteller stützte, äußerten Handwerker und Arbeiter ihren Widerstand gegen die kapitalistische Industrialisierung, die sie mit Hunger, Krankheiten und Arbeitslosigkeit konfrontierte. Ein Streik der Lyoner Seidenarbeiter für höhere Löhne wurde von der fanzösischen Armee 1831 blutig niedergeschlagen, ein von denselben Arbeitern im Februar 1834 ausgerufener Generalstreik breitete sich über mehrere französische Städte bis nach Paris aus, wo der Ausnahmezustand verhängt werdenmußte.

Im September 1835 wurden - nach einem Attentatsversuch auf Louis Philippe - die berüchtigten Septembergesetze verabschiedet, mit denen die Julimonarchie die demokratische und revolutionäre Bewegung durch Zensur, Polizei und Gerichte unterdrücken konnte. Nicht zuletzt aus diesem Grund mußten die verschiedenen revolutionären Organisationen(7) in der Illegalität operieren.

Auch in Preußen setzte nach den Wiener Konferenzen von 1834 die Reaktion in voller Schärfe ein. Politische Vereine und oppositionelle Zeitungen wurden verboten. War Preußen bis 1848 noch eine konstitutionelle Monarchie, so entstanden 1814 bis 1819 in einigen süddeutschen Ländern Verfassungen mit etwas demokratischerem Charakter. In Baden wurde z.B. das Wahlrecht ohne Bevorzugung des Großgrundbesitzes und mit nur beschränktem Zensus eingeführt. Außer der demokratischen Opposition, die sich aus dem Bürgertum, Handwerkern und Studenten zusammensetzte, machte auch in Preußen die Arbeiterklasse in kollektiven Aktionen auf ihre Forderungen aufmerksam, am eindringlichsten in dem schlesischen Weberaufstand 1844.

2 Sozialismuskonzeptionen in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts

Marx und Proudhon betraten bei ihrer Kontroverse über die Ziele und Wege einer sozialistischen Gesellschaft keineswegs Neuland. In der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts existierten allein in Westeuropa eine Fülle von Sozialismusvorstellungen, die von der Gütergemeinschaft bis zu staatssozialistsichen Ansätzen reichte.

Während Claude-Henri de Saint-Simon (1760-1825), Louis Blanc (1811-1882), Etienne Cabet (1788-1856), Louis-Auguste Blanqui (1805-1881) und Johann Karl Rodbertus (1805-1875) im Staat - sei es der bestehende, sei es ein zukünftiger und revolutionärer - den entscheidenden Hebel sahen, der - auch mit diktatorischen Mitteln - den Sozialismus etablieren sollte, favorisierten Charles Fourier (1772-1837), Robert Owen (1771-1858), Pierre Lerroux (1797-1871) und Wilhelm Weitling (1808-1871) eher dezentrale Assoziationen auf dem Lande und in der Fabrik.

Die Charakterisierung dieser Menschen als Früh- oder utopische Sozialisten geht auf die Marxsche Definition seines Sozialismus als des „Wissen-



Foto: Xavier Lambours

schaftlichen Sozialismus" zurück. Dabei war es Proudhon, der schon 1844 diesen Ausdruck für seine Bemühungen, den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, entwickelte. Zu dieser Zeit sah Marx noch in der Philosophie Ludwig Feuerbachs eine mögliche Grundlage des Sozialismus!

Marx' „Misère" ist für seinen Verfasser ein erster entscheidender Versuch, seine Definition von Sozialismus als die allein gültige im Bund der Gerechten und in der internationalen Arbeiterbewegung durchzusetzen.

3 Der Bund der Gerechten und seine Umwandlung in den Bund der Kommunisten im Juni 1847 in London

Der Bund der Gerechten ging 1836 aus einer Abspaltung von dem 1834 gegründeten Bund der Geächteten hervor, der wiederum nach dem Verbot des Deutschen Volksvereins ins Leben gerufen worden war. Beide Bünde - wie sein Vorgänger - setzten sich aus deutschen Handwerksgesellen zusammen, die aus ökonomischen und politischen Gründen nach Paris emigriert waren. Nach einem vom Bund der Gerechten im Mai 1839 unterstützten und gescheiterten Aufstandsversuch in Paris setzte innerhalb des noch durch Reste einer Geheimgesellschaft gekennzeichneten Bundes eine Diskussion ein, in deren Verlauf es neben der innerorganisatorischen Demokratisierung um inhaltliche Fragen ging.

Dominierten bis Anfang und Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts eher religiöse Begründungen des Sozialismus - wie z.B. in dem seit 1838 als Programmschrift des Bundes geltenden Werk Weitlings „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte" -, so trat im Zuge der Verbreitung der Religionskritik eines Ludwig Feuerbach eine theoretische Lücke auf, die Marx und Engels mit ihrer kommunistischen Theorie zu füllen versprachen. Vor allem die von Marx betonte Inernationalität der Ausbeutung der Arbeiter durch die Bourgeoisie dürfte den Bedürfnissen vieler Mitglieder des Bundes

der Gerechten, die sich in erster Linie als Arbeiter - und nicht als Handwerker - verstanden, entgegengekommen sein.

Bei der Umwandlung des Bundes der Gerechten in den Bund der Kommunisten im Juni 1847(8) spielte die „Misère" von Marx als de facto Programmschrift eine wichtige Rolle. Die Zentralbehörde des Bundes verordnete den Mitgliedern die „Misère" als Pflichtlektüre und forderte den Ausschluß aller Mitglieder, die sich nicht die in der „Misère" entwickelten Aufassungen zu eigen machten.

Zusammengefaßt entwirft und vertieft Marx in der „Misère" seine These von der revolutionären Rolle des Proletariats, das in ökonomischen Kämpfen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen sich zur „Klasse für sich selbst" entwickelt und im politischen Kampf gegen die Bourgeoisie alle Klassen, jede Klassenherrschaft und den Staat abschafft.

Mit dem Ausschluß einer ganzen Pariser Gemeinde - bis auf zwei Mitglieder - im Oktober 1847(9) war es Marx gelungen, den bis dahin bestehenden Diskussionszusammenhang der verschiedenen sozialistischen Strömungen zu sprengen und sich selbst als Cheftheoretiker des Proletariats zu nominieren. Alle Versuche, z.B. seitens des Londoner Kommunistischen Korrespondenzkomitees, für ein Miteinander konkurrierenden Richtungen innerhalb des Bundes der Kommunisten zu werben, waren fehlgeschlagen. Mit der Annahme der von Engels verfaßten „Grundsätze des Kommunismus" auf dem zweiten Kongreß des Bundes der Kommunisten im November 1847 war die politische Ausrichtung des Bundes vollendet.

„Philosophie de la Misère" oder „Misère de la Philosophie"?

Daß die „Misère" für Marx vor allem politisches Kampfmittel war, um Proudhon und andere als Konkurrenten um die Führung der internationalen Arbeiterbewegung zu verdrängen, merkt man dem Text an! Marx geht fast gar nicht auf die Inhalte in Proudhons Text „Système des contradictions économiques ou Philosophie de la Misère" ein, sondernlegt nur seine eigenen Anschauungen dar.

Proudhon geht in seinem Werk von einer Beschreibung und Analyse des sich industrialisierenden Frankreichs aus und ordnet die dabei entdeckten Tatsachen einem kategorialen System von Antinomien (unlösbaren Widersprüchen) unter. Die Entwicklungsdynamik dieser Kategorien(10) wird in einem quasi naturgesetzlich ablaufenden Prozeß jedes arbeitslose Einkommen beseitigen, die Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiter überführen und den gerechten Tausch der Produkte der einzelnen und assoziierten Produzenten herbeiführen(11).

Auch Marx geht von einem deterministisch, also vorherbestimmten Ablauf der Geschichte aus, in dem das Proletariat als das revolutionäre Subjekt die klassenlose Gesellschaft anstrebt (12). Dabei analysiert Marx in der „Misère" erst ansatzweise die bisherige Geschichte des Kapitalismus, um daraus Schlußfolgerungen für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft zu ziehen.

Daß Marx aber noch am Beginn seiner wissenschaftlichen Arbeit, der Analyse des Kapitals, steht, zeigt seine oberflächliche Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus. Erst 1849 wird sich Marx im Britischen Museum in London ernsthaft mit dem Studium der Politischen Ökonomie beschäftigen.

Neben der oben (II.3) zusammengefaßten These entfacht Marx in der „Misère" eine wütende Polemik gegen Proudhon. Ein Grund dafür - neben dem Bestreben, sich an die Spitze der revolutionären Arbeiterbewegung zu setzen - dürfte in dem Versuch liegen, Einflüsse und Spuren der ökonomischen Forschungen Proudhons auf ihn zu verwischen. Noch in der „Heiligen Familie" (1844) hatte Marx den Verfasser von „Was ist das Eigentum?" (1840) überschwenglich als Theoretiker des Proletariats gefeiert. U.a. hatte Proudhon in dieser Schrift, die durch den Satz „Eigentum ist Diebstahl"(13) berühmt geworden ist, Überlegungen zum Phänomen des Mehrwerts angestellt, der u.a. aus der unbezahlten Aneignung der vereinigten Kräfte („forces collectives") der beschäftigten Arbeiter entstehe. Erst Proudhons gründliche Kritik des Privateigentums hatte Marx die kritische Verarbeitung der Feuerbachschen Philosophie in der „Heiligen Familie" (1844) und den „Thesen über Feuerbach" (1845/1846) ermöglicht.

Vor allem aber versucht Marx, in und mit der „Misère", Proudhon als politischen Gegner zu vernichten. Dazu ist ihm jedes Mittel recht:

- Marx stellt Zitate aus Proudhons „Philosophie de la Misère" willkürlich zusammen bzw. reißt sie aus dem Zusammenhang, um seine, Marx', Auffassungen zu untermauern. Auch vor Zitatfälschungen schreckt der Deutsche nicht zurück.
- Dieser Umgang von Marx mit Zitaten seines Kontrahenten dient noch einem anderen Zweck: Marx unterstellt Proudhon Anschauungen, die dieser nicht vertritt, die aber Marx die Polemik gegen den Franzosen erleichtern.
- Ein beliebtes Mittel von Marx ist, in Proudhons Text künstliche Widersprüche zu konstruieren, um seinem Gegner vor der Arbeiterbewegung zu

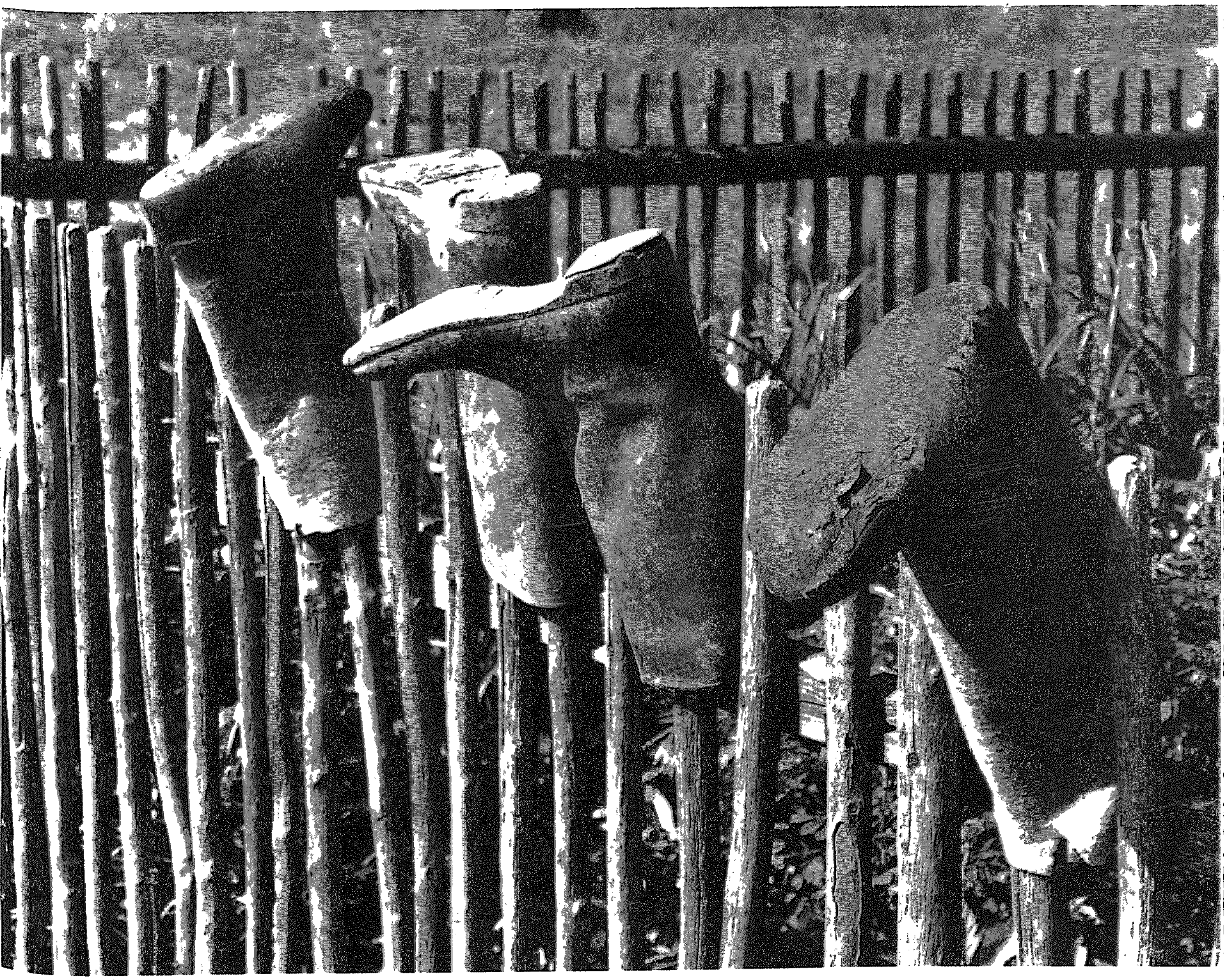


Foto: Eduard Gladkov

diskreditieren.

- Marx läßt nichts unversucht, Proudhon zu verspotten, sich über ihn lustig bzw. ihn lächerlich zu machen(14)

Den unterschiedlichen Methoden und wissenschaftlichen Auffassungen beider Kontrahenten entsprechen unterschiedliche politische Strategien und Taktiken, die Marx und Proudhon zur Erreichung einer klassenlosen Gesellschaft vorschlagen. Marx' historisch-kritischer Analyse geht einher mit der Propagierung des Klassenkampfes des Proletariats. Aus Proudhons beschreibend-struktureller Methode entspringt sein Vorschlag einer „Association progressive", deren Vorbereitung sein Buch „Philosophie de la Misère" dient. Ziel dieser „Association progressive" ist die Vereinigung der Produzenten - inklusive von Teilen der Bourgeoisie -, die mit dem Verkauf ihrer Produkte zum Selbstkostenpreis den Profit abschaffen und durch ihre allmähliche Ausbreitung die kapitalistischen Unternehmen zur Aufgabe veranlassen sollen.

Während Proudhon, wie später auch z.B. Gustav Landauer, schon hier und jetzt den Ausstieg aus dem Kapitalismus fordert, hält Marx erst nach Erreichen eines bestimmten Grades der Entwicklung der Technik und Industrie und der Herausbildung der Arbeiterklasse zur „Klasse für sich" eine Revolution für möglich, die dann in einem Zug die klassenlose Gesellschaft ansteuert.

Resümee

Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Was geht uns die Kontroverse zwischen Marx und Proudhon heute noch an? Vielleicht läßt sich die Antwort in zwei Punkten zusammen fassen:

1) Die Zukunft der Linken nicht nur in der BRD wird wesentlich davon abhängen, ob und in wieweit es ihr gelingt, untereinander und mit der übrigen Gesellschaft jene tolerante Diskussionskultur aufzubauen, die Marx 1846/47 mit seiner scharfen und allein seinem Machtstreben geschuldeten Polemik zerstörte. Eng damit zusammen hängt der zweite Punkt:

2)Nur in einem solchen Diskussionsklima ist die Anerkennung verschiedener Methoden und Mittel auf dem Weg zu einer alternativen Gesellschaft möglich, die letztlich nur mit Hilfe einer mehrdimensionalen Transformationsstrategie erreicht werden kann! Der Übergang vom Kapitalismus zu einer postkapitalistischen Gesellschaft, der sich seit 1968 vor unseren Augen abspielt, kann nicht mit der bürgerlichen Methode einer Partei (oder eines Zentralkomitees) vor sich gehen, sondern am ehesten durch die netzwerkartige Verknüpfung der „systemfeindlichen Bewegungen".

Anmerkungen:

(1) Nach dem amerikanischen Soziologen Immanuel Wallerstein befindet sich das kapitalistische Weltsystem seit 1968 in seiner entscheidenden Krise und einem Übergangsstadium zur nachkapitalistischen Welt. In dieser Phase gelte es für die „systemfeindlichen Bewegungen", eine neue Strategie zu entwerfen, da die alte der Staatseroberung noch von der kapitalistischen Welt beeinflußt sei, s. Immanuel Wallerstein, Die Sozialwissenschaften kaputtdenken, Weinheim 1995, S.31ff.

(2) Von Anarchisten seit jeher treffend als Staatskapitalismus charakterisiert.

(3) Der nächste Text in dieser Serie ist das sieben Monate nach der „Misère" erschieneneKommunistische Manifest.

(4) In der theoretischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, besonders ihrer ökonomischen Strukturen, hat Marx meiner Meinung nach Hervorragendes geleistet, was schon Michail Bakunin anerkannte!

(5) Marx' erste Schriften, die „Pariser Manuskripte"(1844), „Die Heilige Familie"(1844), „Thesen über Feuerbach" (1845) und „Die Deutsche Ideologie" (1845/46) dienten der kritischen Überwindung seiner anfänglichen humanistischen Positionen, die sich um das „Wesen" des Menschen, die Entfremdung und ihre Aufhebung drehten. In der „Misère" formuliert Marx zum ersten Mal sein grundlegendes ökonomisches Forschungsprogramm, die Analyse des Kapitalismus.

(6) Die Profite, die private Rentiers -wie z.B. George Soros - heute durch den An- und Verkauf von Staatsanleihen, Optionen auf Staatsanleihen und jede Menge neuer Finanzinstrumente (Derivate) erzielen, sind die „Risikoprämie" für das Stopfen der Defizite in den Staatshaushalten. Bei Staatsbankrotten, wie z.Zt. in Rußland, ist die Bedienung der ausländischen Finanzgesellschaften wichtiger als die seit Monaten ausstehende Zahlung der Löhne und Renten an die russische Bevölkerung.

(7) So die von Armand Barbèjenen Absolutheitsanspruch seiner Theorie, den später seine selbsternannten Nachfolger von Lenin bis Mao-tse tung fortführen werden. Marx, der in seiner „Misère" so gut wie überhaupt nicht auf Proudhons Argumente in dessen Werk eingeht, liefert mit eben der „Misère" das erste einer Reihe von grundlegenden Texten, mit denen die Gralshüter des Marxismus jede Abweichung von der reinen Lehre brandmarken konnten(3). Die zentrale Kategorie, mit der jeder Kritiker der Parteilinie denunziert wird, ist die des Kleinbürgers. Die Geburtsstunde dieses Begriffs schlägt 1847 in der „Misère" von Marx. Hier bezeichnet ‚der Vater des Marxismus' seinen um neun Jahre älteren und damals viel berühmteren französischen Kontrahenten mit eben dieser Vokabel. Der Kleinbürger, so Marx, schwanke zwischen Proletariat und Bourgeoisie (der Klasse der Besitzer der Produktions mittel), sei infolge der Entwicklung der Industrie ständig vom Absinken ins Proletariat bedroht, wolle zurück ins Mittelalter und sei deswegen prinzipiell reas und Louis-Auguste Blanqui geleitete „Société des familles" (Gesellschaft der Familien), die nach der Auflösung durch die Polizei 1837 als „Société des Saisons"(Gesellschaft der Jahreszeiten) weiterwirkte oder der 1836 aus dem Bund der Geächteten entstandenen Bund der Gerechten. Alle diese Gruppen verfolgten mehr oder weniger die verschwörerischen Aufstandsmethoden eines Gracchus Babeuf (1760- 1797).

(8) Im Bund der Kommunisten verschmolzen der Bund der Gerechten und das Anfang 1846 von u.a. Marx und Engels gegründete „Kommunistische Korrespondenzkomitee", das Sektionen u.a. in Brüssel, London und Paris hatte.

(9) Auch in Hamburg, Leipzig und der Schweiz gab es Ausschlüsse aus dem Bund. Ausschlüsse aus dem Bund. Entfernt wurden u.a. die Anhänger Weitlings, Proudhons und seines deutschen Übersetzers Karl Grün.

(10)Z.B. Arbeitsteilung und Maschinen, Konkurrenz und Monopol, die sich jeweils widersprechen, miteinander verbunden sind und dennoch danach streben, sich gegenseitig zu zerstören.

(11)Wobei der Wert aller Produkte durch die zu ihrer Produktion nötige Arbeitszeit bestimmt oder konstituiert, wie sich Proudhon ausdrückt, wird. Sowohl Proudhon wie Marx sind 1846/47 noch stark von der Arbeitswerttheorie David Ricardos beeinflußt, nach der der Wert einer Ware sich nach der in ihr enthaltenen Arbeitszeit mißt! Später wird Proudhon das Wort „Mutualismus" für den gerechten Tausch der Produzenten untereinander gebrauchen.

(12)Sieben Monate später, im Kommunistischen Manifest, wird Marx „die Eroberung der politischen Macht" fordern.

(13) Dieser Satz ist vor Proudhon schon von anderen Theoretikern geprägt worden, Proudhon hat ihn erst populär gemacht.

(14) Präzis belegt ist das in meinem Buch „Philosophie de la Misère oder Misère de la Philosophie?", das 1997 im Peter Lang Verlag erschienen ist.

Foto: Lyala Kuznetsova



Hilmer, Johannes
Philosophie de la Misere
Verlag Peter Lang, 1998
32,- DM

Olga forever

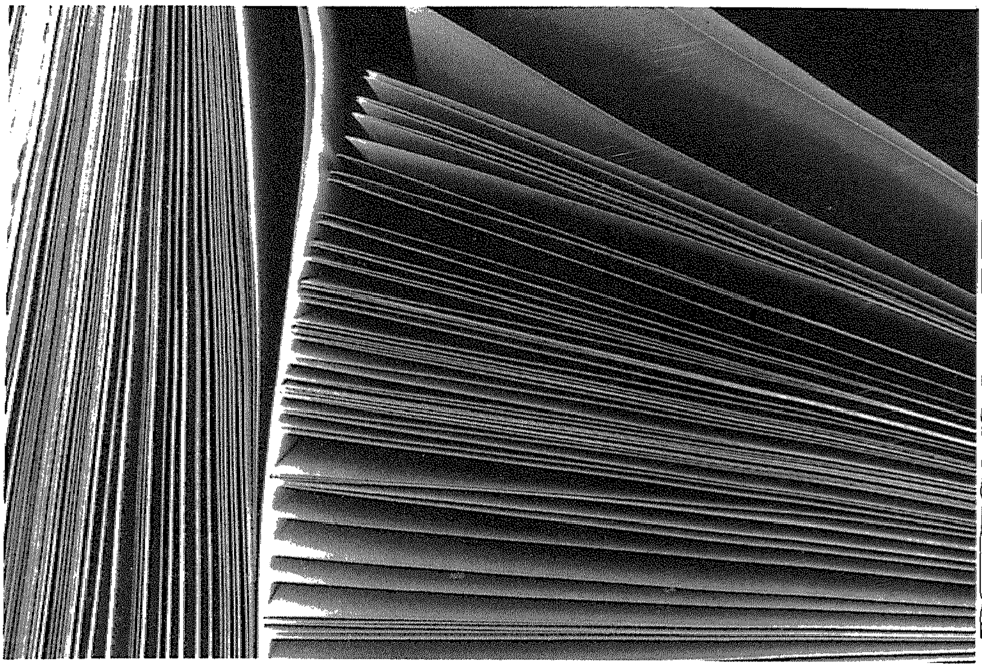
Paco Ignacio Taibo II
Olga forever
Krimi in zwei Fällen
187 Seiten
Nautilus - 29,80 DM

Dem mexikanischen Schriftsteller Pac. Ignacio Taibo II, den deutschsprachigen LeserInnen bekannt durch seine Romane *Vier Hände* und *Auf Durchreise* und seiner Biographie des latainamerikanischen Revolutionärs Ernesto Che Guevara, überrascht mit seinem neusten übersetzten Kriminalroman *Olga forever*. Die beiden Fälle die in dieser deutschsprachigen Ausgabe vereint sind, waren im Original zwei Kriminalromane. Dieser Krimi - in zwei Fällen - unterscheidet sich in der Sprache und in der Schnelligkeit von seinen Romanen und Kriminalromanen. Paco I. Taibo sagt selbst, daß er diese Romane geschrieben hat, um zu widersprechen. *Olga forever* ist ein mehrfacher Widerspruch. Auf zwei davon werde ich eingehen.

Bevor er im Jahre 1988 mit dem ersten Krimi mit der Journalistin Olga Lavanderos begann war Taibo schon ein international bekannter Kriminalschriftsteller, seine Krimis wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Ein Kollege der Internationalen Vereinigung der Kriminalschriftsteller meinte zu Taibo: *"Wo du jetzt auf dem internationalen Markt publizierst, mußt du universialere, internationalere Romane schreiben"*. Damit war gemeint, er müsse mehr an das nicht-mexikanische Publikum denken und weniger mit lokalen Codes arbeiten. Mit seinem ersten Roman über Olga Lavanderos wollte er wieder einen Roman schreiben, *"einen unleserlichen Roman für alle, die nicht , sei es auch nur einige Tage, im Regen und Smog von Mexiko-Stadt gelebt haben, ein Roman voller komplizenhafter Anspielungen in Sprache, in Mikrolandschaften (...) einen so Mexiko-Stadt getränkten Roman, der niemals in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten verkauft werden könnte"*. Ein Glück für uns, daß der Verlag Nautilus eine andere Meinung vertritt. Ein weiterer Anlaß zum Schreiben dieser Romane, war die Äußerung, daß er niemals ein Buch mit einer Frau als Hauptfigur schreiben könnte. Gut, sagte sich Taibo, *"es wird nicht nur ein Frau sein, sondern eine Frau, die durch und durch eine Provokation ist"*. Olga Lavanderos, auch genannt die Forever, 23 Jahre, Studiumsabbrecherin, Vespafahrerin, Journalistin bei der Tageszeitung *La Capital*, hat sich durch das Lesen von Bakunin und Sartre als 15jährige nach eigener Auffassung ihre Zukunft verbaut, sieht sich selbst als "phlegmatische Anarchistin" und glühende Anti-PRIistin. Sie gehört zur Athos-Strömung in der *Partei der Drei Musketiere* (PDM), deren einzigsten Mitglied sie ist, denn Parteien mit zwei Mitgliedern neigen zur Spaltung, bei dreien tun sich mit Sicherheit zwei zusammen, um das Dritte auszuschließen.

Die Fälle spielen Mitte der 80er Jahres als das Wort *Revolution* nicht mehr mit dem Adjektiv *permanent* sondern mit *unmöglich* in Verbindung gebracht wird. Im ersten Fall werden fünf Leichen in einem Abwasserkanal gefunden. Alle fünf, drei Männer und zwei Frauen, wurden gefoltert. Es stellt sich heraus, daß sie schön länger verschwunden waren. Olga findet heraus, daß die fünf in dem Zeitraum zwischen ihrem Verschwinden und ihrer Ermordung noch gesehen wurden. Sie verkauften ihren Schmuck oder ihre Geschäfte. Handelt es sich um Entführung, wurden Erpressungsgelder eingetrieben und welche Rolle spielt die korrupte Polizei von Mexiko-Stadt. Olga findet die Wahrheit heraus, aber ihre Zeitung wird sie nicht abdrucken. Deshalb verläßt sie die Zeitung und wird Assistentin in einer internationalen Nachrichtenagentur. Luis Bravo Zendejas, Besitzer eines Restaurants, und Odilón Zendejas, Radrennfahrer und Gewinner der Vuelta von Mexiko 1975, werden mit einem 22er Einschußloch in der Stirn und grün angemalten Handflächen aufgefunden. Unter gleichen Umständen kommt auch Cecilia Isabel Zendejas, Besitzerin einer Büstenhalterfabrik, ums Leben. Olga

Foto: Jean-Marc Dellac



findet heraus, daß die drei nicht nur den gleichen Nachnamen, im Alter nicht mehr als ein Jahr auseinander sind, daß sie zwar verschiedene Mütter, aber den gleichen Vater haben. Liegt hier das Motiv. Oder haben die grün angemalten Hände etwas mit Falschgeld zu tun, es handelt sich bei der Farbe um Druckerfarbe, Dollar-Noten werden gerne gefälscht. Gibt es noch eine viertes Kind, und was hat er oder sie damit zu tun. Aber als ob dieser Fall nicht genug Ärger für Olga wäre, taucht auch noch ihr tot geglaubter Großvater aus dem Nichts aus, redet etwas über Schätze, den Papst und Absprachen mit der mexikanischen Regierung. Olga und ihr Großvater entdecken, daß die Kirche Wahlzettel für die PRI fälscht und als

Gegenleistung wird die Regierung den Vatikan anerkennen, doch diese Story glaubt keiner, und so wird sie auch nicht veröffentlicht. Und dann gibt es noch ein kleines Kind, das von seiner Mutter Pancho genannt wurde, nach Pancho Villa, dem anderen Revolutionshelden der mexikanischen Revolution 1910-1919.

Olga forever ist ein Muß für Taibo- und/oder Krimifans, schnell geschrieben in einer Sprache, die ich aus noch keinem seiner (Kriminal-)Romane kannte.

Jürgen Mümken

Frauen im "Dritten Reich"

Die Sozialgeschichte der Homosexualität in Deutschland ist eine Geschichte von Männern. Dieser falsche Eindruck entsteht schnell, wenn man die Masse der Publikationen über schwule Männer gegen die wenigen Titel über lesbische Frauen aufrechnet. Der Blick der Sozialwissenschaft war und ist männlich dominiert. Doch die Gründe, weshalb heute die Emmanzipation lesbischer Identität der Selbstverständlichkeit hinterherhängt, mit der sich schwule Männer in der Gesellschaftsmitte ausleben, sind bisweilen weitaus schmerzhafter. Es ist leider nicht nur zynisch, die Schere zwischen den Emanzipationsständen der gleichgeschlechtlich liebenden Geschlechter damit erklären zu wollen, daß im Dritten Reich ausschließlich Männer aufgrund ihrer sexuellen Orientierung die Todesmaschinerie der Konzentrationslager durchliefen. Der rosa Winkel, das heutige Symbol gesellschaftlicher Anfeindungen gegen Homosexuelle, wurde Frauen nicht angeheftet. Der 175 war den Männern vorbehalten. Die Geschichte der Schwulenbewegung ist ungewollt eine Geschichte mit Märthyrern. Denunzierte Lesben aber wurden den 'Asozialen' zugerechnet. "Basierend auf einer jahrhundertealten patriarchalen Tradition, die Passivität zum weiblichen Geschlechtscharakter erklärte, schien (den Nationalsozialisten) eine selbstbestimmte weibliche Sexualität und damit auch Homosexualität undenkbar", heißt es im Vorwort zu einer Sammlung von Lebensberichten lesbischer Frauen aus der Zeit des Nationalsozialismus, die Claudia Schoppmann unter dem Titel "Zeit der Maskierung" zusammengestellt hat.

Claudia Schoppmanns Buch bietet keine sozialgeschichtliche Analyse, sondern begnügt sich, Vorarbeit zu leisten, damit diese dereinst erst geschrieben werden kann. Eine umfassende Darstellung gibt es bisher tatsächlich nicht. "Zeit der Maskierung" sichert Zeitzeuginnenauskünfte. Historisches Material in zehn Lebensgeschichten, das in ein paar Jahren unwiederbringlich verloren wären.

Resignation. Da ist die 1907 geborene Freia Eisner, die Tochter des 1919 ermordeten Kommunisten Kurt Eisner. Schwierig ihre biographische Ausgangssituation, große Väter werfen große Schatten auf ihre Kinder und Sippenhaft ist ein übliches Totalitätsinstrument während der Nationalsozialistischen Herrschaft. Ihr Elternhaus wird für Freia Eisner bereits 1933 zur Bedrohung, nach langer Odyssee zwischen Heimweh und dem Wissen, Deutschland für immer verlassen zu müssen, findet sie 1935 nach Aufenthalten in Schweden und Frankreich in England Asyl. Persönlich bedeuten diese zwei Jahre ihr großes Desaster, denn die Umstände zwingen sie, Hilfe von Freundinnen anzunehmen, was diese unweigerlich in Schwierigkeiten bringen muß. Freia Eisner konvertiert 1941 zum Katholizismus, ein Versucht, für sich und andere ungefährlich zu werden. Ihre Sexualität verbietet sie sich. Vermutlich spielt für diese Entscheidung auch eine Rolle, daß ihre lesbische Identifikation unter dem Eindruck entstanden war, mit 13 Jahren von einem Onkel sexuelle Mißbrauch worden zu sein.

Widerstand. Von einem ganz anderen Selbstwertgefühl zeugt das Leben der Versicherungskauffrau Anneliese W., die unter dem Spitznahmen Johnny während der gesamten Hitlerzeit in den Berliner Szenelokalen verkehrt - "trotz offiziellen Verbots", so Jonnys Erinnerung, "hat es in Berlin und anderen Großstädten während der ganzen NS-Zeit mehr oder weniger bekannte Treffpunkte gegeben, wenn auch nur für kurze Zeit." Während zahlreiche Freundinnen aus der Szene untertauchen müssen und verhaftet werden - wegen ihrer jüdischen Herkunft oder politischem Engagement, kaum wegen einer Liebesbeziehung - erlebt sie die Befreiung unbeschadet. Obwohl sie eine Freundin bis zur Befreiung bei sich versteckt hält und noch kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee dennunziert wird.

Anpassung. Claire Waldoff, eine in den 20er Jahren berühmte links orientierte Berliner Chanson- und Revuesängerin, erhält 1933 Berufsverbot (begründet mit einem Auftritt bei einer Veranstaltung der Roten Kapelle), das jedoch bald wieder aufgehoben wird.

Sie geht den Weg vieler ihrer Kollegen, läßt sich in den von Goebbels kontrollierten Kulturbetrieb einpassen, tritt der Reichskulturkammer bei. Doch die Hardliner unter den Nazis erinnern immer wieder an ihre politische Orientierung während der 20er Jahre und fordern weiterhin ihren Kopf. Anfeindungen überschlagen sich, da Claire Waldoff noch bis weit in die 30er ihre aufmüpfigen Lieder aus der Zeit vor der Machtergreifung singt. Bis Anfang 1943 sind Auftritte von ihr belegt. Claire Waldoff Psyche zerreisst bei dem Versuch, ihre Privatheit und Ideale durch die Zeit zu retten. Künstlerisch gelingt ihr nach der Befreiung kein neuer Start, durch die Währungsreform verliert sie ihre Ersparnisse, verbittert darüber, daß "noch immer die Nazis an leitenden Stellen säßen" stirbt sie 1957 an einem Schlaganfall.

"Der Wunsch, sich mit den Opfern der Geschichte zu identifizieren", schreibt Claudia Schoppmann im Vorwort der zehn Portraits, "mag zwar psychologisch verständlich sein, verstellt aber den Blick auf die tatsächlichen Handlungsspielräume: Lesbische Frauen waren, und dies gilt nicht nur für die NS-Zeit, unter Umständen Täterin, Mittäterin und/oder Opfer. Es gibt keine 'Gnade der weiblichen Geburt', und auch die Homosexualität prädestiniert nicht zu einem bestimmten sozialen Handeln oder Verhalten." Die Normalität homosexueller und bei Schoppmann speziell lesbischer Identität, die Existenz lesbischer Frauen und schwuler Männer reicht völlig aus, um die Forderungen begründen zu können, daß die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Liebe Normalität sein sollte. "Zeit der Maskierung" ist ein leises, zurückhaltendes und unspektakuläres Buch. "Kleinster gemeinsamer Nenner ist ihre Liebe zu Frauen", schreibt Schoppmann über die darin portraitierten Frauen, um den Eindruck gar nicht entstehen zu lassen, Individualität ließe sich durch eine sexuelle Orientierung erfassen. Das Private ist eben zunächst nur privat. Und erst auf den zweiten Blick politisch. Alles andere zu behaupten wäre Agitation oder Ideologie.

Claudia Schoppmann: Zeit der Maskierung. Lebensgeschichten lesbischer Frauen im "Dritten Reich". Frankfurt (Fischer) 1998. 176 Seiten, DM 14,90

Martin Droschke

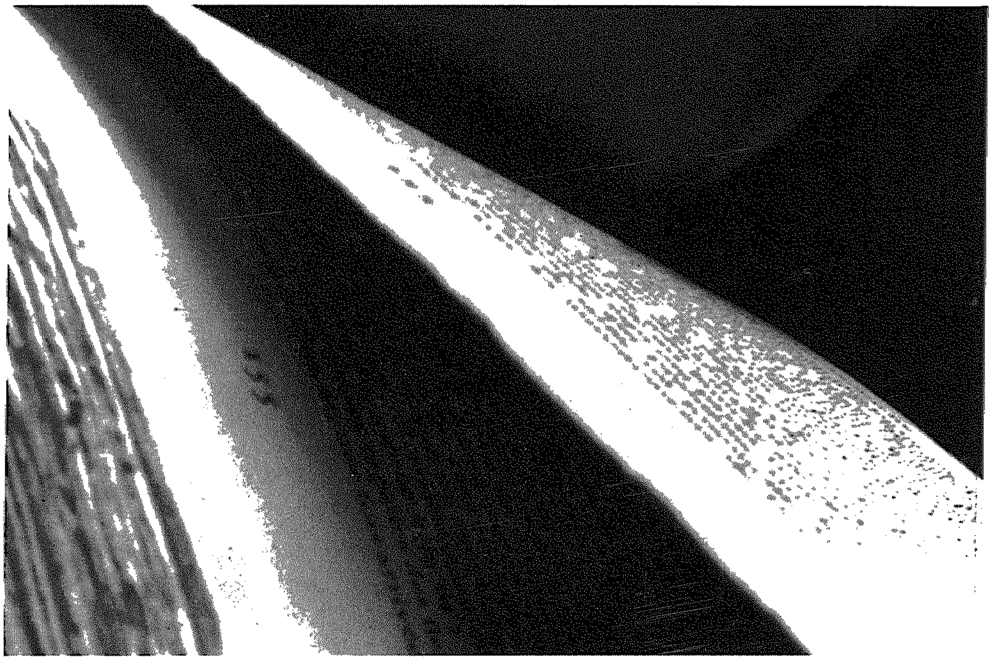


Foto: Jean-Marc Dellac

Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland

»Die Studie ist darauf angelegt, die anarchistsche Bewegung einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen ... (sie soll) die modernen sozialen Bewegungen in ihren widersprüchlichen Ausdrucksformen dokumentieren, dabei aber zugleich die Kontinuität nicht staatlich fixierten Denkens herausarbeiten, (sie soll) einen lebendigen Einblick in die Probleme der Blattproduktion, in die Diskussions- und Funktionsprozesse« bieten. Zwischen diesen Ansprüchen aus dem Vorwort von Christian Siegrist versucht Bernd Drücke auf über 600 Seiten die von Holger Jenrich begonnene Geschichte der anarchistischen Presse in der BRD weiterzuschreiben und sie um den wichtigen Aspekt libertärer Untergrundzeitsdchriften in der ehemaligen DDR zu erweitern.

Bernd Drücke stellt dabei, die für die ZeitschriftenmacherInnen schmeichelhafte These auf, dass die »neolibertären Zeitschriften mehr zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Umbrüchen in der Bundesrepublik und der DDR beigetragen (haben), als das heute der Allgemeinheit bekannt ist bzw. von ihr wahrgenommen wird.« Drücke nennt Beispiele, wo Beiträge aus dem SF, der GWR oder der DA im Osten auf Kirchentagen etc. verbreitet wurden. Andererseits sieht er den Einfluss in der jüngsten Zeit rückläufig und eher auf die Kulturebene der Gesellschaft beschränkt, - allerdings bleibe es Aufgabe der libertären Zeitschriften, die Qualität und die Wertvorstellungen des Anarchismus weiterzuvermitteln, um ein taugliches Lebensmodell vorzustellen, das auf den Prinzipien gegenseitiger Hilfe, solidarischem Handeln, freiwilliger Zusammenarbeit, Selbstdisziplin und Verantwortlichkeit, nicht hierarchischer Beziehungen, sozialen Ideen und Organisationen beruht.

Wer den Preis (59,80 DM) nicht scheut und den Wälzer ersteht, wird sich vermutlich festbeissen und nicht so schnell zuschlagen können. Zuviele Informationen, zuviel Insiderwissen hat Drücke zwischen die Buchdeckel gebannt. Manchmal hat sein Buch etwas Voyeuristisches, dann kommt wieder der Politikwissenschaftler durch, oder sollen wir ihn besser "den Archivar" nennen? Soweit wir aus unserer Geschichte und Erfahrung die Fakten überprüfen konnten, haben wir keinen Fehler entdeckt, eine Aussage, die vermutlich nicht jedem Buchautor von seinen "Subjekten" erwidert werden wird.

Wolfgang Haug

Verlag Klemm & Oelschläger, Münster/ Ulm 1998, Pappelauer Weg 15, 89077 Ulm.

Der Autor steht für Veranstaltungen zur Verfügung: Bernd Drücke c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster

Einladung zum FLI



Foto: Barbara Alper

forum für libertäre informationen

Libertäre Zentren, Kneipen und Räume schließen, warum auch immer, überregionale Diskussionforen fehlen. FLI setzt dagegen das Angebot eines öffentlichen Raumes, an jede/jeden, die Interesse an Austausch, Diskussion, Kennenlernen von Menschen, aus vielsprachigen Regionen,'anderen Zusmmenhängen' - mit anderen Erfahrungen oder Ideen.

Das FLI kennt kein Statut und beschränkt sich nicht auf einen Schwerpunkt in seiner Arbeit. Wir diskutieren aktuelle Themen aus anarchistischer Sicht in Form von Thesenpapieren, Vorträgen oder über den Daumen gepeilt. Inhalte können über mehrere Treffen aufgegriffen werden.

FLI ist keine Organisation
- Keine Denkrichtung wird verordnet
- Keinen Platz gibts für Machtansprüche , Dominanzgehabe
- Keine Grenzen, Gartenzäune, Sand burgen oder Sprachbarrieren

Es ist gut und nötig, sich gegenseitig zu stärken und aufzubauen, Entfremdungstendenzen in der Gesellschaft entgegenzutreten. Wir nehmen uns zwei mal im Jahr mehrere Tage zum kennenlernen, wiederbegegnen, diskutieren - open End, wandern und feiern, malen, Theater spielen, lachen, kochen, musizieren, wohnen, streiten.....

Zur FLI - (Vor)geschichte: Das FLI der 1. Folge existierte über mehrere Jahre, 1983 - 1990. Es wurde regelmäßig von ca. 40 Menschen besucht und am leben erhalten. Diskussionen wurden weiterverbreitet, Öffentlichkeit geschaffen. Wer mehr Informationen will, kann in "alten Schwarzen Faden" Ausgaben nachlesen.

Gegen Vorauskasse für Kopiekosten (0.10 DM/je Seite Anzahl steht in Klammer dahinter) + Porto (3,00 DM) senden wir Euch gerne die vorhandenen Papiere von Treffen der 2. Folge.

Leserbriefe

Nachbetrachtung zu »Keine Macht für Niemand« von Jürgen Mümken in SF 1/98, Nr. 63:

Falls bis jetzt wenig Reaktionen auf den Artikel von Jürgen Mümken eingegangen sein sollten, wundert es mich nicht und es ist eigentlich kein schlechtes Zeichen, denn der Artikel verlangt viel an kritischer Aufmerksamkeit und Zeit, ihn wirken zu lassen. Ich möchte kurz einige Gedanken dazu äußern. »Macht« im Anachismus? - ein zunächst schockierender Gedanke. Ob mensch »Macht« für den Anarchismus als Handlungstyp akzeptieren möchte, hängt davon ab, wie mensch »Macht« definiert: als *allgemeines Wirkungsprinzip* (à la Foucaul bzw. Nietzsche) oder als Macht, die - wie Max Weber es beschreibt - insbesondere beinhaltet, in sozialen Beziehungen den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.

Bedeutsam ist diese Unterscheidung nicht nur für die Umgangsweise mit dem Begriff der »Macht«, sondern sie wird es auch für die Beschreibung libertärer Ziele. Letztlich ist es die Unterscheidung von Macht als *»power to x«* (die Möglichkeit und Fähigkeit, angestrebte Ziele zu erreichen) und Macht als *»power over x«* (z.B. die Unterdrükkung von Menschen). Letzteres kann kein anarchistisches Ziel sein. Ob der Begriff der Macht anarchistisch nutzbar ist, hängt davon ab, wohin mensch die *»power to x«* ausrichtet.

Ich weiß allerdings noch nicht ganz, ob es 'nützlich' ist, den Begriff der »Macht« für den Anarchismus gangbar zu machen und worin hierin die spezifischen Chancen lägen. Es ist ja die Frage, ob anarchistische soziale und politische Aktivitäten nicht auch durch Begriffe wie »Einfluß« oder schlicht »Engagement« gekennzeichnet werden können. Jedoch ging es Mümken auch um die Problematisierung libertärer Ziele, immerhin - soviel wird in Mümkens Artikel deutlich - bleiben libertäre Perspektiven problematisch, weil es kein »Außerhalb der Macht« gibt und wir daher nur sehr beschränkt Aussagen über Ziele wie z.B. »Freiheit« machen können. Denn möglicherweise gibt es gar kein »autonomes Subjekt«, das Ziele wie z.B. »Freiheit« anvisieren und verfolgen kann.

Ist jedes 'Subjekt' durch die jeweils herrschende Machtform konstituiert, dann hat das drastische Konsequenzen für die Freiheitsperspektive: Wir können nur Vorstellungen entwickeln, die im Rahmen der jeweiligen gesellschaftlichen Subjekt-Konstitution liegen. Folgerichtig können wir weniger die große »Freiheit« anstreben, als Befreiungsszenarien entwickeln im Rahmen unseres Subjekt-'Zustands'. Es bleibt also alles Arbeit im Kleinen, dies die Konsequenz. Zu Recht, die Träume von der 'großen Revolution' sind kritisch zu hinterfragen, wenn nicht gar utopisch. Diese indirekte Botschaft Mümkers will ertragen werden.

Mümkens Artikel wäre in der Lage, eine anarchstische Grundlagendebatte einzläuten. Er hatte jedenfalls Auswirkungen auf mein Denken, denn ich hatte noch in meinem Buch »Anarchie als Direktdemokratie« (Moers 1998) geschrieben: »Der emanzipatorische Grundgedanke des Anarchismus verlangt nach Abschaffung jeglicher Macht«. Hier schwebte mir die geläufige Bedeutung des Machtbegriffs im Sinne von *»power over«* vor. Nach Mümkens Artikel heißt es, zu differnzieren.

Übrigens freue ich mich auch über die von Mümken geschaffene »edition bandera negra« (auf den Heften sollte allerdings eine Adresse stehen, wo mensch sie beziehen kann) und hoffe auf weiteren philosophischen Tiefgang (nicht nur) im Schwarzen Faden.

Ralf Burnicki/Bielefeld

Standortbestimmung

Weite Teile der politischen Linken beziehen sich positiv auf Gesellschaftsmodelle, die im Zuge von Revolutionen errichtet wurden, sei es in der Sowjetunion, in China, in Kuba oder Nicaragua. Ich kann diese Haltung nicht teilen. Alle bisherigen Versuche, durch Revolutionen der Utopie einer freien oder kommunistischen Gesellschaft näherzukommen, betrachte ich - trotz aller Errungenschaften - im Ansatz bereits grundsätzlich als gescheitert. Wenn ich von Scheitern spreche, spiele ich nicht an auf die kapitalistische Überwindung des "Realen Sozialismus" seit Mitte der achtziger Jahre. Vielmehr sind alle bisherigen Revolutionen bereits kurz nach ihrem "Ausbruch" fehlgeschlagen.

Schon bald nach dem Sturz der vorherigen Regime brachen die Revolutionen in sich zusammen: Die entfesselte Lebensenergie, die Empörung, der Wagemut, Eigenverantwortung und Selbstorganisation, all das direkte, unmittelbare Zwischenmenschliche, das füreinander Einstehen, all das, was die revolutionäre Energie hervorbrachte, was für die Befreiung und Selbstwerdung des Menschen wesentlich ist, wurde von den neuen, aus dem revolutionären Prozeß hervorgegangenen Eliten im Keim erstickt. Die eben noch revoltierende Bevölkerung fiel zurück in althergebrachte Muster und Traditionen, ergab sich, verfiel erneut dem Untertanengeist. Das gesellschaftliche Leben erstarrte in nur leicht veränderten Formen von Fremdbestimmung und Ausbeutung.

Dies gilt nicht nur für die russische oder die chinesische Revolution, sondern für alle bisherigen Revolutionen, auch für die sogenannten "bürgerlichen" Revolutionen, wie in Frankreich 1789 oder in den USA, und auch für den "kurzen Sommer der Anarchie", die spanische Revolution 1936, ebenso für Mexiko, den Iran usw.

Aber es sind nicht nur diese falschen Bezugnahmen auf bisherige Revolutionen, die mich nerven. Die Linke aller Schattierungen krankt an ihren engstirnigen, kalten, schematisierten Herangehensweisen an Politik überhaupt:

All das Denken in Gegensatzpaaren wie Beourgoisie/Proletariat, These/

Antithese, 1.Welt/3.Welt, all das Schematisieren zwischen zwei Polen, das dualistische Erklären der Welt, spricht dem wirklichen Leben hohn.

Politische Ansätze, die letztlich nur Freund oder Feind kennen, die Geschichte und Widerstand nur reduziert denken können, weil sie alles sezieren und splitten als kapitalistisch/antikapitalistisch, sexistisch/antisexistisch, imperialistisch/anti-imperialistisch usw. zermürben jede Bewegung, und - trotz aller Berechtigung und trotz allem Verständnis, das ich dafür aufbringe - diese Politikansätze langweilen mich; und ihnen fehlt das Verständnis, das Gefühl für die Feuer in den Herzen, die Sehnsucht, die konkrete Solidarität, für den Haß und die ohnmächtige Wut, für all das, woraus wir die Kraft nehmen können, uns zu erheben, für all das, wie Widerstand entsteht, wie Veränderungen stattfinden können und stattgefunden haben, ja, ihnen fehlt sogar ein Verständnis für die Rafinessen und Brutalitäten von Herrschaft und Unterdrückung.

Blutleer ist es außerdem, wenn soziale Emanzipation einzig von dem Druck abhängig gemacht wird, der gegen die Herrschenden aufgebaut werden kann. Wer sein Hauptaugenmerk auf eine sogenannte "Gegenmacht" oder auf die "Kraft der Negation" richtet, führt sich und andere in die Irre, verheizt die eigenen Energien in Aktivitäten, die letztlich niemanden wirklich weiterbringen.

Wer den Klassenkampf zum alles dominierenden Prinzip erhebt, wie es der Marxismus oder auch der Anarchosyndikalismus tun, wer im wesentlichen auf die Negation der Verhältnisse setzt, wie es die Frankfurter Schule, die sog. "Radikale Linke" von Ebermännchen und Konsorten oder die Antiimps und die RAF der achtziger Jahre getan haben, wer nur noch verschiedene Antihaltungen nebeneinanderstellt, wie es weite Teile der Autonomen tun, verknöchert, fährt sich fest, erblindet, betreibt vergeistigte Politesoterik.

Die hier kurz angerissene Kritik an verschiedenen linken Politikmustern sollte diskutiert und vertieft werden.

Mich dagegen überzeugen Leute, die versuchen, ihr Leben so zu leben, wie es ihnen entspricht, die immer wieder in sich hineinhorchen, die gegen alle Widrigkeiten an ihren Sehnsüchten festhalten, die für sich eintreten.

Ich fühle mich wohl mit Leuten, die stets auf der Suche bleiben, die sich zwar bemühen Falsches zu vermeiden, aber doch immer in dem Bewußtsein leben, daß ihnen Fehler unterlaufen werden, die bei allem, was sie tun, einkalkulieren, daß es schief gehen kann, daß sie woanders ankommen werden, als sie sich vorgenommen hatten, die Kritik von anderen genauso wichtig nehmen, wie ihr eigenes Empfinden, die ihre Entscheidungen ernsthaft treffen, die sich die Konsequenzen ihres Handelns bzw. Nicht-Handelns bewußtmachen, die sich als Teil des Ganzen sehen, fühlen, wie alles miteinander verknüpft ist, und die wahrnehmen, wie sich ständig alles ändert.

Ich sehne mich nach Leuten, die ihr Herz öffnen, die versuchen andere zu verstehen, und doch wissen, daß alles Verstehen nur ein Sich-Annähern sein kann, daß alles und jedeR uns letztlich fremd bleibt. Ich bewundere Menschen, die respektvoll für all die vielen auch noch so kleinen Facetten des Lebens ein Auge haben, und die ihr Leben danach ausrichten, daß die anderen um sie herum ihre Persönlichkeiten entfalten können, die Plätze freiräumen, damit Gemeinsames entstehen kann.

Solange ich solche Leute treffe, gibt es für mich Hoffnung, solange lohnt sich der Versuch hier etwas zu verändern.

Meine Hoffnung ist, daß solche Leute nicht aufhören, sich zusammenzuraffen, sich und anderen immer wieder auf's Neue eine Chance geben, daß sie Zusammenhänge bilden, getragen von jeder und jedem Einzelnen, getragen von der Neugierde aneinander, von gegenseitigem Respekt, von Solidarität und Verbindlichkeit und dem Ziel gemeinsamer Emanzipation.

Die Chance, die ich sehe, ist, daß Menschen beginnen, verschiedene Bereiche ihres Lebens aus der Fremdbestimmung herauszulösen und - zusammen mit anderen - selbst in die Hand zu nehmen, daß Leute einklagen, daß ihr Leben ihnen selbst gehört, und sich bewußt machen, daß dieses eine Leben alles ist, was wir haben, daß Leute immer wieder auf's Neue sich daran machen, vorhandene Fesseln zu sprengen und ihren eigenen Weg gehen, auch auf die Gefahr hin, all die angebotenen, scheinbaren Begünstigungen und Sicherheiten zu verlieren.

Ich freue mich, wenn einzelne Zusammenhänge nicht in den bereits geschaffenen eigenen Zentren, Freundeskreisen, Kollektiven, Organisationen und Diskussionszirkeln selbstgenügsam erstarren, sondern immer wieder auf's Neue Anläufe nehmen, die persönlichen Ideen und Bedürfnisse im eigenen Alltag für sich und andere umzusetzen, wenn es gelingt, die entwickelten Vorstellungen in eine kollektive Praxis zu überführen, die dann zu einem deutlich erkennbaren, festen Bestandteil der gesellschaftlichen Realität wird, zu etwas, an dem niemand vorbei kann, und das sich in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einmischt.

Ich finde es unwichtig, in welchem Bereich ihres Lebens und aus welcher gesellschaftlichen Situation heraus Leute sich zusammentun und selbst tätig werden, ob sie ein gutes Buch schreiben, einen selbstorganisierten Betrieb aufbauen, ob sie mit Illegalisierten eine eigene Gesundheitsversorgung aufbauen oder andere under-cover-Strukturen schaffen, ob sie militante Aktionen durchführen oder sich mit ihren KollegInnen innerhalb eines kapitalistischen Betriebes organisieren usw. usw. Alle diese solidarischen Zusammenhänge entwickeln von unten her, konstruktiv eine Alternative zum Bestehenden, sind Kerne für eine libertär-sozialistische, weltweite Parallelgesellschaft zwischen, innerhalb und gegen andere Formen gesellschaftlicher Organisation.

Ich begreife den libertären Sozialismus als einen ständigen, sich selbst dauernd korrigierenden, emanzipatorischen Prozeß, gleichberechtigt gestaltet von jeder und jedem.

Das ist für mich die Basis anarchistischer Politik, die eigentlich weniger "Politik" ist als vielmehr eine spezielle Art, das eigene Leben zu leben, kein Prinzip, aber eine Orientierung, eine Orientierung neben anderen.

von Axel Ansorge

... gesendet von Radio libertär, Hamburg, den 4.Mai, bei Radio FSK (freies Senderkombinat) auf der UKW-Frequenz 93,0

Jochen Knoblauch (Hg.):
SF-Register

Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register, das demnächst auf der CD-ROM der Edition ID/Amsterdam enthalten sein wird, ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden: *http://www.comenius-antiquariat.com/anares*

SF - Alte Nummern

Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.
Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,30) sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM
SF-Nostalgienummer (mit Beiträgen aus SF 0-12), 100 S., 5.-DM

Folgende einzelne Nummern für 8.-DM (ab 2 Ex. 30% Rabatt):

Nr.59 enthält u.a.:M. Wilk: Aus dem Innern des Sparpakets, D. Schütze: Die Deutschen sind gefährlich; Subcommandante Marcos: Kommuniqué; D. Nelles: Die anarchistische Jugend.

Nr.60 enthält u.a.:Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend; M. Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft; H. Waibel: Neofaschismus in Ostdeutschland; Interview mit Birgit Rommelspacher; N. Chomsky: Ziele und Visionen (1.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte), U. Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; W. Sterneck: Techno und Cybertribe, etc.

Nr. 61 enthält: M. Wilk: Macht und Herrschaft, Teil 4: Globalisierung; D. Hartmann: Soziale Säuberungen in Köln; M. Bookchin: Einheit von Ideal und Praxis (2.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte); Kommune-Debatte Teil 1; K. Staad: Laßt 1000 Torten fliegen!; M. Kröger: Simone Weil und Carl Einstein in Spanien 36/37; W. Portmann: Porträt Heiner Koechlins etc.

Nr.62 Feminismus-Sondernummer II, enthält u.a.: SF-Red.: Vielfältige Beziehungen zw. Anarchismus und Feminismus, Interview v. Dorothea Schütze mit der Brasilianerin Maria da Cruz zu Erfahrungen mit dem alltäglichen deutschen Rassismus; Maria Mies: Thema Subsistenz - Frauen, Nahrung und globaler Handel; Jane Meyerding: Gender - die Welt wie sie gelebt wird; Rosella di Leo: Patriarchatskritik: Ort der Differenz; L. Susan Brown: Auseinandersetzung mit Naomi Wolfs Powerfeminismus; Ariane Gransac: Gemeinschaftsküche Kropotkins; etc.

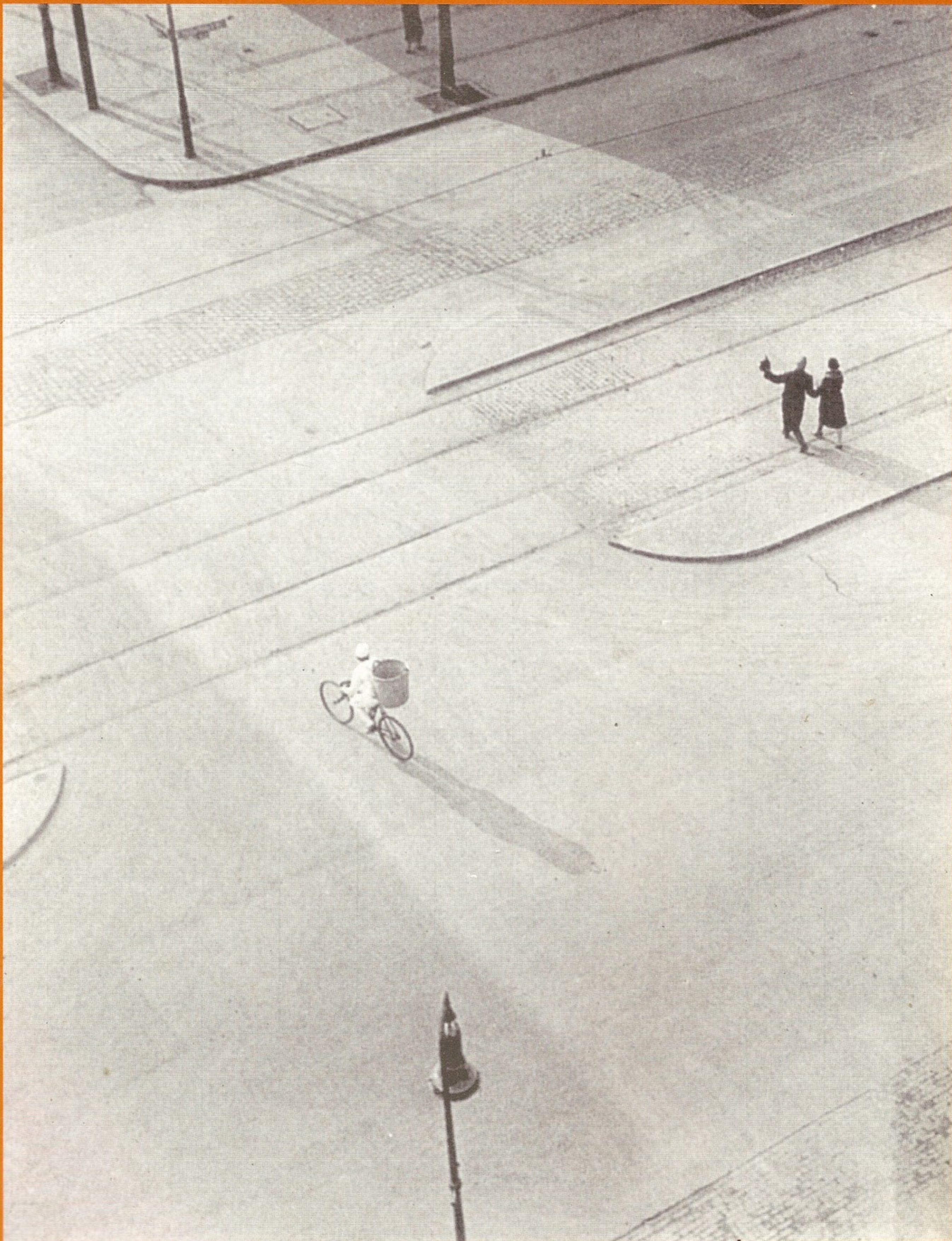
Nr.63 enthält u.a.: Holst: Chiapas aktuell, José Saramago: Warum ich nach Chiapas fahre? Ries: Chomsky-Kritik 1 - Ziele und Visionen, Mümken: Chomsky-Kritik 2 - Staatlichkeit oder Anarchie?, Noam Chomsky: Unterstellte Zustimmung - Diskurs zur Demokratie, Bergstedt: Der Staat und die etablierten Umweltverbände; Mümken: Foucault-Diskurs, Sterneck: John Cage; Voß: Kommune-Debatte

Nr.64: Gerhard Klas: Kein Mensch ist illegal; Albrecht Kieser: Schlepper, Schleußer - Von Fluchthelfern und Wegelagerern; Maria Mies: Der Gipfel der Globalisierung (MAI-Abkommen); Ann Stafford: Noch ist das MAI nicht tot;Michael Wilk: Flughafen Rhein/Main; Jörg Bergstedt: Nachhaltige Seilschaften; Wolfgang Haug: Kongress zur Sozialen Ökologie in Lissabon; Michael Schiffmann: Gesetze der Gier; Julia Kümmel: Interview mit Nga Awa; Andreas Speck: Militarismus und Männlichkeit; Bernd Drücke: Zur Geschichte des SF; Reinhard Müller: Nachruf auf Ferdinand Groß (Wien/Graz)

Nr.65: C. Andrea: Der lange Weg der indigenen Autonomiebewegung; Claus Biegert: Das Vampir-Projekt - Jagd nach den Genen der Ureinwohner; Janet Biehl: Der libertäre Kommunalismus, Teil 1; Richard Herding: Gegenöffentlichkeit; Ulrich Bröckling: Sand im Getriebe (Kriegsdienstverweigerung); Wolfgang Haug: 80 Jahre Russische Revolution; Gerhard Hanloser: Fortschritt, Entwicklung, soziale Revolution (Rußland).



Foto: Herby Sachs



Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt *
ISSN 0722-8988
Trotzdem ★ Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau